

MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK

Michail SCHATROW
"DER BRESTER FRIEDEN"
Dramenauszug

NEUE ZEIT



**UMWELTKATASTROPHE
VERHINDERN**

Anlässlich des 70. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution

AN DAS SOWJETISCHE VOLK

Appell des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion

Nr. 12 • MÄRZ 1987

ISSN 0233-8335

1917-1987

ZEIT UND MENSCHEN

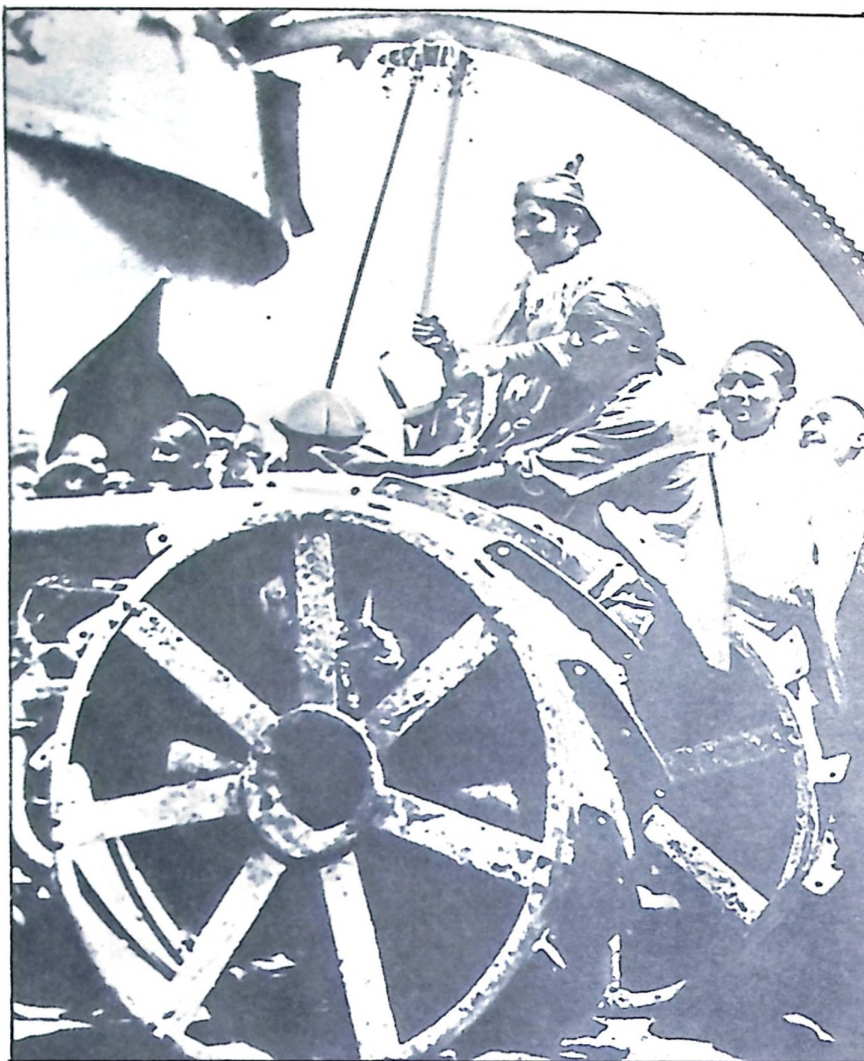
Die Sowjetunion entstand als freier Bund vieler Nationen fünf Jahre nach der Oktoberrevolution.

Im Russischen Reich lebten über 100 Nationen und Völkern, zwischen denen vielfach Jahrhunderte geschichtlicher Entwicklung lagen.

Schon in den ersten Tagen nach der Revolution proklamierte die Sowjetmacht Gleichstellung, Souveränität und Selbstbestimmungsrecht für alle Völker. Sie handelte auch demnach: Finnland und Polen lösten sich von Rußland, im Baltikum, in der Ukraine und in anderen Teilen des ehemaligen Russischen Reiches entstanden selbständige Republiken.

Den nächsten Schritt tat 1921 der X. Parteitag der Bolschewiki. Er machte es der Partei zur Aufgabe, das Entwicklungsniveau der Nationen auszuglei-

Der erste sowjetische Traktor in Usbekistan



Пролетарии всех стран, соединяйтесь!
Proletaires de tous les pays, unissez vous!
Proletarians of all Lands, Unite!
Proletariat aller Länder, vereinigt Euch!

СОЮЗ СОВЕТСКИХ СОЦИАЛИСТИЧЕСКИХ РЕСПУБЛИК
L'UNION DES REPUBLIQUES SOCIALISTES SOVIETIQUES
THE UNION OF SOVIET SOCIALIST REPUBLICS
DIE UNION SOZIALISTISCHER SOWJETREPUBLIKEN



ДЕКЛАРАЦИЯ ОБ ОБРАЗОВАНИИ
СОЮЗА СОВЕТСКИХ СОЦИАЛИСТИЧЕСКИХ РЕСПУБЛИК
PROCLAMATION
DE L'UNION DES REPUBLIQUES SOCIALISTES SOVIETIQUES
DECLARATION OF FORMATION
OF THE UNION OF SOVIET SOCIALIST REPUBLICS
DEKLARATION ÜBER BILDUNG
DER UNION SOZIALISTISCHER SOWJETREPUBLIKEN

МОСКВА, КРЕМЛЬ
1924

chen. Die Russische Föderation, die größte und höchstentwickelte Sowjetrepublik, half trotz der Zerrüttung den anderen Völkern: Sie finanzierte die Industrie der von nationalen Minderheiten bewohnten Randgebiete, schickte Fachkräfte, Lehrer und Ärzte dorthin. Als die Ukraine 1919 eine Brennstoffkrise durchmachte, wurden ihr aus Zentralrußland sofort Petroleum und Erdöl gesandt. Nur dank der Hilfe Moskaus konnte die Regierung Belorußlands das von den Interventionen zerstörte Verkehrswesen wiederherstellen.

Die Völker des Landes erkannten die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit. Der Vorschlag, einen Einheitsstaat zu gründen, ging von der Ukraine aus. Die anderen Republiken stimmten ihm zu. Eine Sonderkommission aus Vertretern der

Nationen entschied, daß der neue Staat eine Union souveräner Republiken sein soll.

Diese Entscheidung wurde am 30. Dezember 1922 vom 1. Sowjetkongreß der UdSSR einstimmig bestätigt.

Michail Kalinin,
Vorsitzender des
Zentralen
Exekutivkomitees
der UdSSR



IN DIESEM HEFT:

2
Appell des ZK
der KPdSU

5
Panorama

8
EIN BEISPIEL FÜR STABILITÄT
Interview mit dem Riksdags-
Vorsitzenden Ingemund Bengtsson

9
NZ-Umfrage
Jacques Poos (Luxemburg)
Rolan Bykow (UdSSR)
Antonio Quintana Simonetti (Kuba)
Heinrich Weiss (BRD)

11
Exklusiv für die NZ
Anthony Benn: AUCH WIR
BRAUCHEN VERÄNDERUNGEN

13
Archiv aktuell
TRUMAN-DOKTRIN

14
Polen
WEM NÜTZT DER UNTERGRUND!
Interview mit dem stellvertretenden
Innenminister der VR Polen, Zbigniew
Pudysz

18
Ökologie
OBERLEBEN DER MENSCHHEIT
UND RETTUNG DER NATUR

I. Frolov. EWIGE WAHRHEITEN



Michael Hicks ist wieder frei!



Duschmanen und Rauschgift



Zulu-Kämpfer

G. Pissarewski. DIE "SCHWARZEN
FLECKEN" LÖSCHEN
K. Kondratjew, G. Nikolski.
LÖCHER IN DER OZONSCHICHT
G. Kurbatkin. WAS WIRD AUS DEM
WETTER!
A. Ginsburg. DER "LASERWINTER"
N. Moissejew. GEMEINSAM
FORSCHEN

22
NZ-Recherchen
L. Jelin. DIE RACHE VON SOHRAB
GOTH

24
W. Swetlanow. KARIBIK-PROBLEME
IM SPIEGEL JAMAIKAS

26
70. Jahrestag der Oktoberrevolution
DER BRESTER FRIEDEN
Auszug aus einem neuen Bühnen-
stück von Michail Schatrow

30
Kultur und Politik
MEHR SEHEN, UM BESSER
ZU VERSTEHEN...
Der amerikanische Maler
Leroy Neiman in Moskau

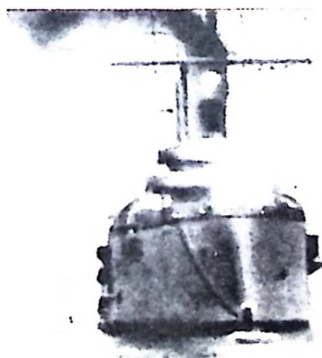
31
Film
W. Korotschanzew. NICHT AUS LIEBE
ZUR GESCHICHTE AFRIKAS

Titelbild: Plakat von Jan Rober
(Schweiz)

NEUE
ZEIT

Chefredakteur
V. IGNATENKO

Redaktionskollegium:
L. BESYMENSKI,
S. GOLJAKOW,
J. GUDKOW
[verantw. Sekretär],
A. LEBEDEV,
A. PIN,
B. PISTSCHIK
[stellv. Chefredakteur],
A. PUMPJANSKI
[stellv. Chefredakteur],
V. TSCHERNJAWSKI
[stellv. Chefredakteur]



Die Salve der "Aurora"

DIE REVOLUTION
GEHT WEITER
Bald wird
das Sowjetvolk
den 70. Jahrestag
der Oktoberrevolution
begehen.
Doch wir
führen
die Revolution
auch heute fort.
Wir sind
in eine neue Etappe
der revolutionären
Umgestaltung
der Gesellschaft
eingetreten...

AN DAS SOWJETISCHE VOLK

Appell des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion

Liebe Genossen!

Der 70. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution naht. Das ist ein großer Feiertag des sowjetischen Volkes.

Unsere Revolution ist das herausragendste Ereignis des 20. Jahrhunderts, das den Beginn einer neuen Ära im Leben der Menschheit eingeleitet hat. Die Zeit hat ihre unvergängliche Bedeutung zutiefst bestätigt. Sie hat die gigantischen Möglichkeiten gezeigt, die die sozialistische Entwicklung der Gesellschaft eröffnet.

In unserem Bewußtsein, in unseren Gefühlen ist die Oktoberrevolution eine Sache des höchsten nationalen Stolz der sowjetischen Menschen. Die Revolution führte zu einem beispiellosen Aufschwung des historischen Schöpferturns der Massen, zu einer Sternstunde des siegreichen Volkes, das das Joch der kapitalistischen Ausbeutung und der Ausbeutung durch die Gutsbesitzer abgeschüttelt hat.

An der Spitze der Partei der Bolschewiki, die die Arbeiterklasse, die Werktätigen Rußlands zur revolutionären Heldentat geführt hat, stand Wladimir Iljitsch Lenin. Seine Theorie, sein moralisches Beispiel, die Früchte seiner Arbeit werden auch in Jahrhunderten lebendig sein.

Die Revolution findet heute in unseren Taten ihre Fortsetzung. Im Land entfaltet sich die Umgestaltung, eine ihrem Wesen nach revolutionäre schöpferische Arbeit. Ihr Ziel ist es, den Fortschritt der sozialistischen Gesellschaft zu beschleunigen. Darauf ist die den Willen des Volkes zum Ausdruck bringende politische Linie der Partei gerichtet — die Linie des April-Plenums des ZK, des XXVII. Parteitagcs der KPdSU.

Große, prinzipiell wichtige Entscheidungen wurden auf dem Plenum des Zentralkomitees getroffen, das im Januar stattfand. Sie rüsten die Partei und das Volk mit der Theorie der Umgestaltung aus, mobilisieren sie zu tiefgreifenden Reformen und kühnen Maßnahmen, die dem Sozialismus modernste Formen der gesellschaftlichen Organisation geben sollen.

Unser Land ist das erste, in dem der Sozialismus in die Praxis umgesetzt wurde. Der Sieg der Oktoberrevolution bestätigte die historisch beispiellosen Grundlagen für das soziale Sein der Menschen: Die Macht der Werktätigen in der Politik, das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln in der Wirtschaft, Kollektivegeist und kameradschaftliche gegenseitige Hilfe in den menschlichen Beziehungen. In diesen revolutionären Umgestaltungen liegt der Ursprung, der unerschöpfliche Quell der Lebenskraft der sozialistischen Ordnung.

Oktoberrevolution und Sozialismus haben unsere Heimat von Leid und Not befreit, die bis zum heutigen Tag das Leben der Völker vieler Länder der Erde vergiften. Bei uns gibt es keine Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Es gibt keine Arbeitslosigkeit, keine nationale Unterdrückung, keine Armut und kein Analphabetentum. Die arbeitenden Menschen leben unter Bedingungen sozialer Sicherheit und mit Vertrauen in den morgigen Tag.

Dafür wurde die Oktoberrevolution durchgeführt, dafür existiert der Sozialismus.

Im Verlauf des sozialistischen Aufbaus hat sich unser Land in eine mächtige Industriemacht mit starkem wirtschaftlichem und wissenschaftlich-technischem Potential verwandelt. Es wurde eines der höchsten Bildungsniveaus der Massen im Weltmaßstab erreicht. In die Häuser der Werktätigen ist Wohlstand eingevo-gen. Unentgeltliche medizinische Betreuung, staatliche Sorge für Mutter und Kind, für Veteranen des Krieges und der Arbeit, für betagte Bürger sind zu gewohnten Lebensnormen geworden. Jeden Tag ziehen Tausende Familien in neue Wohnungen ein.

Im Lande haben sich gewaltige Veränderungen auf kulturellem Gebiet vollzogen. Der Sozialismus stellt sich der Welt als eine Ordnung dar, die in der Lage ist, eine humanistische Alternative zur Menschenfeindlichkeit und Gewalt sowie zur geistigen Verarmung der bürgerlichen Gesellschaft zu bieten, als eine Ordnung, die die echten Werte der Zivilisation bewahrt und mehr und die dank dieser Fähigkeit und Orientierung eine Kultur ablehnt, die auf kommerziellem Denken und Profitsucht basiert.

Heute gehen wir daran, die sowjetische Wirtschaft auf das höchste Niveau der Effektivität und des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in der Welt zu heben. Dadurch wird die Grundlage für das weitere Wachstum des Volkswohlstandes sowie für die allseitige Entwicklung aller Mitglieder der Gesellschaft und für die Befriedigung der materiellen und geistigen Bedürfnisse der Menschen bedeutend erweitert.

Der Weg dazu ist durch die Oktoberrevolution, durch den Sozialismus eröffnet worden.

Der Sieg der sozialistischen Revolution hat für den werktätigen Menschen reale Rechte und Freiheiten verankert und die Macht der Sowjets — die vom Volk gewählte demokratische Form des staatlichen Lebens — begründet. Im sowjetischen politischen System existieren alle Voraussetzungen für die maximale Entwicklung der Demokratie und der Initiativen des Volkes.

Dieses System wurde im Oktober 1917 geboren und vom Sozialismus geschaffen.

Die Revolution schuf die Grundlage für die Lösung der nationalen Frage in unserem Land. In den Jahren der Sowjetmacht festigte sich die Gleichheit der Völker und ihre brüderliche Zusammenarbeit in der Praxis. Wirtschaft und Kultur aller Unionsrepubliken haben ein höheres Niveau erreicht. Es ist ein geeintes Sowjetvolk entstanden, das auf seine gemeinsamen Erfolge stolz und bereit ist, die sozialistischen Errungenschaften gegen jegliche Anschläge zu verteidigen.

Die Vervollkommenung der nationalen Beziehungen wirft, wie alles Lebendige, neue Probleme auf. Sie werden heute und in Zukunft entsprechend den Prinzipien der Leninschen Nationalitätenpolitik gelöst, die einfühlend gegenüber allem ist, was die nationalen Interessen berührt, und unversöhnlich gegenüber nationalistischen und chauvinistischen Erscheinungen.

Der Fortschritt des Landes dient heute und künftig dem Wohl aller Nationen und Völkerschaften, den Interessen ihrer weiteren Annäherung, den Interessen unseres ganzen unverbrüchlichen Bundes. Die Völker der UdSSR vereinen feste Freundschaft, sozialistischer Internationalismus und sowjetischer Patriotismus.

Das gab uns der Oktober 1917, das gab uns der Sozialismus.

Wir leben in einer Welt, die sich unter dem Einfluß unserer Revolution grundlegend verändert hat. Schon mehr als ein Drittel der Menschheit hat die Fesseln kapitalistischer Ausbeutung abgeworfen. Der Sozialismus existiert als Weltsystem, er entwickelt sich und erstarkt. Es gibt keine Kolonialimperien mehr — es gibt Dutzende junger souveräner Staaten.

Die Kräfte des internationalen Proletariats, dessen Interessen die marxistisch-leninistischen, kommunistischen und Arbeiterparteien vertreten, haben sich vervielfacht. Die demokratischen, antiimperialistischen und gegen den Krieg gerichteten Massenbewegungen entfalten sich. Die allgemeine Krise des Kapitalismus vertieft sich.

Das heutige sozialpolitische Antlitz der Welt ist das gesetzmäßige Ergebnis des historischen Prozesses, den die Oktoberrevolution eingeleitet hat.

Unsere ersten Schritte beim sozialistischen Aufbau taten wir unter der Führung Wladimir Iljitsch Lenins. Er ist auch heute mit

uns: Durch die Umgestaltung dringt der revolutionäre Leninsche Geist immer tiefer in das Leben der Partei und des Landes ein.

Mit uns sind heute auch all jene, die ihr Leben der großen Sache des Sozialismus gewidmet hatten. Die sowjetischen Menschen werden die leninistischen Revolutionäre, die Kampfgenossen Iljitschs, die die heldenhaften Traditionen des Bolschewismus begründet und den kommunistischen Idealen in allen Gefahren und Prüfungen unerschütterlich die Treue bewahrt haben, ewig in dankbarer Erinnerung behalten.

Unvergänglich sind die Namen und das Beispiel der Teilnehmer dreier russischer Revolutionen, jener, die im Oktober 1917 die Macht der Gutsbesitzer und der Kapitalisten stürzten.

Heilig ist uns die Erinnerung an die Helden des Bürgerkrieges, an alle, die die Sowjetrepublik gegen die imperialistischen Interventionen und Weißgardisten verteidigten. Unser Volk wird nicht die ausländischen Internationalisten vergessen, die die Lösung ausgaben "Hände weg von Sowjetrußland" und mit der Waffe in der Hand die Errungenschaften des Oktobers 1917 verteidigten.

Unauslöschlich ist unsere Bewunderung für die Leistungen der Enthusiasten der ersten Fünfjahrpläne, der Schöpfer der mächtigen Industrie, der genossenschaftlichen Landwirtschaft und der sozialistischen Kultur.

Unsterblich ist die Heldentat des sowjetischen Menschen, des Soldaten und des Werktätigen, im Großen Vaterländischen Krieg. Wir verneigen uns vor denen, die für die Ehre und die Freiheit des sozialistischen Vaterlandes gefallen sind, die ihr Leben für die Rettung der Welt vor der faschistischen Pest gaben. Mit Hochachtung und Dankbarkeit erinnern wir uns der Kämpfer, Patrioten und Antifaschisten der anderen Länder — unserer Verbündeten und Kampfgefährten in dieser Befreiungsschlacht.

Die Heimat wird immer stolz sein auf die Heldenstats in der Arbeit und die ungebrochene Moral der sowjetischen Menschen, die nach dem schwersten aller Kriege Städte und Dörfer aus Ruinen aufgebaut, das Land erneuert und immer stärker gemacht haben.

Genossen!

Wir hatten all die Schwierigkeiten und Prüfungen zu bestehen, die Bahnbrechern in der Geschichte abverlangt werden. Sie haben uns nicht aufgehalten. Wir lernten sie zu überwinden, und wir überwandten sie.

Der Aufbau des Sozialismus begann in einer Situation des wirtschaftlichen Chaos und der Zerrüttung durch den Krieg. Fast drei Jahrzehnte hindurch stand die UdSSR dem Weltkapitalismus ganz allein gegenüber, war sie ununterbrochen imperialistischem Druck und Erpressung ausgesetzt. Im Krieg gegen die Hitleraggression hat das Land 20 Millionen seiner Söhne und Töchter verloren und wurde eines Drittels des nationalen Reichtums beraubt. Viele Jahre mußte mit äußerster Kräfteanspannung gearbeitet und unter Verzicht auf das Allernotwendigste gelebt werden. Wir haben durchgehalten. Es gelang nicht, uns in die Knie zu zwingen und zu zerbrechen.

Doch es gab auch anderes. Wir mußten für Abweichungen von den Leninschen Prinzipien und Methoden des Aufbaus der neuen Gesellschaft, für Verletzungen der sozialistischen Gesetzlichkeit und der demokratischen Normen im Leben der Partei und der Gesellschaft, für Fehler durch Willkür, für Dogmatismus im Denken und Trägheit in der praktischen Arbeit teuer bezahlen.

Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre traten in unserer Gesellschaft Tendenzen der Stagnation auf. Es häuften sich Schwierigkeiten, ungelöste Probleme und dem Sozialismus fremde Erscheinungen. Das haben die Partei und das ganze sowjetische Volk gespürt und durchgemacht. Das Zentralkomitee trat dafür ein, diese Dinge, unser gesamtes Leben mit revolutionärer Entschlossenheit zum Besseren zu wenden.

Den vom April-Plenum eingeschlagenen Kurs haben die Werktätigen als ihre ureigenste Sache aufgenommen. Die in der Partei wiederbelebte Atmosphäre strenger Selbstkritik, die Aufrichtigkeit in der Politik, die Fähigkeit, Maßnahmen auszuarbeiten, die für die Korrektur der entstandenen Situation unerläßlich sind, und ohne Verzögerung an deren Verwirklichung heranzugehen — das alles fand im Volk breite Unterstützung.

Der XXVII. Parteitag der KPdSU hat tiefgreifend und auf Leninsche Art das Durchlebte analysiert. In seinen Beschlüssen vereinte er die Größe der Ziele mit dem Realismus der Möglichkeiten. Der Parteitag wurde zu einer Lektion der Wahrheit, die von unvergänglichem politischem und moralischem Wert ist. Die kompromißlose und offene Einschätzung all dessen, was uns am Vorwärtsschreiten hindert — dies ist eine prinzipielle Leninsche Position, Gradmesser für die Stärke der Partei.

"NEUE ZEIT" 12.87

Seinerzeit sagte Lenin: Wenn vor uns "... p r a k t i s c h neue Aufgaben standen, so wuchsen zur Lösung dieser Aufgaben gleichsam aus dem Boden neue Kräfte, von denen noch vor dem Umbruch niemand etwas geahnt hatte". So ist es auch heute: In der Partei und im Volk wachsen neue Kräfte, die früher nie in Erscheinung getreten waren. Sie schalten sich in die revolutionäre Sache der Umgestaltung ein.

Das Land ist in Bewegung geraten, es hat neue Kraft geschöpft. Die moralische Atmosphäre in der Gesellschaft wird sauberer, das geistige Leben interessanter und vielfältiger. Offenheit und Wahrhaftigkeit, Kritik und hohe Ansprüche werden zu untrennbaren Bestandteilen des Alltags.

Strategie und Taktik der tiefgreifenden Umgestaltung der Volkswirtschaft werden konsequent verwirklicht. Die Leitung der wichtigsten Wirtschaftszweige wird reorganisiert. Die Hebel des neuen Wirtschaftsmechanismus werden angewendet. Die Zahl der Kollektive nimmt zu, die ihre Arbeit klar auf die Erhöhung der Effektivität und der Rentabilität orientieren. Die Produktion wird technisch umgerüstet. Maßnahmen zur grundlegenden Verbesserung der Qualität der Erzeugnisse werden verwirklicht. Im ersten Jahr des Fünfjahrplans hat die Volkswirtschaft den Plan bei den wichtigsten Kennziffern überboten.

Man darf sich aber an dem Erreichten nicht berauschen. Es wurden nur die ersten Schritte getan, die Hauptarbeit steht noch bevor.

Gibt es Garantien dafür, daß alles läuft, daß der Prozeß der Umwälzungen nicht ins Stocken gerät, daß frühere Fehler nicht wiederholt werden?

Ja, solche Garantien gibt es. An der Umgestaltung ist das Volk interessiert, an ihr ist die Arbeiterklasse, die führende Kraft der sowjetischen Gesellschaft, zutiefst interessiert.

Die Umgestaltung erfolgt unter Führung der Partei, die in der Praxis ihre Fähigkeit beweist, mit revolutionärer Festigkeit für die Lösung neuer Aufgaben zu kämpfen, die bereit und in der Lage ist, die Formen und Methoden der eigenen Arbeit zu erneuern.

Die vereinten Bemühungen und das gemeinsame Handeln der Partei und des Volkes, durch die Erfahrungen des durchlebten und das Bewußtsein der Verantwortung für Gegenwart und Zukunft des Landes zusammengeschweißt, sind die Garantie dafür, daß der Kurs des XXVII. Parteitages konsequent verwirklicht wird. Die allseitige Entwicklung der Demokratie, der sozialistischen Ordnung ist die Garantie dafür, daß die strategische Aufgabe gelöst wird — die Gesellschaft zu einer neuen Qualität zu führen.

Mehr Demokratie bedeutet mehr Sozialismus.

Es muß und wird alles getan werden, damit die Werktätigen die Möglichkeit erhalten, sowohl auf die Gestaltung als auch auf die Tätigkeit der staatlichen und gesellschaftlichen Organe sowie auf die Arbeit und das Leben der Kollektive entscheidenden praktischen Einfluß zu nehmen, und zwar in einer Atmosphäre vollständiger Offenheit und unter Bedingungen der Kontrolle, der Rechenschaftslegung und der Wählbarkeit von Funktionären. Man kann nicht erfolgreich vorwärtsschreiten, wenn man sich nicht vom Administrieren und Kommandieren, von unnötigen Reglementierungen und Verboten lossagt, wenn man nicht die Mauer bürokratischen Unglaubens an Verstand und Erfahrung der Menschen, die als Eigentümer und Staatsbürger handeln, niederreißt.

Die sozialistische Demokratie ist in die Breite und Tiefe wachsende Selbstverwaltung des Volkes, ist freier Wettstreit des Geistes und der Begabungen. Wahre Demokratie ist ihrem Wesen nach schöpferisch. Sie ist ein unerbittlicher Feind von Verantwortungslosigkeit, Demagogie und Willkür.

Konsequent verwirklicht die Partei das Prinzip: Kein Betrieb, keine Behörde, kein Funktionär, kein Leiter darf außerhalb der Kontrolle, außerhalb der Kritik stehen. Für Leitungsfunktionen werden immer häufiger Menschen herangezogen, die zeitgemäß denken und bereit sind, für ihr Handeln vor dem Volk einzustehen.

Mit der Erweiterung der Demokratie, der Festigung der sozialistischen Gesetzlichkeit, der Aktivierung der Sowjets der Volksdeputierten, der Gewerkschaften, des Komsomol und der anderen gesellschaftlichen Organisationen, der Hebung der Menschenwürde, dem allseitigen Schutz der Rechte der Bürger und der Arbeitskollektive schaffen wir den Raum für die Entfaltung der mächtigsten schöpferischen Kraft des Sozialismus — der freien Arbeit des freien Menschen in einem freien Land.

Genossen!

Das Zentralkomitee ruft alle sowjetischen Menschen auf, sich das Bewußtsein und das Gefühl der Verantwortung für das

künftige Antlitz des Landes und die Geschicke des Sozialismus zu eigen zu machen. Großartiges haben wir nach der Oktoberrevolution, in den Jahrzehnten des sozialistischen Aufbaus erreicht. Doch die Zeit fordert uns erneut heraus. Unsere Gesellschaft wird, wie auf dem Januar-Plenum des ZK unterstrichen wurde, unter veränderten Bedingungen erneut auf ihre Dynamik und Fähigkeit geprüft, schnell auf den Stufen des Fortschritts voranzukommen.

Die Prüfung betrifft die Effektivität unserer Wirtschaft, ihre Fähigkeit, fortschrittliche Technologien zu übernehmen, erstklassige Erzeugnisse zu produzieren und jede Konkurrenz auf den Weltmärkten zu bestehen. Die Prüfung betrifft die Fähigkeit unserer Moral und unserer ganzen Lebensweise, die Werte der sozialistischen Demokratie, der sozialen Gerechtigkeit und des Humanismus konsequent zu entwickeln und zu bereichern. Unsere Außenpolitik wird auf die Festigkeit und Konsequenz beim Schutz des Friedens geprüft, auf Flexibilität und Standhaftigkeit unter den Bedingungen des vom Imperialismus geschürten fieberhaften Wettrennens und der von ihm angeheizten internationalen Spannungen.

Auf das sowjetische Volk und die Heimat der Oktoberrevolution schaut die ganze Welt: Werden wir es schaffen, werden wir würdig auf die Herausforderung an den Sozialismus antworten?

Das Zentralkomitee appelliert an die Ehre und das Berufsethos der Werktätigen, an den Patriotismus der sowjetischen Menschen. Heute arbeiten wir an der Verwirklichung der Aufgaben des zwölften Planjahrhüftts, das im Programm der Beschleunigung eine Schlüsselposition einnimmt. In kurzer Zeit müssen ein qualitativer Fortschritt in der Wirtschaft gewährleistet und ein stabiler Vorlauf für die Zukunft geschaffen werden. Diese Aufgabe steht im Mittelpunkt des Wettbewerbs zur würdigen Vorbereitung des 70. Jahrestages der Oktoberrevolution. Die erfolgreiche Lösung dieser Aufgabe hängt vom persönlichen Engagement jedes an der gesellschaftlichen Produktion Beteiligten ab, davon, wie fordernd sich in den Kollektiven die Stimme der Arbeiter Ehre erhebt.

Groß und verantwortungsvoll ist dabei die Rolle der Gewerkschaften. Die Umgestaltung verlangt von ihnen, zu unermüdeten Organisatoren der Werktätigen im Kampf für moderne Produktionskultur und hohe fachliche Meisterschaft zu werden.

Von altersher zeichnete sich unser Land durch Meister aus. Das waren Meister im wahrsten Sinne des Wortes, die es sich nicht nehmen ließen, so zu arbeiten, daß ihr Ruhm sich in aller Welt verbreitete. In der Geschichte des Sowjetlandes gibt es Beispiele dafür, daß Arbeiter, Wissenschaftler, Ingenieure und Konstrukteure Ergebnisse erzielten, die über dem Weltniveau lagen. Heute steht das erst recht in unseren Kräften.

Das Zentralkomitee appelliert an den Verstand und die Erfahrungen der sowjetischen Menschen. Fertige Rezepte für alle Fälle des Lebens gibt es nicht. Möge die Umgestaltung zu einem schöpferischen Bewährungsfeld des gesamten Volkes werden. Wir werden aufmerksam und kritisch die Praxis der Erneuerung durchdenken, jedes Körnchen fortschrittlicher Erfahrung schätzen, aufgreifen und darauf aufbauen. Die lebendige und von Fesseln befreite Idee ist die unabdingbare Voraussetzung für die Beschleunigung.

Die Partei lernt ständig vom Volk. Sie macht sich den kollektiven Verstand zu eigen, prüft ihre Politik an den Erfahrungen der Massen und betrachtet es als ihre Pflicht, richtig zum Ausdruck zu bringen, wozu sich das Volk bekennt.

Das Zentralkomitee appelliert an die Kühnheit des sowjetischen Volkes. Der Bruch mit erstarrten Formen, Methoden und Gewohnheiten ist nicht leicht. Für die Umgestaltung muß gekämpft, die Umgestaltung muß verteidigt werden. Dafür braucht man Beharrlichkeit, Standhaftigkeit und Prinzipienfestigkeit. Gefragt sind sowohl Charakter als auch Opferbereitschaft.

Immer wieder haben Mut, Ausdauer und Standhaftigkeit des sowjetischen Volkes auf der Waage der Geschichte den Sieg gebracht. Die Partei ist überzeugt, daß das auch jetzt so sein wird.

Das Zentralkomitee appelliert an die staatsbürgerlichen Gefühle der sowjetischen Menschen. Das Land durchlebt eine anspruchsvolle und interessante Zeit, in der jeder Bürger seine moralische Wahl trifft. Mit verschränkten Armen und kaltem Herzen kann die von uns begonnene Arbeit nicht erfüllt werden. Durch ihr ganzes Wesen weist sie die kleinbürgerliche Moral der sich Anpassenden, der unbeteiligten Beobachter, der gedankenlosen Konsumenten zurück. Die Umgestaltung braucht Menschen, die sich leidenschaftlich für die Sache einsetzen, die erfinderisch sind und unduldsam gegenüber Mißwirtschaft und Bürokratie. Sie braucht politische Kämpfer, die den kommunistischen Idealen grenzenlos ergeben sind und unsere großen sozialen, moralischen und kulturellen Werte schützen und mehrern können.

Die Ideale grenzenlos ergeben sind und unsere großen sozialen, moralischen und kulturellen Werte schützen und mehrern können.

Große Hoffnungen setzen Partei und Volk auf die Jugend mit ihrer Energie, ihrem Drang nach Veränderungen, ihren heftigen Reaktionen auf Mängel. Die jungen Menschen müssen die Möglichkeit erhalten, sich in selbständiger Arbeit stärker zu beweisen. Die Zeit bietet ein breites Betätigungsfeld für den Komsomol — für einen kämpferischen Komsomol, der nach ernsthaften Aufgaben sucht, der frei ist von Bürokratie und Überorganisiertheit, der ein wahrer Führer der Jugend ist.

Das Zentralkomitee wendet sich an die Mitglieder der KPdSU. Genossen Kommunisten, bekräftigt mit jedem Tag Eures Lebens, daß Ihr die enorme politische Verantwortung erkennt und mitragt, die in dieser Zeit des Umbruchs auf der KPdSU als der regierenden Partei des Landes liegt. Denkt ständig daran, daß das Volk die Partei an Euren Handlungen, an Eurem Verhalten mißt. Aufopferungsvolle Arbeit, Kühnheit, Neuerertum werden vor allem von Euch gefordert. Die Pflicht eines Kommunisten ist es, immer und in allem als Mitglied der Partei zu handeln und nicht anders. Von Eurer persönlichen Initiative hängt es in vielem ab, wie der Prozeß der gesellschaftlichen Erneuerung voranschreitet.

Das Zentralkomitee wendet sich an alle sowjetischen Menschen mit dem Appell, sich voll und ganz darüber klar zu werden, daß unsere tagtägliche Arbeit, jeder Schritt auf dem Wege der Beschleunigung der sozialökonomischen Entwicklung des Landes in der Weltpolitik immer größeres Gewicht gewinnen.

Wir begehen den 70. Jahrestag der Oktoberrevolution in einer Situation, in der die Menschheit vor dem Problem des Überlebens steht. Die Zukunft der Welt, einer zwar widersprüchlichen, aber doch einzigen und wechselseitig verbundenen Welt, wird heute entschieden. Unser Planet kann und muß von der Gefahr eines Nuklearkrieges befreit werden. Allen Völkern kann und muß ein Leben in Sicherheit, Unabhängigkeit und Fortschritt garantiert werden. Hierbei hängt nicht alles von uns — von der UdSSR, vom Sozialismus — ab. Doch was von uns abhängt, werden wir tun, und zwar vollständig.

Der Kurs unserer Partei und unseres Staates in der internationalen Politik ist ein konsequent friedliebender Kurs. Wir gehen an die internationalen Probleme realistisch und flexibel heran, wobei wir uns von einem neuen politischen Denken leiten lassen. Wir werden unablässig darauf hinarbeiten, daß die Staaten an der Schwelle des dritten Jahrtausends ihre nuklearen Harnische wegwerfen, keine Waffen im Weltraum zulassen und sie letzten Endes auch auf der Erde vernichten.

Doch solange die internationale Reaktion das Wettrennen vorantreibt, solange sie nicht auf soziale Revanche und die Kreuzzugspolitik gegen den Sozialismus verzichtet, werden die KPdSU und der sowjetische Staat alles Notwendige unternehmen, um die Verteidigungsmacht unseres Landes und der sozialistischen Gemeinschaft auf dem erforderlichen Niveau zu halten. Die sowjetischen Menschen können gewiß sein: Eine militärische Überlegenheit des Imperialismus werden wir niemals, unter keinen Umständen zulassen.

Auf den Kampf für den Frieden sind die ganze politische Autorität und der gesamte internationale Einfluß unseres Landes gerichtet. Diese werden um so wirksamer sein, je besser die Angelegenheiten bei uns zu Hause stehen, je enger unsere Zusammenarbeit mit den sozialistischen Bruderländern ist. Sozialismus und Frieden sind untrennbar. Je stärker der Sozialismus, desto sicherer der Frieden.

Werte Genossen!

Unsere ganze Gesellschaft steht auf ein und derselben Seite der Barrikade. Partei und Volk haben ein Ziel. Die grundlegenden Interessen der Arbeiterklasse, der Kolchosbauern und der Intelligenz sind gleich. Die Sache der älteren Generation, der Veteranen des sozialistischen Aufbaus, und ihres jungen Nachwuchses ist ein und dieselbe Sache. Das Schicksal jeder Nation und jeder Völkerschaft, jeder Unionsrepublik und der gesamten Sowjetunion ist ein und dasselbe.

Die Ideale der Oktoberrevolution rufen zur Arbeit für das Wohlergehen des sowjetischen Volkes, für das Erblühen der Heimat, für den Sozialismus und den Frieden. Vereinen wir also unseren Verstand, unseren Willen und unsere Energie. Richten wir diese unbezwingbare Kraft auf die Lösung der vor uns stehenden neuen Aufgaben. Verwirklichen wir alle Vorhaben. Setzen wir die revolutionäre Sache des Oktober 1917 würdig fort!

Zentralkomitee der
Kommunistischen Partei
der Sowjetunion

"NEUE ZEIT" 12.87

SPANIEN- UdSSR

Für die Entspannung

● DIE SOWJETISCHEN PARLAMENTARIER BE-
ENDETEN IHREN SPANIEN-BE-
SUCH

Es fanden Gespräche statt mit dem Staatsoberhaupt und dem Regierungschef Spaniens, mit Parlamentariern, namhaften Politikern und weiteren Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens des Landes.

Wie wird der Besuch in Spanien bewertet? Wir baten Andres ORTEGA, Korrespondent der einflußreichen bürgerlich-liberalen Zeitung "Pais", um eine Einschätzung.

Der Madrid-Besuch einer Delegation des Obersten Sowjets der UdSSR unter Alexander Jakowlew erfolgte zehn Jahre nach den ersten demokratischen Wahlen im Lande und zehn Jahre nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Sowjetunion. Der demokratische Wandel in Spanien kam in unserer Innen- wie Außenpolitik zum Ausdruck. Spanien widmet jetzt den Ereignissen in der Welt größere Aufmerksamkeit, tritt für eine Beendigung des Wettrüstens und eine Kontrolle über die Atomwaffen ein. Ebenso wie in vielen anderen Ländern verfolgt man in Spanien die Veränderungen in der UdSSR, die von der sowjetischen Führung unter Michail Gorbatschow durchgeführt werden, mit Sympathie.

Die Regierung von Felipe Gonzalez zeigt großes Interesse an Fragen der Abrüstung und der Rüstungskontrolle.

Die spanische Führung sprach sich stets für die "Null-Lösung" bei den Euroraketen aus. Deshalb wurde der Vorschlag der Sowjetregierung für den Abschluß eines diesbezüglichen Separatabkommens hier positiv aufgenommen.

"NEUE ZEIT" 12.87



Gefährlicher Schritt

Zeichnung: I. Smirnow

Nach Meinung der spanischen Regierung wird ein Abkommen über die Euroraketen eine Wiederaufnahme des Ost-West-Dialogs fördern. Spanien ist zweifellos ein Teil des Westens. Davon ausgehend, meinen wir, daß die sowjetischen SS-20-Raketen, die auf Europa gerichtet sind, auch unsere Sicherheit bedrohen, und deshalb wird deren Beseitigung für unser Land nur von Vorteil sein.

Spanien ist ferner am Abschluß eines Abkommens über die konventionellen Waffen interessiert, über die die Vertreter der 16 NATO-Länder und der 7 Staaten des

Warschauer Vertrages bei Vorverhandlungen in Wien sprechen. In diesem Zusammenhang besteht Spanien ebenso wie Frankreich darauf, daß dieses Problem im Rahmen des KSZE-Prozesses, an dem 35 Länder teilnehmen, behandelt wird.

Zugleich hängt das Interesse an dem Besuch der sowjetischen Delegation mit den Umgestaltungen zusammen, die in den letzten zwei Jahren in der Sowjetunion verwirklicht werden. Bislang ist die Sowjetunion für die Spanier ein Buch mit sieben Siegeln, und sie verfolgen interessiert die Ereignisse in

Ihrem Land. Die Öffentlichkeit Spaniens begrüßt die Politik der neuen sowjetischen Führung und spricht sich trotz aller Schwierigkeiten, ohne die eine Umgestaltung undenkbar ist, für sie aus in der Überzeugung, daß eine Gesundung der sowjetischen Wirtschaft der Entspannung dienen wird.

Die Spanier waren angenehm davon überrascht, daß Alexander Jakowlew offen über alles sprach, was heute in der Welt geschieht. Das wurde als ein weiteres Zeichen der Veränderungen in der sowjetischen Politik eingeschätzt. Madrid

NICHTPAKTGE- BUNDENHEIT

Lateinamerika auf der Tagesordnung

● "FRIEDEN, SOLIDARITÄT, ENTWICKLUNG" - UNTER DIESEM DEVISE FAND IN GEORGETOWN (GUYANA) EINE SONDERSITZUNG DES KOORDINIERUNGSBÜROS DER NICHTPAKTGEBUNDENEN STAAT

Sie befaßte sich mit Fragen der Staaten Lateinamerikas und der Karibik.

Die Flaggen von mehr als 60 nichtpaktgebundenen Ländern wehten vom 10. bis 12. März vor dem Hotel "Pegasus", wo die Außenminister tagten. Ihre Aufmerksamkeit galt nicht von ungefähr gerade diesem Subkontinent, auf dem die Hauptprobleme, die heute die Entwicklungsländer und die Nichtpaktgebundenen bewegen, besonders kraß hervortreten: die imperialistische Einmischung in die Angelegenheiten souveräner Staaten und die riesige Auslandsverschuldung der Länder der dritten Welt, von der 40 Prozent, 400 Md. Dollar, gerade auf Länder der Region entfallen.

"Es ist die historische Aufgabe der Bewegung der Nichtpaktgebundenen", betonte der Präsident Guyanas, Desmond Hoyte, in seiner Rede, "das Prinzip der Achtung vor allen Ländern der Welt, der Nichtverletzung der Souveränität und ihr unveräußerliches Recht zu behaupten, frei von Angst, Einschüchterung und Aggression zu leben."

Die überwiegende Mehrheit der Delegierten sprach sich entschieden für den Kampf der lateinamerikanischen Völker für Frieden und Unabhängigkeit aus. Sie bekundeten Solidarität mit Argentinien und Panama, die ihre Souveränität über die Malwinen und den Panamakanal verteidigten.

Im Mittelpunkt der Debatten stand die gefährliche Situation um Nikaragua. In Lateinamerika wird es so lange keinen Frieden geben, bis die mittelamerikanische Krise beigelegt ist. Das aber kann nur geschehen, wenn der äußere Druck auf die sandinistische Republik wegfällt — das betonten alle Redner. Viele Außenminister verurteilten die Aggression der USA gegen das nikaraguanische Volk, Washingtons Finanzspritzen und Waffenlieferungen.

Die Forumsteilnehmer unterstützten einmütig den Contadora-Friedensprozeß für den mittelamerikanischen Konflikt. Der Außenminister Indiens, Narayan Tiwari, bewertete mir gegenüber diesen Prozeß als Ausdruck des entschlossenen Strebens der Länder Lateinamerikas, selbständig, ohne Einmischung von außen ihre Probleme zu lösen. Er betonte, daß der Tätigkeit der Contadora-Gruppe und der Contadora-Unterstützungsgruppe die Prinzipien, zu denen sich die Bewegung der Nichtpaktgebundenen bekennt, zugrunde liegen.

Bezeichnend für das Treffen in Georgetown war, daß viele Redner verlangten, die Bewegung der Nichtpaktgebundenen solle konkrete Schritte unternehmen, um Nikaragua und den anderen Ländern der Region zu helfen, sich gegen den imperialistischen Druck zu wehren.

Die Auslandsverschuldung war ein weiterer wichtiger Tagesordnungspunkt. Obgleich es unter den Mitgliedern des Büros zu Differenzen über die Gründe und die konkreten Schuldigen der entstandenen Lage kam, war man sich im Grunde darüber einig, daß eine gemeinsame Haltung hierzu erarbeitet werden müsse. Insbesondere sind unverzüglich Nord-Süd-Gespräche aufzunehmen, um eine neue internationale Wirtschaftsordnung, basierend auf Gerechtigkeit und Gleichheit, herzustellen.

Die Forumsteilnehmer übergangen auch nicht die Hauptfrage der Gegenwart — die Abwendung eines Nuklearkrieges. Witness Mangwende, Außenminister

von Simbabwe, das den Vorsitz der Bewegung innehat, würdigte die Bemühungen der Sowjetunion, die über anderthalb Jahre ihr einseitiges Moratorium für Kernwaffentests einhielt und bereit ist, es zu erneuern, sollten die USA diesem Beispiel folgen. Der UdSSR-Vorschlag für die Beseitigung der Mittelstreckenraketen in Europa, sagte er, hat neue Hoffnungen bei den Mitgliedern der Bewegung geweckt.

... Das Forum in Georgetown demonstrierte die Unterstützung der Bewegung der Nichtpaktgebundenen für die Völker Lateinamerikas, meint der namhafte guyanische Journalist M. Nagamoto. Alle vorgebrachten Ideen müssen verwirklicht werden, was nicht einfach ist. Die imperiale Politik der USA, die seit den Zeiten der "Monroe-Doktrin" Lateinamerika als ihren "Hinterhof" betrachten, ist das Haupthindernis für Frieden, Sicherheit und Fortschritt der Völker der westlichen Hemisphäre.

Nichtsdestoweniger ist zu hoffen, daß die Beschlüsse des Koordinierungsbüros der Nichtpaktgebundenen, eines einflußreichen Faktors der Weltpolitik, dem Kampf der Entwicklungsländer neue Impulse geben werden.

M. FOKIN
TASS-Korrespondent
für die NZ

Georgetown—Guyana

ITALIEN

Neue Krise

Je näher der Frühling rückte, desto beharrlicher erinnerte die Democrazia Cristiana (DC) die Sozialisten an den "Stafettenwechsel". Damit war gemeint, daß der Sozialist Bettino Craxi automatisch den

Sessel des Regierungschefs für einen DC-Vertreter räumen sollte. Eine solche Vereinbarung war angeblich bei der Beilegung der Krise vom Vorjahr erzielt worden. Die Italienische Sozialistische Partei (PSI) lehnte jeden "Automatismus" ab. Eine Klärung dieser Frage erwies sich als unmöglich.

Am 3. März überreichte Bettino Craxi offiziell dem Präsidenten der Republik sein Rücktrittsgesuch. Er begründete diesen Schritt mit den zunehmenden politischen Spannungen zwischen den Partnern der Fünfparteienkoalition (Christdemokraten, Sozialisten, Republikaner, Liberale und Sozialdemokraten). So stürzte die 44. Regierung der Italienischen Republik, die erstmals seit dem Krieg von einem PSI-Vertreter geleitet wurde.

Mit der Regierungsbildung wurde Giulio Andreotti, ein namhafter DC-Politiker, beauftragt.

Keine leichte Aufgabe. Die Auseinandersetzungen zwischen Sozialisten und Christdemokraten verschärften sich in den letzten Tagen spürbar. Der Streit auch über die Person des Regierungschefs läßt nicht nach.

Hinter allen großen und kleinen Differenzen zeichnet sich ein Ringen um die Umverteilung der Macht und des politischen Einflusses ab. Die Christdemokraten wollen zurück zu einer Situation, da eine "Vielparteiendemokratie wirkt, doch eine Partei dominiert". Wenn sie den Ministerpräsidenten stellt, sichert sie sich größere Bewegungsfreiheit bei den Parlamentswahlen 1988. Die Sozialisten müssen das verstehen.

Kaum jemand wagt zu prophezeien, wie lange die Krise dauern wird. Nicht ausgeschlossen, daß sie zu vorgezogenen Wahlen führt. Dagegen wendet sich die Italienische Kommunistische Partei (IKP). Die Fünfparteienkoalition, meint die IKP, habe sich überlebt und dürfe nicht wieder entstehen. Die Kommunisten appellieren an die anderen Parteien, den wahren Problemen ins Auge zu sehen und ein konkretes Aktionsprogramm zu erarbeiten,

"NEUE ZEIT" 12.87



Gestern arbeitslos — heute Bettler. Wird das neue Kabinett ihn nicht vergessen!

Foto: TASS

das die Lage der Millionen einfachen Italiener verbessern würde. Eben, darauf bestehen auch die Gewerkschaften.

"Bis zu den nächsten Parlamentswahlen", erklärte mir gegenüber der Generalsekretär der Allgemeinen Italienischen Konföderation der Arbeit, Antonio Pizzinato, "ist es noch fast ein Jahr. Es darf nicht für politische Schlachten genutzt werden, sondern soll dazu dienen, energische wirtschaftliche Maßnahmen, vor allem im Süden, zu ergreifen. Die Situation dort ist dramatisch. In einigen Gebieten liegt die Arbeitslosigkeit bei mehr als 20 Prozent.

Wir verlangen die überfällige Reform der Rentenversicherung und Lösungen für andere Fragen, über die die Gewerkschaftszentralen seinerzeit Einigung mit der Regierung erreicht hatten", fuhr Pizzinato fort. "Jeder Tag der Regierungskrise, erst recht aber die Aussicht auf vorgezogene Wahlen, verschärft die Lage nur.

Uns beunruhigt", erklärte Pizzinato abschließend, "daß bei den jetzigen politischen Diskussionen und den gegenseitigen Vorwürfen die Parteien der gescheiterten Regierungskoalition die Interessen der Werktätigen

praktisch vergessen haben. Ebendeshalb betrachten wir die jetzige Krise als Ausdruck eines Machtkampfes."

Es läßt sich schon sagen, daß sich in den gut drei Jahren der Regierung Craxi die Lage im Lande zum Besseren gewandelt hat. Auch wenn man die günstigen äußeren Bedingungen berücksichtigt, so ist doch in Italien erstmals seit einigen Jahrzehnten seit der Inflation jäh zurückgegangen — von 16 auf 4 Prozent. Die Zunahme des Haushaltsdefizits verlangsamte sich. Gleichzeitig stieg der Export. Gegenwärtig exportiert das Land fast die Hälfte seiner Produktion. Die Arbeitsproduktivität ist gewachsen. Zugleich aber ist die Arbeitslosigkeit jetzt bedeutend höher. Die Zahl derjenigen, die ihren Realeinkommen nach unter der offiziellen Armutsgrenze sind, hat zugenommen. Und natürlich haben sich die Probleme Süditaliens äußerst zugespitzt.

Das ist die Kehrseite der "Zeit größter politischer Stabilität und der wirtschaftlichen Blüte Italiens", von der die Auslandspresse so viel schreibt. Nicht von ungefähr geriet das Kabinett Craxi wiederholt bei Parlamentsabstimmungen über wirtschaftliche und andere Gesetzesvorlagen

in Schwierigkeiten. Die Zeitung "Repubblica" behauptet, die auseinandergebrochene Regierung habe mehr als 200 derartige "Schwierigkeiten" durchgemacht, d. h. einmal wöchentlich. Um Gesetzesvorlagen durchzubringen, stellte die Regierung sogar die Vertrauensfrage.

Auch die Außenpolitik der zurückgetretenen Regierung war von Schwankungen gekennzeichnet. Trotz ihrer konstruktiven Haltung zu einigen internationalen Fragen ließ die Regierung Craxi das Land in das amerikanische "Sternenkriegs"-Projekt hineinziehen.

P. NEGOIZA

Rom

HALBINSEL KOREA

Herausforderungen

◊ AM MORGEN DES 12. MÄRZ TAUCHTE IM LUFTRAUM DER KOREANISCHEN DEMOKRATISCHEN VOLKSREPUBLIK EIN FREMDES FLUGZEUG AUF.

Es war ein US-Spionageflugzeug SR 71. Allein im März ist dies bereits die sechste derartige Provokation. Washingtons Korea-Kurs läuft auf ein ständiges Schüren der Spannungen hinaus. Dazu gehören die Großmanöver "Team Spirit 87" im Süden. Nach der Verlegung von Einheiten aus den USA und von amerikanischen Pazifik-Stützpunkten treffen die Hauptkräfte ein. Bei diesen Kriegsspielen werden diverse Varianten eines Angriffs auf die KDVR durchgespielt.

Das derzeitige militaristische Treiben in Südkorea steht im Gegensatz zu der energischen Friedensoffensive Volkskoreas. Die KDVR-Führung richtete kürzlich an die südkoreanischen Behörden bereits das dritte Schreiben, in dem sie erneut vorschlägt, militärische

und politische Nord-Süd-Verhandlungen auf hoher Ebene aufzunehmen. Diese Schritte zeugen von dem ständigen und beharrlichen Streben der KDVR, die politische Konfrontation und die militärischen Spannungen abzubauen und eine Atmosphäre des Vertrauens zwischen den Seiten zu schaffen. Ohne eine Lösung der aktuellen Probleme können die Nord-Süd-Beziehungen nicht verbessert werden, ist eine friedliche Wiedervereinigung des Landes unmöglich. Diesem Ziel ist auch eine andere Initiative Phjongjangs untergeordnet — der Vorschlag, die Halbinsel in eine kernwaffenfreie Zone zu verwandeln.

Die Friedenspolitik der KDVR findet Unterstützung in vielen Hauptstädten — doch nicht in Washington und Söul. Dort meint man, die gut 40 US-Stützpunkte in Südkorea und die dort lagernden Atomwaffen würden schon für "Sicherheit" auf der Halbinsel sorgen. Die Errichtung eines weiteren Arsenalis von US-Nuklearwaffen unweit von Kongju wird forciert, Pläne für die Stationierung von Pershing-II-Raketen werden erarbeitet.

Die Weltöffentlichkeit kann die beiden Haltungen zu den Problemen der koreanischen Halbinsel einander gegenüberstellen und die entsprechenden Schlüsse ziehen. Washington und Söul werden früher oder später auf die Meinung der Menschen, die tatsächlich für einen Abbau der Spannungen eintreten, hören müssen. Das Ende des 20. Jh. verlangt ein schnelles und vernünftiges Handeln.

W. SHITOMIRSKI

ÖSTERREICH

Drachennest

◊ DER KAUF SCHWEDISCHER „DRAKEN“-KAMPFFLUGZEUGE FÖHRTE HIER ZULANDE ZU HEISSEN DEBATTEN.

Weil man über keine eigene Luftfahrtindustrie verfügt, entschloß sich Wien vor einigen Jahren, neue Abfangjäger zu erwerben. Beim Flugzeugtyp

war man sehr wählerisch. Von verschiedenen Seiten gingen verlockende Angebote ein, darunter aus den USA, Israel und Frankreich. Schließlich erhielten die schwedischen "Drachen" den Zuschlag. Auch der Preis wurde vereinbart: 24 Jagdmaschinen für 2,4 Mrd. Schilling.

Schon auf dieser Stufe wurden vereinzelte Proteste gegen die Anschaffung der Abfangjäger laut, ohne allerdings einen allzu großen Einfluß auf die öffentliche Meinung auszuüben. Heute aber, da die "Drachen" über österreichischen Flugplätzen niedergehen sollen, geraten die politischen Leidenschaftlichkeiten zunehmend in Wallung.

Josef Krainer, Landtagsvorsitzender des Bundeslandes Steiermark, wo die Abfangjäger

stationiert werden sollen, erklärte, daß er es nicht zu einer Verwirklichung dieser Pläne kommen lassen wolle. Er hat die Unterstützung aller im steirischen Landtag vertretenen Parteien.

Österreichs Kanzler Franz Vranitzky kanzelte Krainer ab. Landesverteidigung sei eine gesamtstaatliche Aufgabe, da könne kein Bundesland ausscheren.

Militärs und Geschäftsleute schalteten sich in die Diskussion ein. Ein Rückzieher aus dem rechtmäßig geschlossenen Vertrag würde nicht nur der Verteidigungsbereitschaft des Landes, sondern auch seinem Ruf als Handelspartner schaden. Eine "Wiener Offiziersgesellschaft" gar legte Krainer nahe, "entweder eine konstruktive Linie zu beziehen oder zurückzutreten".

Weder das eine noch das andere hat der aufrechte Steirer vor zu tun. Im Gegenteil, die von ihm geleitete Landesektion der Österreichischen Volkspartei erklärte, daß sie für den Fall, daß die Kampfflugzeuge in der Steiermark stationiert werden, zum gewaltlosen Widerstand aufrufen werde.

Friedensorganisationen, Abgeordnete der Grünen im Bundestag, die KPÖ, demokratische, Frauen- und Studentenorganisationen machen ebenfalls entschieden Front gegen den Ankauf der Abfangjäger. Sie fordern, daß die hierfür vorgesehenen Mittel zur Lösung der dringenden Probleme des Landes eingesetzt werden sollten. Die Arbeitslosigkeit z. B. ist die höchste seit 30 Jahren. Die Argumente gegen das

"Drachen"-Geschäft, wie etwa, daß der Kampf für eine Einstellung des Waffentrüsts die Neutralität Österreichs eher gewährleisten würde, werden zunehmend besser verstanden.

Auch Kurt Waldheim, Präsident der Republik und laut Verfassung Oberbefehlshaber der österreichischen Streitkräfte, meldete sich zu Wort. Er beabsichtige, sich mit allen interessierten Seiten zu konsultieren und auf einen Kompromiß hinzuwirken. Ob der Präsident damit durchkommt, wird sich zeigen, und die Frage, ob die "Drachen" sich ihr Nest in der Steiermark oder einem anderen Bundesland Österreichs bauen, ist noch offen.

A. KOWRIGIN
NZ-Sonderkorrespondent

Wien

Ein Beispiel für Stabilität

Der Vorsitzende des Riksdags (Schweden), Ingemund Bengtsson, antwortet auf Fragen unseres Korrespondenten Anatoli Poljuchow.

Frage: In letzter Zeit behauptet die Presse, die frühere stabile Lage in Nordeuropa verschlechterte sich und Spannungen treten auf. Was sagen Sie dazu?

Antwort: Nordeuropa ist schon viele Jahre ein Beispiel für Stabilität. Die nordeuropäischen Länder arbeiten intensiv nicht nur auf der Ebene der Regierungen und der Parlamente, sondern auch im Rahmen des Nordischen Rates zusammen. Ein umfassendes System der Zusammenarbeit wurde geschaffen. Natürlich gehen die Länder der Region unterschiedlich an die Sicherheitsprobleme heran. Doch diese militärischen und politischen Unterschiede gleichen sich, wie die Erfahrungen der letzten 40 Jahre zeigen, insgesamt so aus, daß sie zur Stabilität des Nordens beitragen. Deshalb gelang es uns, den negativen Einfluß von Krisen und eine Verschärfung der Spannungen, die andere Weltregionen erfaßten, zu vermeiden.

Die strategische Bedeutung Nordeuropas und des Nordatlantiks nimmt zu, und zwar infolge der Entwicklung neuer Waffensysteme sowie einer Veränderung der strategischen Konzeptionen. Nordeuropa und Schweden insbesondere werden verwundbarer. Da Schweden keinem

Militärbündnis angehört und konsequent an seiner Neutralität festhält, müssen wir unsere Souveränität in Kriegs- wie in Friedenszeiten verteidigen. Dadurch leistet unser Land, wie wir meinen, einen Beitrag zur Aufrechterhaltung von Stabilität und Sicherheit im Norden des Kontinents.

Frage: In Nordeuropa wird die Idee einer Konsolidierung des kernwaffenfreien Status der Länder der Region intensiv erörtert. Die Sowjetunion als Nuklearmacht bekundete die Bereitschaft zu entsprechenden Schritten. Was sind Ihrer Meinung nach die Aussichten für eine Verwirklichung dieser Idee?

Antwort: Alle nordeuropäischen Staaten sind bereit, dazu beizutragen. Deshalb haben sie auf den Erwerb von Atomwaffen verzichtet und lassen sie auf ihrem Territorium nicht zu. Die Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in der Region würde die Sicherheit aller Länder stärken. Bei der bevorstehenden Begegnung der Außenminister von Dänemark, Finnland, Island, Norwegen und Schweden in Reykjavik soll ein Beschluß über die Bildung eines Regierungsausschusses gefaßt werden, der die komplizierten juristischen Aspekte der Schaffung eines kernwaffenfreien Nordeuropa formulieren soll. Eine solche Zone berührt die

Interessen aller Länder der Region, da sie die gemeinsame Sache sein und sich auf einmütige Unterstützung gründen soll.

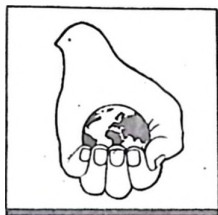
Die Bildung einer kernwaffenfreien Zone ist ein Schritt auf dem Weg zur Befreiung ganz Europas von Atomwaffen. Ein Fortschritt bei der nuklearen Abrüstung auf dem europäischen Kontinent könnte seinerseits die Konsolidierung des kernwaffenfreien Status des Nordens wesentlich erleichtern.

Frage: Wenn man Ihren Gedanken weiterführt, sind atomwaffenfreie Zonen auch als Schritt zu einer kernwaffenfreien Welt zu sehen. Halten Sie dieses Endziel für real?

Antwort: Ich meine, daß es einstweilen ein Fernziel ist. Gerade deshalb muß dieses Ziel unverzüglich angegangen werden. Vor allem die UdSSR und die USA, die eine nukleare Abrüstung vereinbaren müssen, sollen ein Beispiel geben. Ein solches Abkommen würde die kernwaffenfreie Etappe der Menschheitsgeschichte bedeutend näher bringen.

Frage: Wie entwickeln sich Ihrer Meinung nach die sowjetisch-schwedischen Beziehungen?

Antwort: Für das neutrale Schweden ist es wichtig, gute Beziehungen zu allen Staaten, besonders zu den Nachbarländern, zu unterhalten. In unseren bilateralen Beziehungen gibt es keine großen Probleme. Die kleineren Differenzen sind nicht von prinzipieller Bedeutung für eine Festigung der guten Nachbarschaft. Meiner Meinung nach ist eine weitere positive Entwicklung der Beziehungen zwischen unseren Völkern zu erwarten.



IST EINE KERNWAFFENFREIE WELT MÖGLICH UND WIE STELLEN SIE SICH DIE GRUNDLAGEN DER INTERNATIONALEN STABILITÄT VOR?

Jacques Poos:

DEN ABRÜSTUNGSPROZESS BESCHLEUNIGEN

Jacques Poos ist stellvertretender Regierungschef und Außenminister Luxemburgs

Atomwaffen gibt es erst seit 42 Jahren, und so hat es eine kernwaffenfreie Welt bereits gegeben, und das vor nicht allzu langer Zeit.

Doch das Nichtvorhandensein von Atomwaffen hat verheerende Kriege keineswegs unmöglich gemacht. Im Gegenteil, gerade seit der Menschheit ein Nuklearkrieg droht, erlebt z. B. Europa eine beispiellose Friedenszeit.

Folglich ist die Frage weniger, ob eine kernwaffenfreie Welt möglich ist oder nicht, als vielmehr, ob wir auf dieses Mittel zur Verhinderung eines bewaffneten Konflikts verzichten wollen.

Viele, darunter namhafte, Politiker stellen zu Recht die Frage nach der Rolle des "Gleichgewichts des Schreckens". Das wahnsinnige Wettrüsten, das in den letzten 40 Jahren immer mehr forciert wird, und die Atmosphäre des Mißtrauens als Folge dieses Rüstungswettlaufs haben die Bemühungen um eine Ost-West-Annäherung spürbar untergraben. Oberdies haben die Anhäufung atomarer Arsenale, deren Größe sich durch die strategische Notwendigkeit nicht rechtfertigen läßt, und die Entwicklung neuer Typen von Nuklearwaffen vor allem dazu geführt, daß das unsichere Kräftegleichgewicht einen Stand erreicht hat, bei dem das Risiko, das mit der Beherrschung dieser Arsenale verbunden ist, immer größer wird.

Ebendeshalb betrachte ich es als wichtig, den Abrüstungsprozeß zu beschleunigen und zu konsolidieren. Zweifelsohne müssen die Hauptnuklearmächte die qualitative Schwelle überwinden — nur eine Beendigung des Wettrüstens, wie wünschenswert sie auch wäre, ist heute unzureichend. Die Waffenarsenale müssen durch ausgeglichene Abkommen, die eine entsprechende Kontrolle vorsehen, abgebaut werden.

Natürlich dürfen die Nuklearwaffen nicht außerhalb einer globalen Abrüstung gesehen werden. Eine einfache

Beseitigung der Nuklearwaffen würde nur Instabilität, verbunden mit einer Verletzung des Gleichgewichts in anderen Bereichen, bewirken und den Rüstungswettlauf z.B. bei den konventionellen und den chemischen Waffen verstärken.

Der Vorteil durch die Vernichtung eines Waffentyps würde dann hinfällig werden, da die globale Sicherheit darunter leiden und die Gefahr durch andere Waffenarten unwillkürlich zunehmen würde.

Ebendeshalb kann der Abrüstungsprozeß nur bei der Reduzierung der Nuklearwaffen im Rahmen von Abkommen, die Stabilität garantieren, ein positives Ergebnis bringen — bei einem ausgeglichenen und verifizierbaren Abbau der Gesamtarsenale in Europa und in der ganzen Welt.

Die internationale Stabilität kann nicht zuverlässig gewährleistet werden, wenn sie sich allein auf militärische Abschreckung und den Zustand eines Nichtkrieges beschränkt. Sie muß einem Denken gerecht werden, das die

Achtung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten fördern, eine günstige Atmosphäre für die wirtschaftliche Entwicklung schaffen und den unumkehrbaren Prozeß wirksamer Abrüstung hervorbringen kann.

Eine der wichtigsten Forderungen der Menschheit ist die Verfügung über die Hauptexistenzmittel und die Aussicht auf realen wirtschaftlichen Fortschritt. Der Weg zu internationaler Stabilität muß über die Schaffung eines neuen Weltwirtschaftsklimas führen, das es den Entwicklungsländern erlaubt, die Probleme der Verschlechterung der Handelsbedingungen, des Ressourcenmangels und der gestiegenen Auslandsverschuldung zu lösen.

Und schließlich ist wahre internationale Stabilität offensichtlich unmöglich ohne einen bedeutenden Fortschritt bei der Verhinderung eines Krieges. Die Beseitigung der verschiedenen Gefahren für den Frieden, die Beachtung des Prinzips der Nichtanwendung und Nichtandrohung von Gewalt, die friedliche Lösung von Konflikten und Streitfragen, vertrauensbildende Maßnahmen, der Abbau der Waffen aller Kategorien auf einen Mindeststand entsprechend ausgeglichenen und kontrollierbaren Abkommen und die Nutzung des Weltraums ausschließlich zu friedlichen Zwecken — das sind einige Elemente, ohne die der Frieden und folglich auch die internationale Stabilität nicht gewährleistet werden können.

Rolan Bykow: ICH WARTE AUF DIE FRIEDENSGENIEN

Rolan Bykow ist sowjetischer Schauspieler und Filmregisseur

Ist eine kernwaffenfreie Welt möglich? Hat überhaupt schon mal jemand die möglichen Folgen eines Nuklearkriegs zu Ende gedacht? Ich kann sagen, daß ich bei den Dreharbeiten zum Film "Briefe eines Toten" diese Folgen am eigenen Leib erfahren habe. Die Kunst des Schauspielers ist vor allem eine Art Metamorphose, und ich mußte sozusagen in die Haut meines Helden hin-

einschlüpfen. Ich selbst habe so den "Weltuntergang" erlebt und kann als dessen Zeuge sprechen.

In einer Szene schreibt mein Held Professor Larsen an seinen Sohn: "... Lieber Junge, wenn etwas mit mir oder mit Mutter geschieht, obwohl das eigentlich ziemlich unwahrscheinlich ist, möchte ich dich bitten, uns bei dem Mahagonischrank mit den ägyptischen

Scherben, links beim Eingang in der Lagerhalle zu beerdigen..." Plötzlich wurde mir bewußt, was da gemeint war — bat Prof. Larsen ja nicht etwa darum, am Fluß beigesetzt zu werden, oder darum, daß die Asche in die Heimat seiner Vorfahren gebracht wird, sondern merkwürdigerweise gerade bei dem Schrank... Warum? Weil es keine andere Möglichkeit mehr gab. Auf die Straße zu gehen war nicht mehr möglich. Für mich war das eine schockierende Entdeckung, die mir half, vieles zu erkennen. Ich verstand, daß es dabei nicht nur um den physischen Tod der Menschen geht, daß eine Transformation des Bewußtseins unausweichlich ist. Ich überzeugte mich davon, daß DORT ein apokalyptisches Bewußtsein möglich ist, wo der natürliche Selbsterhaltungstrieb zurücktritt. Und in diesem Fall ist eine spezielle Antwort auf Hamlets Frage "Sein oder Nichtsein" möglich, wird tatsächlich die entsetzliche Prophezeiung eintreten, daß die Lebenden die Toten beneiden werden. Es wird so entsetzlich sein, daß es besser sein wird, nicht zu leben als zu leben. Und ein solches Bewußtsein kann Lawinencharakter annehmen, kennt die Natur ja neben dem Selbsterhaltungsauch den Selbstzerstörungstrieb...

Ich will hier niemanden erschrecken, doch, wie mir scheint, ist die Zeit gekommen, da die Bombe im Bewußtsein zur Explosion gebracht werden muß, bevor sie tatsächlich explodiert. Es gibt da die Sage von Perseus, der die schreckliche Gorgo Medusa besiegte. Niemand vermochte das, denn derjenige, der sie ansah, erstarrte sogleich zu Stein. Perseus schlug ihr das Haupt ab, wobei er auf das Spiegelbild der Medusa in seinem Schild schaute. Das Spiegelbild rettete Perseus. Heute kann eine Katastrophe verhindert werden, wenn man von dem Phänomen ihrer Widerspiegelung im Bewußtsein — in der Kunst, in der Wissenschaft — Gebrauch macht. Alle sollten sich darüber Gedanken machen. Nur ein Todkranker hat Angst, von seiner Krankheit zu sprechen. Die Reaktion einiger Zuschauer auf unseren Film erschien mir zumindest seltsam: "Warum das Ganze? Warum sollen wir uns aufregen, warum unsere innere Ruhe stören lassen?" Gerade deshalb, weil in der Unruhe unsere Rettung liegt.

Ich bin Optimist und glaube, daß die Menschheit dieses Problem wird lösen können. Optimismus ist für mich eine Anleitung zum Handeln. Und hier ist, wie mir scheint, ein Erfolg nur bei der globalen Koordinierung aller Kräfte möglich. Hat der Krieg ja mächtige Mittel — Armee, Industrie, seine Leute in der Politik, das große Geld... Eben dem muß etwas entgegengestellt werden! Worte allein reichen da nicht. Gefordert ist eine eigene Wissenschaft vom Frieden, die eine Antwort darauf geben wird, wie man ohne Kriege leben, wie politische, wirtschaftliche und Rassenprobleme friedlich gelöst werden können.

Damit diese Utopie zur Realität wird, sind enorme Mittel zu mobilisieren, sind ungekannte intellektuelle Anstrengungen erforderlich. So bietet die UNO heute

bereits Voraussetzungen für die Entwicklung dieser Wissenschaft. Es gibt Erfahrungen von mehr als 40 Jahren Leben ohne Weltkriege. Und das erlaubt Verallgemeinerungen. Wir müssen weiter gehen. Notwendig sind Institute, die besten Köpfe. Und dann werden Genien

auftauchen, die eine Friedenstrategie entdecken und entwickeln werden wie Einstein einst die Relativitätstheorie, Newton die Gesetze der Mechanik, wie Mozart seine Musik und Puschkin seine Verse schuf. Ich hoffe auf die Genien des Friedens.

Antonio Quintana Simonetti:

ICH TRÄUME VON DER ZEIT, DA...

Antonio Quintana Simonetti - ein kubanischer Architekt

Eine kernwaffenfreie Welt ist möglich, wenn die Imperialisten ihre Ansprüche auf Weltherrschaft aufgeben, wenn sie die Kriegswirtschaft durch eine Friedenswirtschaft ersetzen, wenn sie auf die Produktion immer raffinierterer Waffen verzichten, wenn sie sich endgültig klar machen, daß es in einem Nuklearkrieg weder Sieger noch Besiegte geben wird. Dann werden die Mittel, die jetzt für die Vorbereitung eines solchen Krieges vergeudet werden, der Bekämpfung des Hungers, der Armut und der Krankheiten zufließen.

Das sind meiner Meinung nach die Bedingungen, unter denen eine kernwaf-

fenfreie Welt zur Realität werden könnte.

Von internationaler Stabilität ist die Behauptung der wahren Würde des Menschen untrennbar.

Die Errungenschaften der Wissenschaft, der Technik und der Kultur werden dem Fortschritt umfassender dienen. Ich träume von der Zeit, da die Ressourcen der Erde von den Menschen gemeinsam, zum Wohle aller, genutzt werden können, da die Erdenbürger andere Welten besuchen werden, zudem als Sendboten nicht einzelner Nationen, sondern als Vertreter der zu einer Familie vereinten Menschheit.

Heinrich Weiss

GESCHÄFT UND STABILITÄT

Heinrich Weiss ist Vorstandsvorsitzender der Firma SMS Schloemann-Siemag AG, Aufsichtsratsvorsitzender einer Reihe von Firmen in der BRD, der Schweiz, Italien und den USA, Teilnehmer des Moskauer Forums

Ein guter, beiderseitig vorteilhafter Kontrakt bringt bisweilen größeren politischen Erfolg als der Austausch von Delegationen oder Reden. Deshalb gehören meiner Meinung nach Geschäft und Handel zu den entscheidenden Faktoren der internationalen Stabilität.

Natürlich darf man nicht ignorieren, daß die Politik ihrerseits die Geschäftsverbindungen beeinflußt — zudem weitaus nicht immer positiv. Deshalb ist uns Geschäftsleuten die politische Situation keineswegs gleichgültig. Frieden und Stabilität sind das Ziel, das jeder von uns anstreben muß. Wenn ich geschäftlich Ihr Land besuche, konstatiere ich stets erfreut die allmähliche Vertiefung des gegenseitigen Verständnisses zwischen uns. Fachleute aus der Bundesrepublik, die gut zwei Jahre beim Bau des Werkes in Sary Oskol oder z. B. in Nowolipezk tätig sind, lernen die sowjetischen Menschen besser kennen und empfinden nach ihrer Rückkehr weitere Sympathien für sie.

Noch größere Möglichkeiten bietet dabei die Bildung gemeinsamer Betriebe. Das ist eine sehr kluge Idee.

Natürlich kann man nicht sofort ein solches Unternehmen gründen. Erforderlich sind sorgfältige Vorbereitungen.

Insbesondere meinen wir, daß es im Bereich des Maschinenbaus sinnvoll wäre, die Idee der Kooperation in vier

Etappen zu verwirklichen. Auf der ersten Etappe könnten sowjetische Betriebe Erzeugnisse nach bundesdeutschen Lizenzen produzieren, in der zweiten würden sowjetische Designer und Konstrukteure an der Entwicklung der Erzeugnisse teilnehmen. Doch auf beiden Etappen wäre die bundesdeutsche Firma voll verantwortlich für das Endprodukt. Von der dritten Etappe aber würden diese Verantwortung und die Kontrollfunktionen bereits auf die sowjetische Seite übergehen. Ihre Fachleute, die genug Erfahrungen gesammelt haben, könnten selbständig auf allen Etappen tätig sein — von der Projektierung und Konstruktion bis zum Absatz der Fertigerzeugnisse. Bundesdeutsche Firmen könnten ihren Beitrag leisten, indem sie technologische Neuentwicklungen und das Know-how gegen entsprechende Gewinnabführung überlassen würden. Und erst dann, auf der vierten Etappe, könnte ein gemeinsames Maschinenbauunternehmen entstehen. In anderen Bereichen wäre es denkbar, daß gemeinsame Unternehmen auch nach einem einfacheren Schema entstehen, doch der Maschinenbau ist eine sehr komplizierte Sache.

Glücklicherweise haben die BRD und die UdSSR große Erfahrungen bei der Zusammenarbeit gerade in diesem Bereich.

Anthony Benn:

Auch wir brauchen Veränderungen

Nachstehend ein Interview mit Anthony Benn, einem der bedeutendsten Vertreter der britischen Arbeiterbewegung und Parlamentsabgeordneten, das er unserem Sonderkorrespondenten Sergej Goljakow gewährte.

Wie sehen Sie die Situation im heutigen Großbritannien?

Nach dem Machtantritt der Konservativen 1979 ist Großbritannien gleichsam in die Victorianische Epoche der Unterdrückung der Grundrechte der Werktätigen zurückgekehrt. Die Behörden, die bewußt die von ihnen geschaffene steigende Arbeitslosigkeit und die arbeiterfeindliche Gesetzgebung benutzen, gingen zu einer Großoffensive auf die Gewerkschaften über. Frontal angegriffen wurden auch Kommunalverwaltungen, in denen die Wähler für eine Verbesserung des Schulsystems, die Lösung der Wohnungsfragen und eine Reform des öffentlichen Dienstes gestimmt hatten. All das bedrohte die Mehrheit der kapitalistischen Profite, die den Konservativen mehr bedeuten als die Interessen des Volkes. Die Regierung beschneidet die bürgerlichen Freiheiten, stellte die BBC unter ihre Kontrolle. Die gesamte Presse gelangte in die Hände einiger Magnaten. Das führte letztlich zu einer so tiefen Klassenpolarisierung der Gesellschaft, wie ich sie in meinem ganzen Leben nicht gesehen habe.

Leider war die Labour-Bewegung aus einigen Gründen ebenfalls nicht auf der Höhe. Sie verband die Vorstellungen von einer gerechteren Zukunft nicht mit einer notwendigen Entwicklung der Demokratie, mit dem Voranschreiten Großbritanniens hin auf das sozialistische Ideal. Diese Situation besteht bis heute. Die Forderungen nach demokratischen Freiheiten verhallen in Westminster ungehört. Sie werden von den arbeitenden Menschen, nicht aber von den Herrschenden erhoben. Radikalismus und der Drang nach Veränderungen sind bei Bergleuten, Druckern, Lehrern, berufstätigen Frauen und Rentnern, bei der Jugend und den Farbigen zu beobachten. Doch dort, wo die Beschlüsse zu fassen sind, ist das Denken immer

noch verkrustet, der Vergangenheit zugewandt. Um das zu verändern, brauchen wir eine wahre Demokratie, ein neues Herangehen.

Insgesamt machen wir eine dunkle und schwere Zeit durch, doch ich sehe bereits eine Zeit der Hoffnungen anbrechen. Dazu wird offen gesagt die Politik der Veränderungen in der Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern viel beitragen. Ein Haupthindernis bei der Annahme der Ideen des Sozialismus in Großbritannien war das gängige Argument, daß es bislang nur ein Modell des Sozialismus gab — des Sozialismus, der in der Sowjetunion in der Anfangszeit ihrer Entwicklung aufgebaut wurde. Ehrlich gesagt, besaß dieses Modell für die Briten nicht die erforderliche Anziehungskraft, doch jetzt, da in den sozialistischen Ländern ein aktiver Prozeß des Umbaus und der demokratischen Umgestaltungen erfolgt, haben sich die Stimmungen jäh geändert. Völlig neue Perspektiven auch für unsere Bewegung haben sich aufgetan. Und auch das ist wichtig: Ich kenne viele Menschen, die in Gorbatschow nicht nur einen sowjetischen Führer sehen, der neue Ideen im Bereich der Abrüstung offeriert. Zweifelslos sind diese Ideen allein schon überaus wichtig, und sie haben viele leidenschaftliche Anhänger in Großbritannien, besonders nach Reykjavik. Doch was mir nicht weniger wichtig erscheint — die Menschen sehen in Gorbatschow einen Leader, der die Interessen der Werktätigen aller Länder, ihr leidenschaftliches Streben nach Frieden, Arbeit, gesichertem Alter und normalen menschlichen Lebensbedingungen zum Ausdruck bringt. Ich bin davon überzeugt, daß die Veränderungen in der Sowjetunion und der Sinneswandel in der britischen Arbeiterbewegung keine isolierten, sondern miteinander verbundene Prozesse sind. Frieden und Entwicklung, Demokratie und Internationalismus, Moral — wenn Sie wollen, das

sind unsere gemeinsamen Ideale. Jetzt durchdringen sie das politische Leben Großbritanniens immer mehr — eben das gibt neue Hoffnung.

Sie sprachen von einem gewissen Modell des Sozialismus. Wir haben ein solches Modell bekanntlich niemals irgend jemandem aufgezwungen. Doch kürzlich meldete die Londoner "Financial Times": Der britische Außenminister Geoffrey Howe empfahl bei seinem Budapest-Besuch den Ungarn eindringlich, von den Erfahrungen der britischen konservativen Regierung bei dem Aufbau einer Marktwirtschaft Gebrauch zu machen, die, wie er sagte, die wirtschaftlichen Perspektiven Großbritanniens radikal veränderte. Was meinen Sie dazu?

Ich halte die gepriesene Marktwirtschaft für eine wahre Tragödie. Ein solches System mag manchem attraktiv erscheinen, da es im Grunde eine gewisse Freiheit von bürokratischen Fesseln voraussetzt. In Wirklichkeit aber befreit die Marktwirtschaft die Werktätigen keineswegs von Abhängigkeit. Sie verlagert die Macht in die Hände des Big Business, der Banken und der Multis. Und die Briten, wenn nicht alle, dann doch viele, haben in den letzten sieben Jahren sehr wohl erkannt, daß sie noch stärker als früher zu Sklaven ihrer Bosse wurden, die jetzt besondere Brutalität zeigen.

Ein solches Modell zu übernehmen wäre eine Katastrophe. Ich kann mir natürlich nicht vorstellen, daß sich irgendein sozialistisches Land dazu bereit finden würde. In den EG-Ländern gibt es jetzt 17 Millionen Arbeitslose. Die Massenarbeitslosigkeit ist eine Voraussetzung für das Überleben des modernen Kapitalismus. Sie hält die Menschen in Angst, lähmt die Gewerkschaften. Infolgedessen wird das Kapital stärker, und seine Profite wachsen. Wohin aber gehen diese Profite? Nach Südafrika, in die Unterstützung der Apartheid. Warum gerade dorthin? Weil die Löhne dort noch niedriger sind als in Großbritannien, die Gewerkschaften aber für illegal erklärt wurden. Folglich müßte jeder, der sich vom britischen Wirtschaftsmodell verführen läßt, den Alptraum der Ungerechtigkeit und sozialer Spannungen durchmachen.

Großbritannien ist führend in Westeuropa bei den Rüstungsausgaben. Doch zugleich gibt es im Land viele soziale Probleme. Gehört das ebenfalls zum System des freien Unternehmertums?

Die jüngsten Angaben, über die ich verfüge, sprechen davon, daß jeder Engländer, einschließlich Frauen und Kinder, in Form von Steuern 6,16 Pfund wöchentlich für die Rüstung zahlt. So zahlt eine vierköpfige Familie ca. 25 Pfund wöchentlich oder

1200--1300 Pfund jährlich an Steuern für die Rüstung. Nach den USA ist das der höchste Anteil unter allen NATO-Ländern.

Vergleichen Sie jetzt diese Zahlen mit den Angaben über die Rüstungsausgaben in Japan, das für diese Zwecke ca. 1,5 Prozent seines Staatshaushaltes ausgibt. Dann werden Sie verstehen, warum die ganze Welt mit japanischen Autos, Recordern, Transistorradios und anderer Technik überschwemmt wird. Unterdes wird das gesamte wissenschaftlich-technische Potential Großbritanniens für die Vervollkommen der Rüstungstechnik verwandt. Dem dient auch ein Großteil der britischen Industrie. Die Statistik spricht davon, daß, wenn die Rüstungsausgaben auf dem heutigen Stand bleiben — und weltweit wird dafür heute, wenn ich mich nicht täusche, ca. 1 Mio Dollar pro Minute ausgegeben —, dies für den Durchschnittsarbeiter 3 oder 4 Jahre bedeutet, in denen er nur für die Rüstung tätig ist.

Natürlich trägt auch die Sowjetunion einen Teil dieser Last. Doch hier möchte ich auf einen weiteren Grund hinweisen, warum die Menschen Gorbatschow Gehör schenken. Sie meinen, daß, wenn die Sowjetunion weniger für die Verteidigung ausgeben will, um ihr Wirtschaftswachstum zu sichern, dann werden auch wir weniger ausgeben.

Wenn aber er das will und wir das wollen, dann spricht er in unserem Namen.

Das verheerende Wettrüsten muß beendet werden! Jede Woche sterben ca. 250 000 Kinder an durchaus heilbaren Krankheiten. Unter diesen Bedingungen Hunderte Milliarden Dollar in die Rüstung zu stecken, ist ein Verbrechen gegen die ganze Menschheit. Das ist um so unverzeihlicher, da dem Verbrechen die große Lüge von der Aggressivität der Russen, die Märchen von sowjetischen Panzern an den Ufern der Themse zugrunde liegen. Ich persönlich habe nie an derartiges geglaubt und meine, daß die meisten Briten das ebenfalls nicht tun. Ich weiß, daß Millionen Menschen in meinem Land die Kriegsjahre nicht vergessen haben, als unsere Völker Verbündete im gemeinsamen Kampf waren. Mein Nachbar, ein Blumenhändler, hat kürzlich eine sowjetische Auszeichnung für seine Teilnahme an den Versorgungsfahrten nach Murmansk im Krieg erhalten und ist darauf sehr stolz.

Was hingegen unsere Regierung angeht, so gibt sie 17 Md. Pfund jährlich für militärische Zwecke aus. Für uns ist das eine schwere Last. Wir haben 16 Md. Pfund als Gewinn aus unseren Ölvorkommen in der Nordsee erhalten. Damit wurde dann die Arbeitslosenunterstützung bezahlt. Mit dem Ölreichtum

haben wir unsere Wirtschaftsrezession bezahlt. Zu ihrem Symbol wurden die 4 Millionen Arbeitslosen, die keine Steuern zahlen und keine materiellen Werte schaffen. Unter Berücksichtigung der Arbeitslosenunterstützung verliert England dadurch ca. 20 Md. Pfund, und wenn man bedenkt, daß jeder Nichtarbeitende fast ebenso viele Werte wie ein Arbeitender schaffen könnte, dann ergibt sich, daß die Arbeitslosigkeit uns 50 Md. Pfund kostet. Folglich befähigt sich der britische Kapitalismus als Verschwender, der sein Vermögen für die Verteidigung und die Arbeitslosigkeit vergeudet und seine Profite in die dritte Welt exportiert, um diese auszubeuten, die Belange der einfachen Bürger aber ignoriert er fast völlig. So erklärt sich auch die schwere Lage im Lande, da alte Menschen unter der Kälte leiden und sterben, da die Jugend keine Hoffnung auf Arbeit hat, es in den Schulen an Lehrbüchern mangelt und Kranke bisweilen zwei Jahre auf eine dringend erforderliche Operation warten müssen. All das ist der Preis für die Militarisierung unseres Staates, der immer brutaler gegenüber seinen Bürgern und immer profitsüchtiger wird. Er unterdrückt Streiks, tritt die Bürgerrechte mit Füßen und ignoriert die elementaren Lebensbedürfnisse der Menschen...

Und doch versuchen Vertreter gerade dieses Staates immer wieder, anderen Lektionen in Menschenrechten zu erteilen.

Ehrlich gesagt, meine ich, daß sich keine Regierung der Welt herausragende Verdienste in diesem Bereich zuschreiben kann. Erst recht nicht Großbritannien. London hält Nordirland besetzt, schafft dort also eine Lage, bei der das elementare Recht des Menschen auf Leben gefährdet ist. Bei uns werden Menschen aus politischen Motiven ins Gefängnis geworfen. Die jüngsten Beispiele dafür sind die Verhaftung des Kenter Bergmanns Terry French und des Druckerführers Michael Hicks, der erst vor kurzem wieder freigelassen wurde. Der Kampf gegen Andersdenkende wird in Großbritannien mit sehr raffinierten Methoden geführt. Ich kenne einige Leute, die sich rein theoretisch als Marxisten bezeichnen. Doch schon das allein reicht aus, damit sie nie im Staatsdienst oder bei der BBC unterkommen. Ich meine, das Wesen der Demokratie, die Logik des Lebens führen dazu, daß kritische Stimmen gehört werden müssen. Wenn das nicht geschieht, beginnt sich die Lage immer weiter zu verschlechtern und, wenn Veränderungen erforderlich werden, kommen sie nicht so schnell wie erforderlich. Deshalb unterstütze ich leidenschaftlich die Idee der Offenheit, die Michail Gorbatschow in der Sowjetunion verteidigt. Auch unsere Gesellschaft braucht Offenheit. Ich bin davon überzeugt, daß wir ebenfalls viele Veränderungen nötig haben.

London

AUSZEICHNUNGEN FÜR EINEN FEUERWEHRMANN

Diese beiden Männer sind Feuerwehrleute: Der eine kommt aus der Sowjetunion, der andere aus der englischen Grafschaft Essex. Sie begegneten sich in London. Dorthin hatte man den Helden der Sowjetunion Oberstleutnant L. Teljatnikow eingeladen, um ihm britische Auszeichnungen für seinen beispiellosen Mut, den er bei der Löschung des Brandes bei der Havarie im KKW Tschernobyl gezeigt hatte, zu überreichen. L. Teljatnikow wurde mit der Goldmedaille der britischen Zeitung "Star" geehrt und von der Premierministerin Großbritanniens, Margaret Thatcher, empfangen.

Foto: TASS



40 Jahre

Truman-Doktrin

Prof. N. JAKOWLEW

Am 12. März 1947 sprach US-Präsident Harry Truman auf einer vereinten Sitzung des Kongresses. In starken Worten teilte er die Welt auf: die kapitalistischen Länder auf der einen, die sozialistischen auf der anderen Seite, und nun müsse "fast jeder Staat zwischen zwei alternativen Lebensweisen wählen". Die USA ihrerseits hätten ihre Verbündeten im Kampf gegen "den Druck von außen zu unterstützen". Diese Erklärung löschte jede Hoffnung auf eine Fortsetzung der für die Kriegsjahre 1941–1945 charakteristischen amerikanisch-sowjetischen Zusammenarbeit und wurde als Truman-Doktrin bekannt. Seitdem baute Washington seine Beziehungen zur UdSSR auf Konfrontation auf.

Die Umstände, unter denen die Truman-Doktrin verkündet wurde, wie auch deren Folgen sind höchst lehrreich. So schrieb der US- Sowjetologe Adam Ulam in "Foreign Affairs": "Bei der allgemeinen Beurteilung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen könnte es scheinen, daß den ersten Nachkriegsjahren keine besondere Bedeutung zukommt. Gerade in jenen Jahren aber entstand das Modell der häufig stürmischen Koexistenz der Supermächte, das in vieler Hinsicht auch heute gilt."

In der Truman-Doktrin konzentrierten sich die Pläne und Hoffnungen jener Kräfte, die von einer Niederlage der UdSSR träumten. Truman bestätigte die antikommunistische Linie Winston Churchills, der in seiner bekannten Fulton-Rede vom 5. März 1946 dazu aufgefordert hatte, die "christliche Zivilisation" mit Hilfe eines auf Atomwaffen gestützten Militärbündnisses zwischen den USA und Großbritannien zu behaupten. Die Doktrin selbst konkretisierte den 1947 verkündeten amerikanischen Kurs auf "Eindämmung" des Kommunismus. Der Urheber der "Eindämmungs"-konzeption, George Kennan, legte fast gleichzeitig mit der Proklamierung der Truman-Doktrin genau fest, was Washington damit erzielen wollte:

"Die sowjetische Gesellschaft hat bestimmt Schwachpunkte, die ihr Gesamtpotential letzten Endes vermindern werden. Schon das allein rechtfertigt die Tatsache, daß die USA mit vernünftiger Sicherheit den Weg harter Eindämmung

einschlagen, der voraussetzt, daß den Russen in jedem Punkt eine unerbittliche Gegenkraft entgegensetzen ist... Die USA sind sehr wohl imstande, die Tendenzen zu fördern, die in der Endkonsequenz entweder in einer Explosion oder im allmählichen Schwinden der sowjetischen Macht zutage treten werden." Dafür seien, so Kennan, "10–15 Jahre vonnöten".

Auf die Formulierung der theoretischen Bestimmungen folgte die bekannte Praxis. Aggressive Blöcke wurden zusammengezimmert, rund um die sozialistische Staatengemeinschaft US-Militärstützpunkte angelegt. Neben allem anderen hoffte Washington, die UdSSR "totzurüsten" und so die von Kennan erwähnten "Schwachpunkte" für sich zu nutzen.

Im Taumel der "Eindämmung" überhörte die Washingtoner Administration die schon damals ergangene realistische Warnung des Publizisten Walter Lippmann: "Meine Kritik an der Eindämmungspolitik bzw. der sogenannten Truman-Doktrin beruht darauf, daß wir bei der Aufnahme des Kampfes kein greifbareres Ziel haben als die Hoffnung, in 10–15 Jahren werde die sowjetische Macht durch ständige Schlappen 'explodieren' oder 'schwinden'... Wieso erwarten wir eigentlich, daß sich die UdSSR in diesem Wettstreit ein Bein bricht, während den USA Schwingen wachsen und sie vorwärtstragen?" Wie Lippmann ganz richtig vermutete, sind die Schwingen nicht gewachsen.

Was G. Kennan selbst angeht, so hat er das Fehlerhafte seiner eigenen Berechnungen, die in der US-Außenpolitik zu gewaltigen Fehlkalkulationen führten, längst zugegeben.

Jahrzehntelang galt die Truman-Doktrin in den USA als Konkretisierung der "Eindämmung". In den 80er Jahren jedoch kommt diese Vokabel im Hinblick auf Washingtons gegenwärtigen Kurs so gut wie nicht mehr vor. Sind die von Truman formulierten Verhaltensregeln gegenüber der UdSSR etwa in Vergessenheit geraten? Wie der Politikologe R. Garthoff schreibt, seien "ein Großteil" der Reagan-Administration und "überhaupt viele schon seit Ende der 40er Jahre der Meinung, daß Trumans Politik zu weich war und daß das Ziel der USA

nicht nur in der Eindämmung, sondern auch im roll back des Kommunismus bestehen muß".

Diese Erklärung wird in Garthoffs 1147 Seiten starkem (!) Buch „Entspannung und Konfrontation. Die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen von Nixon bis Reagan“ gegeben. Garthoffs Kollege Prof. J. Gaddis vertritt die gleiche Auffassung wie der Buchautor: "Anfang der 70er Jahre verlegten sich die USA darauf, die Konfrontation nach außerhalb der sozialistischen Staatengemeinschaft zu tragen, d. h. — beabsichtigt oder nicht — zu der nicht erfüllten Eindämmungskonzeption zurückzukehren, mit der George F. Kennan vor einem Vierteljahrhundert hervorgetreten war."

Wie jetzt, nach Jahrzehnten, offensichtlich wird, hatte die Truman-Doktrin auch geheime Aspekte. So stellt der britische Publizist J. Ranelagh in seinem Buch „Aufstieg und Niedergang der CIA“ (1986) fest: Bewilligungen gemäß dieser Doktrin hätten die Schleusen der CIA-Wühlarbeit in anderen Ländern geöffnet.

Reagan trägt nun das aus Trumans Zeiten übriggebliebene ideologische Gewand auf. Er hat es seinen Ansichten angepaßt und am 6. März 1983 auf der nationalen Jahreskonferenz der Evangelisten in Orlando, Florida, vorgeführt.

Gleich Truman zog Reagan eine scharfe Trennlinie zwischen beiden Welten, stempelte die UdSSR zum "Reich des Bösen" ab und erklärte: "Sünde und Böses bestehen in der Welt. Die Heilige Schrift und Gott machen es uns zur Pflicht, all unsere Kräfte gegen beides einzusetzen." H. Sidey, der mehr als nur einen Präsidenten erlebt hat, spottete in der "Time" über Reagans Synthese von Religion und Politik: "Wer könnte behaupten, daß wir das Monopol auf Göttliches haben?"

Die Rede in Orlando war jedoch mehr als nur Rhetorik. Dort habe, schrieb die "New York Times", "der wahre Reagan gesprochen. Übertreibungen und Vereinfachungen äußerten sich nicht nur in der Rhetorik, sondern auch darin, wie er seine Entscheidungen trifft. Was soll die sowjetische Führung denken? Ihr System mag noch so unannehmbar sein, aber in letzter Instanz hängt das Überleben der Welt von gegenseitiger Zurückhaltung ab. Wie kann sie an die Zurückhaltung eines amerikanischen Leaders mit einer solchen Weltanschauung glauben?"

In seiner Botschaft an die Nation vom 7. März 1987, diesmal von Camp David aus, zieht der US-Präsident erneut eine Trennlinie. Die Sowjetunion trage die Schuld an regionalen Konflikten. Die USA dagegen müßten, so R. Reagan, aktiver in die Angelegenheiten Afghanistans, Syriens, Libyens, Nikaraguas (usw., eine lange Liste) eingreifen. Nämlich um der Demokratie willen.

Die Lehren der Truman-Doktrin haben noch immer nicht angeschlagen.

Interview mit Brigadegeneral Zbigniew PUDYSZ,
stellvertretender Innenminister der VR Polen

Wem nützt der Untergrund?

Westliche Sender malen die Situation in Polen vorwiegend grau in grau. Die „Stimme Amerikas“ beschrieb ein in eisiger Kälte erstarrtes Land, wo der Puls von Leben und Denken nur noch in den Kreisen schlägt, die zum Sozialismus in Opposition stehen. Laut „Deutscher Welle“ leben in Betrieben illegale „Solidarnosc“-Strukturen wieder auf, die sich angeblich zu einem politischen Untergrund organisieren. Wie sieht die Wirklichkeit aus?

Eine organisierte Untergrundbewegung in der Form, wie sie die westliche Propaganda meint, besteht in Polen nicht. Es gibt lediglich einige wenige Gruppen, die von ihren Anführern, ehemaligen „Solidarnosc“-Leuten, mit Gewalt für aktive illegale Strukturen ausgegeben werden. Sie sind dem Sicherheitsdienst alle bekannt.

Gegenüber 1980/1981 schätzen wir die Lage im Lande als günstig ein. Das sozialpolitische Leben hat sich stabilisiert, die Situation in der Wirtschaft verbessert. Die internationalen Positionen unseres Staates sind fester geworden. Aus diesen Gründen engte sich die soziale Basis der sogenannten Opposition ein und schwindet das Vertrauen zu ihren Häuptlingen, darunter zu denen von „Solidarnosc“. Sie sehen sich in zunehmender Isolierung.

Was schlägt der politische Gegner den Polen heute vor? Wie lauten seine aktuellen Lösungen?

Er hat kein Programm anzubieten, nur eben die grundsätzliche Ablehnung der sozialistischen Ordnung. Eine solche Position entspricht den Ansichten der meisten Polen nicht, und das begreifen selbst die Feinde des Sozialismus innerhalb des Landes. In ihrem Lager kommt es immer häufiger zu Kontroversen und Reibereien, zum Streit über die Taktik der staatsfeindlichen Tätigkeit, zudem noch zu persönlichen Rivalitäten um Machtpositionen und das Geld aus dem Westen.

Zugleich setzen westliche Agenturen ihre Umdriebe gegen Polen fort, sie wachsen sich zu direkter Einmischung in die Angelegenheiten unseres sozialistischen Staates aus.

Im vorigen Jahr allein untersuchten die Gerichte mehr als 10 Fälle von Spionage bzw. Hochverrat. Die meisten Angeklagten waren während ihres Aufenthalts im Ausland von Geheimdiensten der USA oder der Bundesrepublik angeworben worden. Die verbrecherischen Verbindungen

zwischen illegalen Gruppen in Polen und westlichen Wühlzentralen wurden auch bei der Untersuchung der Tätigkeit des sogenannten Brüsseler „Solidarnosc“-Büros festgestellt, dem Jerzy Milowski vorsteht.

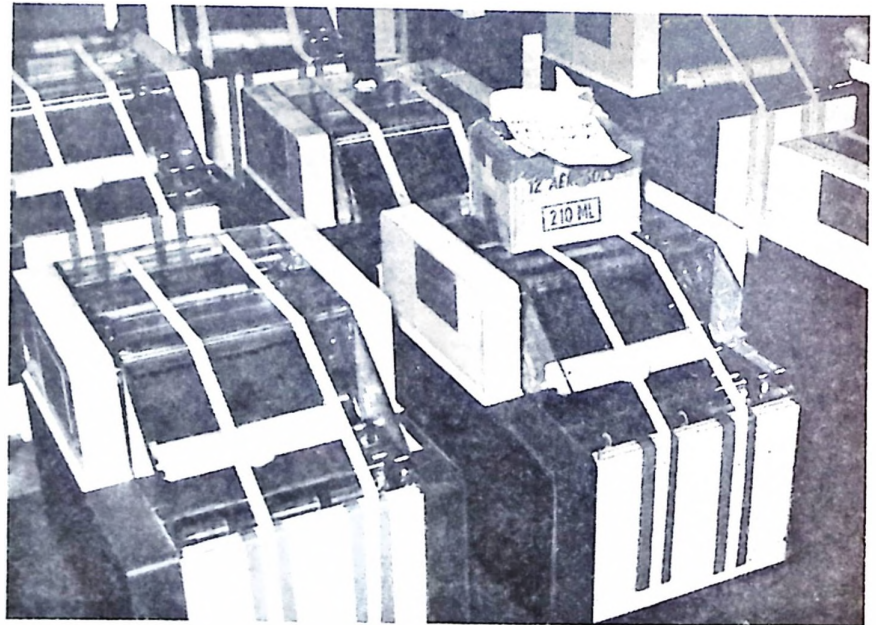
Im vorigen Herbst wurden in Polen politische Häftlinge freigelassen, außer denjenigen, die Verbrechen gegen den Staat — Spionage, Terrorakte, Preisgabe von Staats-

erlauben, ein schwacher oder ein starker? Die Amnestie in der VR Polen demonstrierte die Stabilisierung des gesellschaftlichen und politischen Lebens, das ist ihr Hauptziel und Hauptergebnis.

Anfang 1987 waren 225 Personen aus der Haft entlassen, und die Untersuchung weiterer Hunderte von Prozessen war eingestellt worden. Noch 585 Personen erstatteten Selbstanzeige. Sie waren, obwohl staatsfeindlich tätig, nicht unter Arrest gewesen. Wir wissen ferner, daß viele ihre rechtswidrige Tätigkeit eingestellt haben, obwohl sie keine entsprechende Erklärung abgaben.

Ich möchte von einer unserer Operationen erzählen. Teilnehmer vieler konspirativer Strukturen sowie eine recht große Gruppe von Personen, die ihnen halfen, wurden von Organen der Staatssicherheit zu einem Gespräch vorgeladen. Obigens hatten die Menschen, wie sich dabei herausstellte, keine Ahnung davon, daß wir über ihre Tätigkeit im Bilde waren. Aus den Gesprächen mit unseren Mitarbeitern konnten sie folgern, daß ihre Konspiration illusorisch und ihr Handeln aussichtslos ist. Zugleich wurden diese Menschen verwarnet.

Vervielfältigungstechnik, die aus Schweden nach Polen eingeschleust werden sollte und am Kontrollposten Swinoujcie beschlagnahmt wurde.



geheimnissen — begangen hatten. In der polnischen Presse wird das als Amnestie bezeichnet. Wie hat sie sich praktisch ausgewirkt?

Eine Gegenfrage: Welcher Staat kann sich eine so humane Entscheidung

Die Amnestie hat eine qualitativ neue Situation herbeigeführt. Dem Westen wurden seine stärksten Trümpfe aus der Hand geschlagen, jene „Argumente“, mit denen er das Bestehen einer Opposition in Polen zu beweisen sucht.

Wurden die humanen Absichten der Regierung von allen richtig aufgefaßt?

Nur 0,5 Prozent dieser Personen, d. h. einer von je 200, handelten wieder gegen den Staat. Die Amnestie hat sich also völlig bewährt.

Nichtsdestoweniger gibt es unter den Entlassenen Menschen, die den heutigen Realitäten nicht Rechnung tragen wollen. Freilich ist das eine unbedeutende Gruppe, wir kennen jeden Namen. Versuche wurden unternommen, einige „Solidarnosc“-Strukturen wiederzubeleben, und zwar unter der alten Parole eines „gewerkschaftlichen Pluralismus“, der unser Land in unferner Vergangenheit so teuer zu stehen kam.

Es fragt sich, wie ein solcher „Pluralismus“ aussehen soll, wo wir heute doch unseren Gewerkschaftsbund - die Gesamtpolnische Verständigung der Gewerkschaften - haben, die bereits 7 Millionen Mitglieder zählt? In dieser Situation blieben dem Bund die schwierigen Probleme - Erhöhung der Arbeitsproduktivität, Modernisierung der Produktion -, während legalisierte „Solidarnosc“-Strukturen Lohnerhöhungen unabhängig vom Arbeitsergebnis, zusätzliche arbeitsfreie Tage verlangen und zu Streiks aufrufen würden. Ein solcher „gewerkschaftliche Pluralismus“ würde bedeuten, daß in Polen eine unverkennbar staatsfeindlich orientierte Organisation wiederhergestellt und das Land in die Zeit der sozialen Spannungen zurückversetzt würde.

Jene Extremisten, die sich von ihren demagogischen Aufrufen zum „Pluralismus“ die Rückkehr zur politischen Szene erhoffen, versichern, die Öffentlichkeit unterstütze sie. In Wirklichkeit hat die Unterstützung rein materiellen Charakter, und ihre Quellen liegen nicht in Polen, sondern im Westen.

Ende v. J. wurde am Grenzpunkt Swinoujscie ein schwedischer „Scania“-Großlaster aufgehalten. Darin befanden sich Vervielfältigungsgeräte, Computer, Sender und Propagandamaterial. Die 8,5 t schwere illegale Fracht wurde auf 300 000 Dollar geschätzt. Erwiesenermaßen war der LKW mit Wissen von Schwedens Grenzdienst und Polizei nach Polen gefahren. Die Absender hatten wieder einmal im Namen des Emigrantenbüros von „Solidarnosc“ in Brüssel gehandelt.

Vor kurzem wurde am Kontrollpunkt im gleichen Swinoujscie ein Minibus aus Norwegen gestoppt. In seinem Doppelboden wurden 1500 polenfeindliche Broschüren entdeckt. Verdächtig schwer schienen den Zöllnern bunte Waschmittelpackungen aus Hamburg - zu Recht, denn darin befanden sich tragbare Sender, eine Kleinkamera, Videokassetten sowie ein hoher Geldbetrag in Dollar und D-Mark. Als Empfänger firmierte ein

Spayuylikauja uyeylak totauki da K'ajau	
(u e USD i Parakash RPN)	
"Dorvakh".....	4 14.000
TKK ("Inai").....	4 12.000
" ".....	DP 0.000
TKK ("Kun").....	4 10.000
TKK ("Rox").....	4 5.000
Region Malopolska (z puli "Kup").....	4 0.000
Region Skoczyn (z puli "Rep").....	4 6.000
Region Slask-Dabrowa.....	4 1.000
Region Siedlce-Ustulni.....	4 2.000
Region Torun.....	4 0.000
M. E. Nova Muta.....	4 1.000
wydawnictwo "Przemyslanski"	500
wydawnictwo "Pracez-	
dnasz".....	4 0.000
Wyodnik Poznanski.....	DP 0.000
Biuletyn Informacyjny	
Regionu Siedlce-Ustulni-	
Dziennik.....	DP 0.000

Kasam USD	06.000
DP	15.000

GEHEIMWAFFE VON GREENHAM COMMON

Der Mut englischer Frauen, die den US-Militärstützpunkt in Greenham Common belagern, hat sich herumgesprochen. Seit 7 Jahren tragen diese Frauen einen ungleichen Kampf mit den britischen Behörden aus, die die nationale Territorien für die Stationierung US-amerikanischer Fliegertruppen zur Verfügung gestellt haben. An diese Friedenskämpferinnen wurde kein Friedensnobelpreis verliehen, obwohl dies wiederholt angeregt wurde, aber ihre Zähigkeit und Aufopferungsbereitschaft fanden die Anerkennung von Millionen.

Bekannt ist auch die Rücksichtslosigkeit der britischen Polizei und der amerikanischen Militärpolizei in Greenham Common. Die schwedische Zeitschrift „Vi Mänskor“ berichtete über ein neues, raffiniertes Mittel, auf Andersdenkende einzuwirken, das in Greenham Common eingesetzt wurde.

Im November 1983 wurden die ersten Cruise Missiles zum Militärstützpunkt gebracht. Bald danach zeigten sich bei den ersten Frauen, die ihr Lager neben der Einfahrt zum Stützpunkt aufgeschlagen hatten, Symptome einer unerklärlichen und beunruhigenden Krankheit. Brechreiz, Blutungen, Haarausfall, Gedächtnisschwund und Fehlgeburten. Von englischen Ärzten, die sich in der Antiraketenbewegung engagieren, wurde eine medizinische Untersuchung vorgenommen. Sie meinen, daß eine elektromagnetische Strahlung, die hinter dem Raketendomizil schützenden Stacheldraht

erzeugt wird, für die Erkrankungen verantwortlich ist. Gegenwärtig werden von der Organisation „Ärzte gegen Kernwaffen“ Beweise dafür gesammelt, daß diese barbarische Waffe gegen die Teilnehmerinnen des Protestcamps eingesetzt wurde. Vermutlich befindet sich auf dem Gelände des Militärstützpunkts eine Quelle für Ultrahochfrequenz-Strahlung bzw. mehrere Anlagen, die elektromagnetische Wellen im UHF-Bereich ausstrahlen.

Das schwedische Außenministerium will diese Version prüfen. Massenmedien Großbritanniens und anderer NATO-Staaten, die sonst für Sensationen leicht zu haben sind, hüllen sich in Schweigen. Die Strahlen aus Greenham Common dringen nicht bis in ihre Redaktionsräume durch.

GEZIELTER ABSCHUSS

In diesem Jahr müssen in Afrika 45 000 Elefanten abgeschossen werden. Tierquälerei? Ausrottung? Keinesfalls. Das Abschlußprogramm wurde beim Kongreß der Internationalen Gesellschaft zum Schutz der Natur in New York als ein „Elefantenkompromiß“ bezeichnet. Er stellt den ersten praktischen Schritt einer neuen Strategie dar.

Die Versuche, in den ärmsten Regionen Afrikas, Lateinamerikas und Asiens nationale Tierschutzreservate zu schaffen, verlaufen oft im Sande. Das ist u. a. darauf zurückzuführen, daß die Behörden das strenge Reservatregime

nicht sichern können und daß die einheimische Bevölkerung, die oft ihr einziges Existenzmittel - die Jagd - verliert, Unmut äußert.

Der „Elefantenkompromiß“ berücksichtigt die Sachlage. Die Regierungen der entsprechenden afrikanischen Länder sollen gemeinsam mit den Tierschutzgesellschaften die Höchstgrenzen für Elfenbeinexport festlegen. 1987 sollen 90 000 Stoßzähne ausgeführt werden. Entsprechend viele Tiere dürfen abgeschossen werden. Die importierenden Länder verpflichten sich, nur noch staatliche Elfenbeinlieferungen zu akzeptieren.

In den ersten Monaten d. J. sind die Schwarzmarktpreise für Elfenbein drastisch gesunken, ein Zeichen dafür, daß die neue Strategie wirkt. Die einheimische Bevölkerung ist nun selbst an der Bekämpfung der Wilderei interessiert. Der Elfenbeinhandel bringt immerhin 50 Mio Dollar jährlich ein. Dieses Geld floß früher in die Taschen der Wilderer. Nun soll es der gesetzliche Lohn für einheimische Jäger werden.

Wenn das Jahreskontingent auf ein vernünftiges Niveau festgelegt wird, erhöhen sich die Überlebenschancen für Elefanten und der Handel mit kostbaren Stoßzähnen nimmt zu.

Bild: „Panorama“ (Italien)



Dieses Foto ist nicht fürs Familienalbum bestimmt. Hussein Mokalled (43) aus dem Dorf Arab Selim im Südlibanon inseriert in der Zeitung „Al Nahar“, daß er acht von elf seiner Kinder zum Kauf anbietet. Resigniert durch Krieg, Hunger

und Not, versichert Hussein Mokalled, er werde keinen zu hohen Preis verlangen. Interessenten sollen nur versuchen, in sein Dorf zu kommen. Es wird täglich von israelischem Militär beschossen und bombardiert.

LUFTSCHLÖSSER

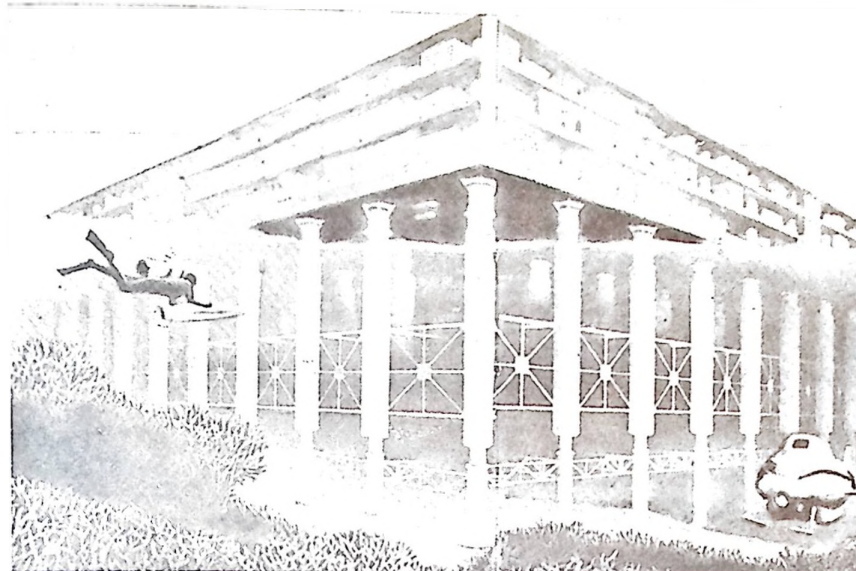
Schwimmende Städte von gigantischen Ausmaßen, ein mit Magnetkraft betriebener Zug, der mit 400 Stundenkilometern dahinstreift, ein Superflugzeug „Orientpfeil“, das den Weg von New York nach

„NEUE ZEIT“

Tokio in 2 Stunden zurücklegt... Derart ehrgeizige Projekte werden gegenwärtig in der japanischen Hauptstadt diskutiert. Die Japaner sind bereit, einen Tunnel unter der Straße von Gibraltar zu bauen, der den direkten Auto- und Eisenbahnverkehr zwischen Europa und Afrika eröffnen kann, des weiteren einen neuen, schleusenlosen Panamakanal und ein monströses Wasserkraftwerk im Himalaja.

In 50 Jahren, so die japanischen Ingenieure, werden Touristen die weltgrößte künstliche Inselstadt mit einer Fläche von 90 Quadratkilometern besuchen können. Sie wird sich in der Tokiobucht befinden und durch Teleskopfeiler auf dem Meeresgrund verankert sein. Bei Taifunen soll sich die Insel blutgleich verschließen. Vollklimatisierte Räume werden etwa einer Million Menschen Platz bieten.

Das Transportministerium will demnächst eine Kommission ernennen, die die Kosten dieses Projekts bestimmen soll. Das Geld sei da. Sollte man es nicht lieber für aktuellere Belange verwenden? fragen japanische Zeitungen.



Entwurf einer Unterwasserstadt
Foto: „Newsweek“ (USA)

Außenwirtschaftliche Komplikationen, Produktionsrückgang in einigen Branchen und sprunghaft gestiegene Arbeitslosen-zahlen sorgten für beachtliche soziale Spannungen in der japanischen Gesellschaft. Ausgerechnet jetzt werden in Tokio gleich mehrere Protzvorhaben erwogen. Natürlich mangelt es dabei nicht an Versicherungen, daß ihre

Verwirklichung geschäftliche Aktivitäten stimulieren und neue Arbeitsplätze schaffen werde.

Von der Größe her sind diese Projekte zweifellos beeindruckend. Sind sie aber durchführbar?

1981 wurde feierlich verkündet, Japan gehe an die Entwicklung eines Supercomputers, der tausendfach schneller sein soll als die jetzigen. Und ein Computer der 5. Generation, mit künstlicher Intelligenz ausgestattet, mußte auch her. 140 Mio Dollar hat er bereits gekostet. Fünf Jahre

sind um, nun müssen die japanischen Ingenieure feststellen: In absehbarer Zeit sind Ergebnisse kaum zu erwarten.

Ein trauriges Denkmal für Prestige-Projekte stellt der Seikan-Tunnel zwischen den Inseln Honshu und Hokkaido dar. Seit 23 Jahren wird daran gebaut. Immenses Kapital wurde hineingepumpt. Noch ein oder zwei Jahre, und der Tunnel ist fertig. Bis heute ist nicht klar, wie er genutzt werden soll. Viele meinen: Die Mittel wurden zum Fenster hinausgeworfen...

DER WUNDE PUNKT

Generalleutnant James Abrahamson, Direktor des SDI-Programms, klagt über die Ingenieure von Martin Marietta, einer der Hauptlieferanten. Der „Washington Post“ zufolge haben sie eine neue Anlage für Weltraumüberwachung in Denver auf „R2P2“ getauft. Der Name erinnert an den Roboter R2D2 in der Star-Wars-Serie. Die SDI-Chefs aber, die auf dem friedlichen Charakter von SDI beharren, scheuen selbst leiseste Anspielungen.

MONSIGNORE TAUCHT UNTER

Paul Marcinkus, Oberhirte der Vatikan-Bank, Erzbischof aus dem US-Bundesstaat Illinois, wird der „Mittäterschaft bei einem betrügerischen Bankrott“ bezichtigt. Die italienische Justiz erließ Haftbefehl.

1982, als die Mailänder Banco Ambrosiano pleiteging, verloren die Sparer rd. 1,2 Mio Dollar.

Marcinkus kann jedenfalls nur auf italienischem Territorium festgenommen werden. In der Vatikanstadt dagegen ist der Pleitebischof sicher.

SIE LIEBTEN SICH BEI DE...

Doch sie führten denselben Namen — Soh. In Südkorea ist das keine Seltenheit: Beispielsweise heißt jeder fünfte Südkoreaner Kim... Es stellte sich aber heraus, daß die beiden einen Ahnen namens Soh haben, der vor 30 Generationen gelebt haben sollte. Nach dem traditionellen Ehegesetz von 1958 stellt solch eine „nahe“ Verwandtschaft ein unüberwindbares Ehehindernis dar. So lebten die beiden Soh in wilder Ehe.

Ihre zwei Kinder galten als unehelich, und nach in Südkorea geltendem Recht konnte ihnen die Einschulung verweigert werden. Die Familie Soh resignierte und wanderte aus...

POLITISCHE KURIOSITÄTEN

MISSKLÄNGE

Sollte jemand meinen, daß die USA-EG-Differenzen in „Marginalien“ wie Streitigkeiten über Futtermittelgetreide nicht ernstzunehmen seien, so hat er recht. In Wirklichkeit haben verantwortliche Amerikaner durchaus nichts gegen einen Flirt mit der EG.

Die EG proklamierte 1987 zum Europäischen Jahr der Umwelt. Der US-Botschafter bei der EG, William Middendorf, hat prompt

dem EG-Umweltschutz-Kommissar Stanley C. Davis einen selbstkomponierten „Marsch der Europäischen Gemeinschaft“, als Ergebnis eines musikalisch-politischen Musenkusses, überreicht. Botschafter Middendorf habe sich bemüht, durch den Marsch die Solidarität der USA mit der Gemeinschaft bei ihren Bemühungen um eine sauberere und gesündere Umwelt auszudrücken, heißt es in einer Mitteilung der EG-Kommission an Journalisten, denen man das Hörerlebnis nicht vorenthalten wollte. Allein der Zeitpunkt war ungeschickt gewählt: Der Marsch wurde geblasen, als sich die EG-Außenminister im Gebäude des EG-Ministerrates auf der anderen Straßenseite im Handelskonflikt

mit EG um den richtigen Ton bemühten.

DIE GESTRIGEN

Den philippinischen Behörden zufolge hat der gestürzte Präsident Marcos das Land um mindestens 2 Md. Dollar beraubt. Diese Summe soll eingeklagt werden. Indessen wird gemeldet, daß die Marcos-Anhänger auf den Philippinen etwa 2,4 Mio Dollar gesammelt haben, um dem Ex-Diktator zurück an die Macht zu helfen. Es wird gemunkelt, daß das Spendengeld aus dem Milliarden-Raubgut stammt.

Überleben der Menschheit Rettung der Natur



Ewige Wahrheiten

Im vorigen Jahr fand in Warna (Bulgarien) eine internationale Konferenz zum Thema „Umweltschutz und Weltfrieden“ statt. Fragen wurden erörtert, die die Verantwortung der Wissenschaftler für den Schutz von Umwelt und Frieden auf unserem Planeten betreffen. 88 Wissenschaftler aus 32 Ländern und Vertreter von 11 internationalen Organisationen (UNESCO, UNO-Programm für die Umwelt, Internationales Institut des Lebens, Pugwash-Bewegung u. a.) nahmen daran teil. Die Konferenz gründete eine neue internationale Wissenschaftlerbewegung, das „Ökoforum für den Frieden“. Es wird von einem Vorstand aus sieben bekannten Wissenschaftlern verschiedener Länder geleitet. Sitz und Sekretariat befinden sich in Bulgarien.

Der Kampf gegen die nukleare Gefahr und der Kampf gegen die Zerstörung der Natur standen immer nah beieinander. Häufig hatte man gemeinsame Argumente. Trotzdem entwickelten sie sich gesondert. In Warna wurden ihr Zusammenhang, ihre wechselseitige Abhängigkeit vor Augen geführt und darüber hinaus Organisationsformen gefunden, die die Grundlage für die Zusammenlegung beider Arten des Kampfes bilden. Das „Ökoforum für den Frieden“ hat erstmalig zwei Hauptbewegungen der Gegenwart - für Frieden und Umweltschutz - vereint.

In der Deklaration der Konferenz werden folgende drei Ziele der neuen Bewegung genannt:

- die Bemühungen der Wissenschaftler der Welt und anderer Gemeinschaften und Bewegungen zusammenzulegen, um die gemeinsame Entwicklung bzw. Evolution von Menschheit und Natur als unerläßliche Bedingung des Lebens und des sozialen Fortschritts zu gewährleisten;
- die weltweiten Bewegungen für Umweltschutz und verwandte Bewegungen in ihren Anstrengungen zur Mobilisie-

rung der Völker zu unterstützen und die Regierungen aller Länder zu mahnen, damit sie den Weltfrieden erreichen und aufrechterhalten helfen und eine entsprechende Entwicklung auf gesunder sozialer und ökologischer Basis sichern; - unsere Kollegen, die Wissenschaftler in aller Welt, dazu anzuregen, daß sie das hierfür notwendige Vertrauen zwischen den Völkern fördern;

Das „Ökoforum für den Frieden“ ist ein Markstein auf dem Wege zu neuem Denken, das im Nuklearzeitalter alle Menschen, alle Staaten, die ganze Menschheit so sehr brauchen.

Die Menschheit steht am Anfang ihres neuen Entwicklungsstadiums. Es gilt, den Menschen zur Formung neuer Werte und humaner Bestrebungen zu verhelfen,



Die „schwarzen Flecken“ löschen

Unaufhaltsam und immer schneller bewegt sich die Natur auf einen „Herzinfarkt“ bzw. „Insult“ zu. Atmosphäre, Boden und Wasser sind bis zum äußersten verschmutzt. Das ist die bisher tiefste Umweltkrise der menschlichen Geschichte.

Die „weißen Flecken“ auf der Karte der Erde sind praktisch verschwunden. Erschreckend rasch tauchen dagegen „schwarze Flecken“ auf: Wüsten, abgeholzte Wälder und andere Zonen der vernichteten Umwelt. Unsere Ahnen hielten die Ressourcen der Erde naiverweise für grenzenlos und unerschöpflich. Die Wüsten Nordafrikas, eine jahrtausendealte Wunde unseres Planeten, waren einst üppige Felder. Unzählige Herden wilder Tiere traten und fraßen diese Welt kahl, auf gigantischen Flächen setzte die Bodenerosion ein, bis der Sand alles bedeckte.

Die ökologische Ignoranz unserer

denn Vernunft und Humanität sind jene ewigen Wahrheiten, die dem Leben des Menschengeschlechts zugrunde liegen. Man braucht neue soziale, moralische, wissenschaftliche und ökologische Konzeptionen, die durch die neuen Existenzbedingungen der Menschheit von heute und morgen bestimmt werden müssen. Das „Ökoforum“ geht davon aus, daß eine einheitliche Strategie zur Lösung der globalen Probleme vom Humanismus, von den Idealen des sozialen Fortschritts und der internationalen Zusammenarbeit durchdrungen sein und die Bemühungen der gesamten Menschheit um Frieden und Abrüstung aktivieren muß. Die Ideale der Bewegung fanden ihren Niederschlag in dem Appell „Überleben der Menschheit und das Leben auf unserem Planeten“, den die Konferenzteilnehmer an die Völker und Regierungen der Welt richteten.

I. FROLOW

Korrespondierendes Mitglied der AdW der UdSSR

Ahnen (ihr Unglück, nicht ihre Schuld) bewirkte das Eingehen von Tausenden Arten von Tieren, Vögeln und Fischen. Von der Warte unserer Kenntnisse aus dürfen wir selbstverständlich nicht die Menschen verurteilen, die im Altertum, Mittelalter und selbst in der Neuzeit lebten. Der Mensch mußte mit der Natur kämpfen, sein Weg zur heutigen Allmacht war beschwerlich, opferreich und tragisch.

Die „Errungenschaften“ der Menschen bei der ursprünglichen „Eroberung der Natur“ wuchsen sich dermaßen aus, daß sich die Wirtschaftstätigkeit auf die Biosphäre mehr auswirkte als alle darin verlaufenden natürlichen Prozesse. Unsere Vorstellung von Humanität blieb jahrhundertlang einseitig, weil sie den Menschen zum Herrn der Natur und nicht zu ihrem Sohn verkündete.

Das 20. Jahrhundert mit seiner bei-

„NEUE ZEIT“ 12.87

spiellosen wissenschaftlich-technischen Explosion implantierte ein künstliches Organ - die Weltwirtschaft - in die Biosphäre, und nun vergiftet dieses Organ sie langsam, aber sicher. Die Hauptressource der Natur, ihr Vermögen, sich selbständig von Produktions- und sonstigen Abfällen zu reinigen, ist längst erschöpft, der Mensch hat die zulässige Grenze überschritten. Und so haben wir heute den „sauren Regen“, die in-selgroßen „Ölteppiche“ und ein von Jahr zu Jahr dickeres Rotbuch der Natur.

Die ökologische Unwissenheit hatte tragische Folgen für die Erde. Zwei Milliarden ha Acker sind heruntergewirtschaftet. Das sind 50 Prozent mehr, als wir gegenwärtig bestellen. Die Verwüstung, die extraktive Industrie und die Bebauung nehmen uns jährlich weitere 7 Mio ha Boden weg. Die Wüsten und Halbwüsten haben heute schon eine Fläche von 53,3 Mio Quadratkilometern. Durch die Offensive des Sandes verlieren wir 44 ha fruchtbaren Bodens in der Minute.

Die Wälder verschwinden von der Erde mit einer Geschwindigkeit von 20 ha in der Minute, und die Fläche der Tropenwälder, eines Hauptproduzenten von Sauerstoff, schrumpft um ein Prozent jährlich. Wird dem kein Einhalt geboten, könnte Mitte des 21. Jahrhunderts in den Tropen Sauerstoffmangel auftreten.

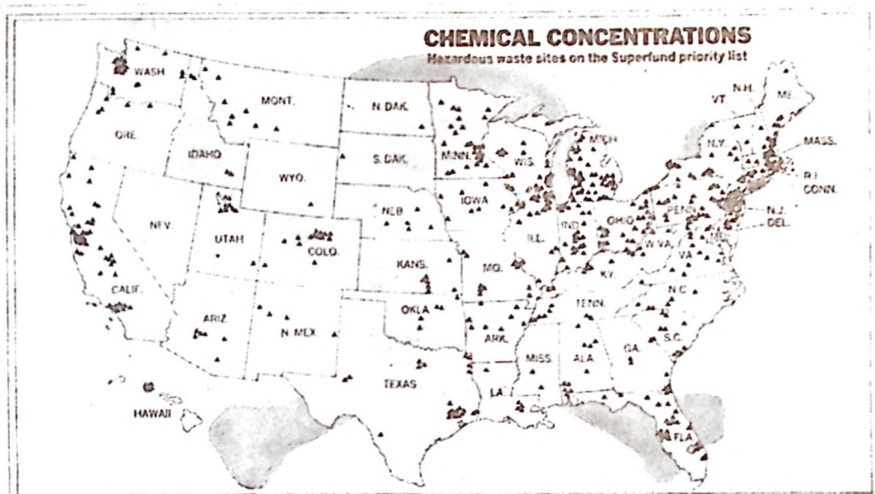
Nach Angaben der Internationalen Assoziation für den Naturschutz sind auf der Erde in den letzten 60 Jahren 76 Tierarten und Hunderte Pflanzenarten eingegangen. Vom Aussterben bedroht sind 132 Arten von Säugetieren und 26 Vogelarten. Das ist eine Tragödie: Ein unschätzbarer Genfonds geht verloren, und so wird in der Natur jener außerordentlich feine Gleichgewichtsmechanismus zerstört, der das eigentliche Leben auf der Erde bedingt.

Heutzutage ist das Eingehen von Tieren und Pflanzen Resultat nicht so sehr ihrer physischen Ausrottung (Jagd, Fischerei, Abbau von Bodenschätzen) wie vielmehr der Erzeugung von chemischem und sonstigem Industriemüll, eine Folge der Vergiftung der Biosphäre.

Alljährlich werden über 200 Mio t Kohlenstoffoxide, über 50 Mio t Kohlenwasserstoffe und 120 Mio t Asche in die Atmosphäre ausgeworfen. Hinzu kommen etwa 150 Mio t Schwefeldioxid, daß als „saurer Regen“ zu uns zurückkehrt. Wärme, radioaktive Strahlung, Lärm usw. sind weitere Arten der Umweltbelastung. Praktisch nicht erforscht sind z. B. die negativen Folgen des stürmisch zunehmenden „Elektronen-Smogs“, den die Rundfunksender, Fernsehürme und die Milliarden Elektrogeräte - von Glühbirnen bis zu Personalcomputern - ausstrahlen.

Die durch Verbrennung verursachte Kohlendioxidkonzentration in der Atmo-

„NEUE ZEIT“ 12.87



Chemieabfälle sind für die Natur am schwersten zu verkräften.

sphäre nimmt schon rascher zu als dessen Absorption durch Boden- und Wasserpflanzen. An Staub und Asche produziert die Weltwirtschaft ebensoviel wie Vulkanausbrüche.

Die globalen Ausmaße der vom Menschen vorgenommenen Veränderungen an den natürlichen Bedingungen der Erde sind eine Realität und erfordern eine Optimierung der Relation Gesellschaft-Natur.

Aber der Übergang von dem Drang nach absoluter Herrschaft über die Natur zum Gedanken an gleichberechtigte Beziehungen zwischen Mensch und Natur vollzog sich mit Verspätung. Als ich zur Schule ging, in den 50er Jahren, sprach der Biologielehrer uns von der Unterordnung der Natur. Heute ist das kaum zu glauben. Die Menschheit hat die Einsicht, daß die Natur nicht zu unterwerfen, sondern zu pflegen ist, daß die Zusammenarbeit mit ihr zu den von der Natur gestellten Bedingungen zu erfolgen hat, teuer erkauf.

Die Menschen haben einen ersten, schüchternen Schritt auf diesem Weg getan. Viele haben begriffen, daß die Umweltkrise viele Gründe hat, vor allem aber auf die Verbrauchermentalität

auch im Hinblick auf die Natur zurückzuführen ist.

Die Umwelt dringt jetzt auch in die Politik ein. Im Westen entstanden politisch organisierte Massenbewegungen (z. B. die Grünen).

Die wirtschaftlichen, sozialen, technologischen und biologischen Prozesse stehen heutzutage in so enger Wechselbeziehung, daß es objektiv notwendig ist, die moderne Produktion als kompliziertes System Umwelt - Wirtschaft zu betrachten. Man darf Ökonomie und Ökologie nicht einander gegenüberstellen, wie das einige Wissenschaftler tun, denn das führt unvermeidlich zur Benachteiligung der einen oder der anderen Komponente. Meiner Meinung nach werden nicht langsamere Wachstumsraten der gesellschaftlichen Produktion, wozu Anhänger des „Nullwachstums“ aufrufen, sondern der weitere Fortschritt in der Wirtschaft, deren strukturelle Vervollkommen, die Anpassung von Technik und Technologie an die Umwelt es ermöglichen, eine materielle und wissenschaftliche Basis für den Schutz, ja sogar für eine planmäßige Verbesserung der Umwelt zu schaffen.

G. PISSAREWSKI



Löcher in der Ozonschicht

Die früheren Kriege hinterließen Spuren, wo sie geführt wurden, betrafen jedoch praktisch weder die Atmosphäre noch das Weltmeer. Die Ausmaße der Einwirkung von Kernwaffen würden global sein und alle Komponenten der Umwelt - Festland, Ozean, Atmosphäre - umfassen. Kernexplosionen auf der Erde würden in der chemischen Zusammensetzung der oberen Atmosphärenschichten unumkehrbare Veränderungen bewirken.

Das Leben auf der Erde ist ohne Ozon unmöglich. Dieses hauptsächlich in der Stratosphäre, in einer Höhe von 10-50 km konzentrierte Gas bildet eine Art Schild, der alles Leben auf unserem Planeten vor der verderblichen harten UV-Strahlung der Sonne schützt.

Am schädlichsten für Ozon sind die Stickoxide. Eine Gruppe von Fachleuten an der Nationalakademie der Wissenschaften der USA zog folgenden

Schluß: Die bei einer Nuklearexplosion in der Stratosphäre entstehenden hohen Temperaturen würden zur Aufspaltung von Stickstoff als Hauptkomponente der Atmosphäre und zur Bildung vieler Stickoxide führen. Das Ergebnis wäre die völlige Vernichtung von Ozon in der nördlichen und seine Reduzierung auf die Hälfte in der südlichen Hemisphäre.

Die Reinigung der Atmosphäre von Radioisotopen erfolgt gegenwärtig hauptsächlich durch Niederschläge. Deshalb besteht eine reale Gefahr, daß ein Konzentrat radioaktiver Stoffe dort niederschneit, wo es am häufigsten regnet (in erster Linie im „grünen Gürtel“ der Erde).

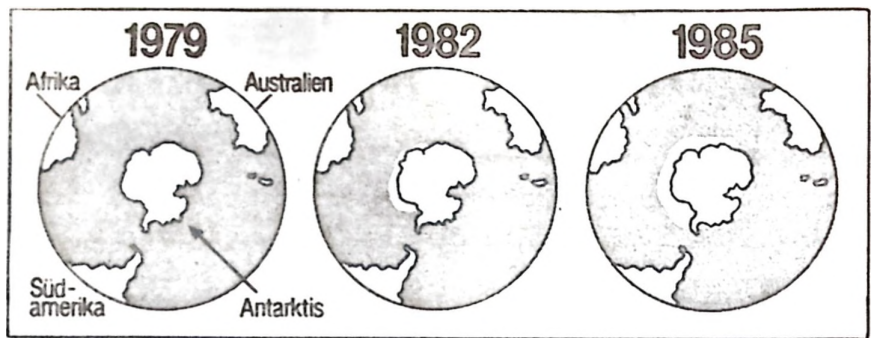
Die Wissenschaftler P. Crutzen (BRD) und J. Birks (USA), die ihre Studien 1982 in der schwedischen Zeitschrift „Ambio“ veröffentlichten, verweisen auf noch einen gefährlichen Aspekt der Einwirkung massierter Nuklearexplosionen: den Auswurf gigantischer Mengen von Kohlenstoff- bzw. Rußaerosol, von gasförmigen Stickoxiden und sonstigen chemisch aktiven Verbindungen bei durch Nuklearexplosionen verursachten Bränden.

Crutzen und Birks nehmen an, daß Waldbrände in der nördlichen Hemisphäre auf einem Areal von einer Million Quadratkilometer aufflammen und 2 Monate dauern würden. Noch fürchterlicher wären Brände in Städten und Industrievierteln, an beschädigten Erdöl- und Gasleitungen, in Öl- und Gasrevieren. Die Meeresflora und -fauna würde in Mitleidenschaft gezogen, das Phyto- und Zooplankton an der Oberfläche von mehr als der Hälfte der Ozeane der nördlichen Hemisphäre zugrunde gehen.

Seinen Bericht auf einem Ärztesymposium in Amsterdam schloß P. Crutzen wie folgt: Moderne wissenschaftliche Angaben über die Folgen eines Kernwaffenkrieges zeigen eindeutig, daß er keine Überlebenschancen läßt.

1983 gab eine Gruppe von US-Wissenschaftlern die Konzeption eines „nuklearen Winters“ in Grundrissen bekannt: Rauchschwaden würden dem Sonnenlicht den Weg zur Erdoberfläche versperren. Das würde die Temperatur katastrophal senken. Einige Mitarbeiter des Rechenzentrums der AdW der UdSSR studierten die eventuelle geographische Verteilung der Folgen eines Nuklearkrieges. Sie stützten sich auf experimentelle Angaben. Die in großer Höhe durchgeführten Kernwaffentests von 1958 wirkten sich schädlich auf die Ozonschicht aus. Die Explosionen von 1961/1962 setzten ihre Zerstörung fort. Bis Sommer 1964 hatte sich der Ozongehalt gegenüber Anfang 1962 um etwa 8 Prozent vermindert. Leider wird die Schlußfolgerung des britischen Wissenschaftlers J. Hampson immer noch nicht beachtet, daß Nuklearexplosionen in großen Höhen zur Bildung weit größerer Mengen von Stickoxiden führen können als Nuklearexplosionen in geringeren Höhen.

Sollten zahlreiche bewegliche Ziele



Nach 1979 entsteht in der Antarktis jeden Herbst eine Bresche in der Ozonschicht der Stratosphäre. Die Bresche erweitert sich von Jahr zu Jahr.

Bilder aus: "Time" (USA) und "Stern" (BRD)

auftauchen (Strategie von Erstschlag und Gegenschlag), so wird die Raketenabwehr Raketen mit mächtigen Ladungen gegen sie abschicken, um sowohl Attrappen als auch Waffen des Gegners zu vernichten. Die Explosionen in der Stratosphäre würden die Bildung von Stickoxiden und als Folge infrarote Strahlung verursachen. Die Lufttemperaturen würden in 35–40 km Höhe auf ein Mehrfaches ansteigen. Es ist anzunehmen, daß diese Schicht durch Wärmeeinwirkung „gesprengt“ und das darin befindliche Ozon zerstört wird. Die nachfolgenden Zirkulationsstörungen würden auf die ganze Atmosphäre übergreifen.

Die meisten Experten im Westen sind gegenwärtig der Meinung, die Explosionsfolgen in den oberen Atmosphärenschichten würden sich auf die Dynamik der tieferen nicht auswirken. Solche Vorstellungen beruhen auf den von Crutzen und Birks überhöhten Einschätzungen der Geschwindigkeit, mit der die Stickoxide in den oberen Schichten zerstört würden. Die Hypothese ist offenbar irrtümlich. Wie mehrere Messungen zeigen, bestehen Stickoxide in 120–300 km Höhe nicht minuten-, sondern wochenlang.

Einige Wissenschaftler vertreten die außerordentlich gefährliche Auffassung, Nuklearexplosionen in den oberen Atmosphärenschichten würden die Chemie von Stratosphäre und Troposphäre, global gesehen, kaum merklich beeinflussen. Im Grunde stützt sich die Idee der Möglichkeit und Sicherheit von SDI gerade auf solche Vorstellungen.

Einige westliche Forscher verlassen sich allzu sehr auf Ergebnisse von Experimenten an mathematischen Modellen, die die atmosphärischen Prozesse schematisch und unvollständig beschreiben. Ihre Schlüsse rechtfertigen das Wettrüsten im Weltraum, ob sie es wollen oder nicht. In Wirklichkeit ist SDI der Weg zur globalen Umweltkatastrophe. Wie gesagt, wäre eine Folge des Kernwaffenkrieges für die Umwelt der „nukleare Winter“. Nukleartests in der Atmosphäre führten dazu, daß die Lufttemperatur in der nördlichen He-

misphäre Mitte der 60er Jahre um ungefähr 0,3 Grad sank. Sollte es aber zu Explosionen mit einer Gesamtstärke von 10 000 Megatonnen kommen, so ist ein Temperatursturz um 9,5 Grad zu erwarten. Andererseits zeigen Berechnungen: Gleich nach den Nuklearexplosionen kann die Verschmutzung der Atmosphäre die Temperatur so sehr erhöhen, daß eine zeitweilige Klimaerwärmung eintreten würde.

Angaben der Beobachtung anomaler Erscheinungen in der Atmosphäre sowie Nachrichten über Veränderungen in Wetter und Klima im Zeitraum 1958–1962, da die stärksten Nuklearexplosionen in der Atmosphäre ausgelöst wurden, bezeugen: Ein nuklearer Konflikt wäre für die Menschheit mit einer Umweltkatastrophe, mit dem Untergang der Zivilisation auf der Erde gleichbedeutend. Dieser letzte Akt im Leben der Menschheit würde mit der Verheerung der nördlichen Hemisphäre beginnen und mit einem globalen ökologischen und klimatischen Kollaps und einer globalen radioaktiven Vergiftung enden. Dieser einzige wissenschaftlich begründete Schluß macht Erwägungen über die Zulässigkeit eines Kernwaffeneinsatzes, wie sie z. B. der bekannte theoretische Physiker E. Teller entwickelt, substanzlos. Er geht von irrtümlichen Vorstellungen von den physikalischen und chemischen Prozessen als Begleiterscheinung nuklearer Explosionen in der Stratosphäre aus.

Ignoriert man die veränderte Gaskonzentration der oberen Atmosphäre, so sitzt man der Illusion auf, die Einwirkung eines Nuklearkrieges würde sich auf Troposphäre und untere Stratosphäre beschränken. Wenn man jedoch die damit verbundenen Veränderungen in der Gaskonzentration der oberen Atmosphärenschichten berücksichtigt, wird klar: Vom Umweltstandpunkt sind diese Veränderungen noch gefährlicher. Die wahrscheinlichsten Folgen eines Nuklearkrieges sind nicht nur unbarmherzige Kälte, sondern die völlige Destabilisierung des Klimas.

K. KONDRATJEW,
G. NIKOLSKI

"NEUE ZEIT" 12.87



Was wird aus dem Wetter?

Es ist sehr schwer, Klimaveränderungen selbst unter dem Einfluß der einfachsten atmosphärischen Prozesse genau zu bestimmen. Einige Wissenschaftler ziehen anhand moderner Modelle der allgemeinen Luftzirkulation den Schluß, daß ernsthafte Einwirkungen auf Wetter und Klima unerwünscht seien. Andere dagegen suchen zu beweisen, daß eine von ihnen vorgeschlagene Methode zur Einmischung in die Natur für das Klima unbemerkt bleibe.

Eins steht aber fest, und das erkennen die meisten Wissenschaftler und Experten heute an: Beliebige Einwirkungen auf die Atmosphäre sind unberechenbar und deshalb gefährlich.

Bekannt sind z. B. Versuche, einen Tornado im Anfangsstadium künstlich zu zerstören. Es gelang lediglich, die Entwicklung eines solchen Wirbelwindes entweder aufzuhalten oder zu verlangsamen. Dann aber entstanden Tornados in anderen Gebieten, und nach Ansicht der Wissenschaftler geschah das gerade infolge einer solchen Einwirkung.

Wissenschaftler rechnen mögliche klimatische Veränderungen bei einem globalen Nuklearkrieg durch. Gestritten wird über die Dauer und Intensität des Temperaturrückgangs nach der nuklearen Katastrophe, darüber, ob diese Temperaturensenkung für die Ernten verderblich sein, ob die Bevölkerung aller Länder zugrunde gehen oder sich jemand doch retten würde. Indessen sind auch andere Folgen möglich, die von bestehenden Modellen nicht veranschaulicht werden: z. B. die plötzliche Entstehung besonders gefährlicher Wettererscheinungen (Stürme, Orkane, Flutkatastrophen).

Solcherart verheerende Naturerscheinungen

könnten nicht nur auf einen globalen, sondern auch schon auf einen lokalen, auf eine relativ geringe Menge von Atomexplosionen begrenzten Nuklearkrieg folgen. Fachleute wissen, daß ähnliche Kataklysmen schon bei viel schwächeren Wirkungen auf die Umwelt (etwa wegen des Wärmeeinfalls aus einer Millionenstadt) entstehen.

G. KURBATKIN
stellv. Direktor
des Wetterdienstes der UdSSR,
korrespondierendes Mitglied
der AdW der UdSSR

Der „Laserwinter“

Für das Star-War-Programm werden Laserwaffen verschiedener Typen entwickelt. Die Erdatmosphäre ist für die Strahlung von Röntgen- und Wasserstoff-Fluor-Lasern undurchlässig, aber die Strahlung anderer Laserarten kann die Atmosphäre zum Teil durchdringen. Solche Laser können zur Vernichtung tiefliegender und oberirdischer Ziele, zur Zerstörung und Verbrennung von Treibstofftanks benutzt werden. Im Endeffekt würde eine enorme Menge Ruß in die Atmosphäre ausgeworfen werden, und dieser Schwaden würde die Sonnenstrahlen absorbieren. Ebenso wie im Fall des „nuklearen Winters“ würde das die Beleuchtung der Erdoberfläche drastisch vermindern und eine starke Abkühlung herbeiführen.

A. GINSBURG
Doktor der physisch-mathematischen Wissenschaften



Gemeinsam forschen

Eine Kooperation amerikanischer, sowjetischer und anderer Wissenschaftler ist lebensnotwendig. Sie müssen erforschen, wie die Biosphäre auf große Kataklysmen reagiert, ob es sich um einen nuklearen Konflikt oder eine barbarische Umweltverschmutzung als Folge nicht sachkundiger Wirtschaftstätigkeit handelt. Als ersten Schritt würde ich ein Internationales Seminar vorschlagen, mit der Zielsetzung, mögliche Szenarien der Beeinflussung der Umwelt durch den Menschen zu erarbeiten und ein Internationales Wissenschaftlerteam zu gründen. Ihm sollte ein informelles Organ vorstehen, um die Forschungen zu koordinieren, Angaben zusammenzutragen und

die Anstrengungen dieses Kollektivs auf ein Ziel auszurichten.

Die zweite Frage, die Gegenstand der internationalen Bemühungen werden könnte, wäre die „lokaler Umweltbelastungen“. Es ist so, daß heute ingenieurtechnische Großprojekte, die die globale Umweltsituation gründlich verändern können, durchaus möglich sind.

Wahrscheinlich wird es dem Menschen schon Anfang des nächsten Jahrhunderts möglich sein, Vorhaben zu realisieren, die gestern noch fantastisch anmuteten. Solche Projekte können jedoch nicht mehr Anliegen einzelner Staaten sein, denn sie beeinflussen die ökologische

Situation vieler Länder, Weltteile, ja unseres gesamten Planeten.

Das ist keine Zukunftsvision, man muß sich schon heute darauf vorbereiten. Die Beispiele von Tschernobyl und Bhopal oder die Rheinvergiftung müßten uns eindringliche Lehren sein. Nicht nur Kernkraftwerke, sondern auch große Chemiebetriebe sind im Grunde neuralgische Punkte.

Schließlich gibt es einzigartige Objekte, etwa den Baikalsee in Sibirien. Das sind absolute Werte, und ihre Bedeutung für die Zukunft geht über den nationalen Rahmen hinaus. Man muß lernen, ihre Zukunft vorauszusehen, ebenso wie die Folgen von ingenieurtechnischen Großprojekten und von Katastrophen an neuralgischen Punkten.

Die regionalen Probleme erfordern neues, nichttriviales Denken und neue Organisationsformen für Forschungsarbeiten. Sowohl auf internationaler als auch auf nationaler Ebene tut sich etwas. Auch wir können auf einen Beitrag zur internationalen wissenschaftlichen Kooperation hinweisen. So haben wir bestimmte Erfahrungen bei der quantitativen Analyse von ökologischen Seesystemen und beim Monitoring gesammelt. Mit Hilfe eines Rechenkomplexes analysieren wir die Wechselwirkung zwischen Grund- und Oberflächenwassermengen.

Eine ganz besondere Rolle müssen in den internationalen Forschungsprogrammen „eivernemliche Institutionen“ spielen. Die Erforschung von Natursystemen gibt die Möglichkeit, von den Grenzen des noch Erlaubten zu sprechen. Wo liegt aber die Garantie, daß die von den Wissenschaftlern festgestellten Limits für die Stabilität des Umweltsystems auch eingehalten werden! Dazu bedarf es kollektiver Entscheidungen. Wenn wir sie befolgen, handeln wir in den von der Natur zugelassenen Grenzen. Indessen haben die Menschen verschiedene Interessen, es ist absolut nicht sicher, daß die wissenschaftlichen Empfehlungen vorbehaltlos akzeptiert werden. Dabei ist das Einvernehmen, wissenschaftlich fundierte und rationelle Empfehlungen zu befolgen, besonders wichtig, wenn es sich um globale Probleme handelt.

Man muß Realist bleiben und sich darüber im klaren sein, daß auch in absehbarer Zukunft noch Länder mit verschiedenen politischen und ökonomischen Strukturen und mit verschiedenen, durch Tradition, Geographie und selbstverständlich die soziale Organisation bedingten Wertsystemen auf unserem Planeten bestehen werden. Ist es unter diesen Bedingungen möglich, zu Einvernehmen und Kompromissen zu finden!

Ich antworte auf diese Frage mit ja, wenn ich mir auch darüber im klaren bin, daß ihre Lösung beispieldlos schwierig ist.

Akademienmitglied
N. MOISSEJEV

Die Rache von Sohrab Goth

Steckt die Heroinmafia dahinter?

Lew JELIN

Das Unternehmen "Säuberung" lief am 12. Dezember v. J. an. In Sohrab Goth, einem Vorort Karatschi, rückten Militär und Polizei ein, um geheime Rauschgiftlager auszuraumen. Sämtliche Häuser wurden durchsucht. Diejenigen, in denen man Heroin oder Rohopium fand, wurden mit Bulldozern dem Erdboden gleichgemacht.

Am 14. Dezember im Morgengrauen folgte der Säuberungsaktion ein plötzlicher grauenhafter Recheakt. Die Einwohner von Sohrab Goth fielen in den Nachbarbezirk Orangi ein, der von Biharis (Moslems, die früher in Bihar lebten, das 1947 in Indien aufging) bewohnt wird. Das Gerücht ging um, daß die schon lange mit Sohrab Goth verfeindeten Biharis durch Denunziationen das Unternehmen "Säuberung" herbeigeführt hätten. Der Mob erschoss oder erstach Biharis. Er steckte Häuser und Geschäfte in Brand und warf Frauen ins Feuer. Bis Ende Dezember forderte das Gemetzel trotz verzweifelter Gegenmaßnahmen des Militärs über 200 Tote und mindestens 500 Verletzte. Die Kettenreaktion der scheinbar unmotivierten Gewaltakte riß auch im Januar und Februar nicht ab und griff auf immer neue Stadtbezirke von Karatschi über. Bei der Tragik der Geschehnisse blieb es unbeachtet, daß das Unternehmen abgebrochen worden war. Von einer Wiederaufnahme konnte keine Rede sein.

Die Vorgänge in Orangi wurden von der westlichen Presse als gewöhnlicher Konflikt zwischen zwei Völkerschaften hingestellt. Das war eine zu simple Erklärung für Geschehnisse, an denen so vieles rätselhaft ist. Ministerpräsident Mohammad Khan Junejo erklärte, subversive Elemente hätten ihre Hand im Spiel gehabt. In der Nationalversammlung wurde auf eine "geheime Hand" angespielt, die die Unruhen in Gang gesetzt haben sollte. Wer war damit gemeint?

Hier unser Standpunkt dazu.



Der goldene Halbmond und seine neuen Könige

In Sohrab Goth wohnen Paschtunen, nicht allein einheimische, sondern auch afghanische, Flüchtlinge, die nach der Revolution vom April 1978 aus verschiedenen Gründen Afghanistan verließen. In den Vororten Karatschi leben sie zu Tausenden. Besonders stark aber sind sie in Sohrab Goth vertreten. Das Unternehmen "Säuberung" war insofern ungewöhnlich, als der Schlag sowohl gegen die pakistanischen als auch gegen die afghanischen Heroinhändler geführt wurde. Die Flüchtlinge wurden zwangsweise in eine Zeltsiedlung fern von Karatschi umgesiedelt. Dazu entschlossen sich die Behörden, nachdem sie den Heroin-smuggel, die bewaffneten Raubüberfälle und die Zusammenstöße der afghanischen Einwanderer mit einheimischen Minderheiten jahrelang geduldet hatten.

Es wäre irrig, diese Verbrechen sämtlichen afghanischen Flüchtlingen zur Last zu legen, die sich aus verschiede-

nen Gründen in Pakistan, genauer in Karatschi, angesiedelt haben. Viele von ihnen leiden Hunger und Not. Aber eine gewisse Schicht, die größtenteils mit konterrevolutionären Gruppierungen liiert ist, steckt hinter solchen Ausschreitungen. Sie besteht aus relativ wohlhabenden, gut bewaffneten Leuten, die sich in der Fremde keineswegs wie Gäste aufführen. Gemeinsam mit der einheimischen Unterwelt hat sie eine Rauschgiftmafia gebildet.

Diese ist genau so alt, wie der von Pakistan aus geführte nichterklärte Krieg gegen die DRA dauert.

Die Grenzgebiete Afghanistans, Pakistans und des Iran waren Jahrzehnte lang als Rauschgiftgebiete bekannt. Die Zone wurde der Goldene Halbmond genannt. Der Sturz des Schahregimes im Iran und die Revolution in Afghanistan zerbrachen die Zone, in der Schlafmohn angebaut und zu Heroin 4 (auch als "Kobra", "Stern und Halbmond" oder "Afghan 707" bekannt) verarbeitet wurde. Vom Halbmond blieb nur das pakistanische Stück übrig. Aber gerade 1979 und 1980 war dort die Mohnernte besonders reich. Im Handumdrehen entstanden auf dem Grenzstreifen Pakistans, wo früher Mohn angebaut wurde, eigene Labors zur Verarbeitung des Opiums. Der "New York Times" zufolge waren es mindestens 20, und sie ersetzten durchaus die im Iran geschlossenen. Ihre Leitung übernahmen einige Führer konterrevolutionärer Organisationen, die sich den Grenzstreifen Pakistans zum Brückenkopf ausgesucht hatten. Viele waren versierte Rauschgifthändler. Schon im April 1979 schrieb die Zeitschrift "Maclean's" (Kanada): „Der Feudaladel, dem die neue Regierung Afghanistans die Einziehung ihrer Besitzungen androht, schafft ihren Mohn-

"NEUE ZEIT" 12.87

ertrag nach Pakistan und kauft für den Gewinn Gewehre und andere Waffen sowie Sprengstoff."

Schon damals kam der Verdacht auf, daß hinter dem Gedeihen des Halbmonds die CIA steckt, die die Konterrevolutionäre begünstigt und an unkontrollierbaren Mitteln für den nichterklärten Krieg gegen das demokratische Afghanistan interessiert ist. Leiter des Rauschgiftbekämpfungsausschusses des Weißen Hauses erklärten einem Korrespondenten der "New York Times" im Mai 1980: "Der von rebellierenden Stämmen betriebene Mohnanbau in Afghanistan und Pakistan bereitet uns Sorge. Sind wir bei diesen Stämmen etwa wieder auf falscher Fährte? In Laos war es ja schon so, als die der CIA gehörende Luftfahrtgesellschaft Air America Opium beförderte." Sie hatten richtig getippt. Später stellte sich heraus, daß die CIA auch in Südwestasien den aus Afghanistan geflüchteten "Glaubensstreitern" Transportmittel für Heroin, sogar amerikanische Militärflugzeuge, zur Verfügung gestellt hatte. Das klingt glaubhaft, wenn man bedenkt, daß die CIA während des Vietnamkriegs am Opiumhandel 4,5 Mld. Dollar verdiente. Das Geld traf auf einem Konto bei der australischen Nugan-Hand-Bank ein, die von der CIA speziell als Waschanstalt für Rauschgiftdollars ins Leben gerufen worden war.

Die neuen Könige des Goldenen Halbmonds nahmen selbständig oder mit Hilfe der CIA Verbindung zur amerikanisch-sizilianischen Mafia auf. Das Afghan 707 eroberte im Flüge die USA. 1982 fand in New York — merkwürdigerweise hinter verschlossenen Türen — der erste Prozeß gegen Mafiosi statt, die pakistanisches Heroin gehandelt hatten. Die Urteile fielen sehr milde aus.

Im Sommer 1986 erschien auf dem Schwarzmarkt in San Francisco Heroin in 500-g-Packungen mit dem Aufdruck "Afghanistan", der Zeichnung einer MPI und einer antisowjetischen Losung. Ein Sprecher des US-Rauschgiftdezernats gab folgenden Kommentar: "Ein Unterschied zwischen den illegalen Rauschgifthändlern und den Rebellen in Afghanistan ist nicht feststellbar. Es sind ein und dieselben Leute."

Das Heroingeschäft ist in Pakistan natürlich kein Monopol der afghanischen Konterrevolutionäre. Anderthalb Millionen Menschen sind so oder so darin verwickelt. Einige Stämme der Nordwestprovinz bauen seit alters her Schlafmohn an.

Die geheimen Heroinpfade führen größtenteils zu dem wichtigsten Hafen und Flughafen Karatschi, vorbei an Nahrungsmittel- und Waffendepots. Allerdings haben die Behörden an dieser bekannten Route 72 Kontrollpunkte eingerichtet, aber die vorzüglich bewaffneten Karawanen bahnen sich leicht ihren Weg — meistens mit Hilfe von Schmiergeldern.

„Alle bereichern sich daran“

In Karatschi braucht man nicht zu schießen. Die Könige der Rauschgiftmafia sind dort in Sicherheit. Im September 1984 wurde einer von ihnen, der Millionär Khattak, in Abwesenheit zu drei Jahren Gefängnis verurteilt, wohnte danach aber ungeschoren in dem Elitenviertel Karatschis Defence 5. Ein Polizeioffizier plauderte einem Korrespondenten der britischen "Sunday Times" gegenüber folgendes aus: "Ich kann Ihnen alles sagen. Andere Dienststellen wissen, wo er ist. Wahrscheinlich hat er sie tüchtig geschmiert. Mir hat der Hund aber kein einziges Mal etwas gezahlt."

Ein gewisser Mushtaq Malik, auch ein solcher König, wurde erst festgenommen, nachdem er in einer vornehmen Gesellschaft einen Offizier beleidigt hatte. Die Militärs sind in Pakistan allmächtig. Sie können jemanden ins Gefängnis bringen oder, wenn sie selbst sitzen, auf geheimnisvolle Weise herauskommen. Ende 1986 wurde in Karatschi ein Offizier verhaftet, in dessen Wagen man 450 Pfund Heroin fand. Er war nicht einmal einen Tag im Gefängnis. Anderthalb Monate vorher wurde ein Offizier der Luftstreitkräfte mit einer noch größeren Rauschgiftmenge geschnappt. Er ging ebenfalls frei aus.

In den Schmuggel sind sehr einflußreiche uniformierte und nichtuniformierte Personen verwickelt. Der Gouverneur der Nordwestprovinz, Khan Khoti, reiste im vorigen Frühjahr eilends nach New York, um seinem Sohn aus der Patsche zu helfen, der auf offener Straße Heroinpackungen verkauft hatte. In der BRD wurde bei diesem ebenso einfachen wie einträglichen Geschäft F. Hussein, der Bruder des ehemaligen Bürgermeisters von Peshawar, erlappt.

In den endlosen und ziemlich eintönigen Schilderungen der Korruption pakistanischer Beamter wird oft der Ort genannt, mit dem wir begannen: Sohrab Goth.

Ein Reporter der "Sunday Times" besuchte einen korrupten Polizeibeamten in einem Luxusviertel von Karatschi.

"Warum sperrt die Polizei den Markt in Sohrab Goth nicht?", fragte er. "Dort hat man mir jede Menge Heroin angeboten. Ein Verkehrspolizist stand ein paar Schritte weiter, und die Polizisten bei dem nahen Kontrollpunkt gaben sich die größte Mühe, nicht zu sehen, wie ganz offen Rauschgifthandel getrieben wird."

"Hör mal", sagte der Gastgeber lachend. "Daran bereichern sich alle. Begreif doch! Man zahlt der Polizei dafür, daß sie nicht bemerkt, was sich in Sohrab Goth tut."

Ein andermal bekam der Reporter von einem Ordnungshüter folgendes Geständnis zu hören:

"Von uns verlangt man, daß wir uns mit den Leuten am Ort beraten, ehe wir in Sohrab Goth eine Razzia durchführen"

(was heißen sollte, daß sie die dortigen Könige der Rauschgiftmafia warnen sollen).

Na und dieses Mal hatte man es nicht verlangt? Die Oppositionsführerin Benazir Bhutto, Tochter des 1979 gestürzten und hingerichteten Ministerpräsidenten Zulfikar Ali Bhutto, sagt überzeugt:

"Regierungsbeamte haben die größten Heroinhändler von der Razzia in Kenntnis gesetzt."

Die Mafia erpreßt die Regierung

Der Zeitschrift "Mag" zufolge verlangt die Mafia mehr: völlige Unantastbarkeit. Man kann sich vorstellen, wie aufgebracht ihre mächtigen und unantastbaren Könige sowie die an Straflosigkeit gewöhnten afghanischen Rauschgifthändler über die geplante grüdlige Razzia in Sohrab Goth waren.

Sie zogen gegen das Unternehmen "Säuberung" ein eigenes auf. Den Schwerpunkt bildete das Gemetzel in Karatschi. Wie der pakistanische Journalist Mohammad Jami bezeugt, hat die Mafia seit 1984 auf Versuche, dem Rauschgiftgeschäft Grenzen zu ziehen, mindestens sechsmal Zusammenstöße provoziert. Am 14. Dezember lief in Orangi alles wie am Schnürchen. Der Schlag war so vernichtend, daß die Unterwelt glaubte, Islamabad für lange einen Denkkzettel erteilt zu haben.

"Mag" schreibt: "Immer wieder wird gemeldet, daß die Rauschgiftmafia in der Woche nach dem 12. Dezember viel Geld herausgerückt hat, um das Unternehmen 'Säuberung' zu durchkreuzen. Während gedungene Killer mordeten und plünderten, nahmen Leute von der Mafia Kontakt zu Ministern der Provinz Sindh und sogar zum Ministerpräsidenten Pakistans auf. Sie forderten für das Rauschgiftgeschäft Unantastbarkeit. Falls sie sie nicht bekämen, werde die Mafia das Gemetzel wiederholen und einen neuerlichen Schlag gegen das Ansehen der Behörden führen."

Ist das das Geheimnis von Sohrab Goth?

Ein hoher Preis

Die Regierung Pakistans ist in einer heiklen Situation. Sie sorgt sich bestimmt über den zweifelhaften Ruf ihres Landes, das die Welt mit Heroin überschwemmt, und über das Umsichgreifen der Sucht bei sich im Land. Rund 10 Millionen Pakistanis nehmen Rauschgift, davon etwa eine halbe Million Heroin. Islamabad trifft gewisse Maßnahmen. Es hat das Strafmaß für Schmuggel heraufgesetzt, bewilligt Summen für den Anbau anderer Nutzpflanzen anstelle des Mohns und hat in der Nordwestlichen Grenzprovinz eine Reihe von Heroinlabors geschlossen. Es ist aber kaum möglich, das Rauschgiftgeschäft zu bekämpfen und

gleichzeitig den damit befaßten afghanischen Konterrevolutionären Schutzherrschaft zu gewähren. Das Militär hat 1986 beim Vorgehen gegen das Rauschgiftgeschäft die Labors der Duschmanen fast unbeachtet gelassen. Sozusagen eine doppelte Moral.

"Kann es sich Präsident Zia ul Haq leisten, sowohl den finanziellen als auch den politischen Preis zu ignorieren, den die Anwesenheit afghanischer Flüchtlinge Pakistan kostet? Er muß sich gegen die öffentliche Meinung behaupten. Die Öffentlichkeit befürchtet aber, daß die Anwesenheit bewaffneter, an dem kriminellen Rauschgiftgeschäft beteiligter Rebellen in Pakistan die ethnischen Konflikte verstärken wird", schreibt die "Times of India". Die führenden Parteien Pakistans fordern, daß die afghanischen Flüchtlinge so schnell wie möglich heimkehren. Man vermutet, daß auch die Regierung, besonders nach dem Blutvergießen in Karatschi, daran interessiert ist... Es geht dabei um die Selbständigkeit der Politik.

Islamabads wirtschaftliche und militärische Abhängigkeit von Washington hat in den 80er Jahren um ein Vielfaches zugenommen. In Washington betont man stets die Solidarität mit den afghanischen Konterrevolutionären. Auch hängt die militärische Hilfe der USA an Pakistan eigentlich weitgehend davon ab, wie es den "Mujaheddins" in Pakistan ergeht. Der republikanische Senator Gordon Humphrey, ein Führer der antiafghanischen Lobby im US-Kongreß, hat in einem Interview durchblicken lassen, daß Islamabad die US-Hilfe entzogen werden könne, falls Pakistan für seine Beziehungen zur DRA keine Regelung finden werde, die auch eine Heimkehr aller Afghanen vorsähe.

Das Weiße Haus führt ostentativ Kampagnen gegen die Rauschgifte durch, kritisiert jedoch nur höchst selten Pakistan, das die USA mit Heroin überschwemmt. Mit Kokain handeln die nikaraguanischen Contras und mit Heroin die afghanischen Konterrevolutionäre. US-Justizminister Meese aber konstatiert: "Im allgemeinen ist nichts Ungewöhnliches daran, daß die Organisationen der Rebellen Rauschgifthandel treiben, um sich zu finanzieren." Die doppelte Moral!

Vor kurzem erschienen in Kabul Angaben darüber, wie Afghanistan durch den nichterklärten Krieg geschädigt wird. Bei den erschreckenden Zahlen ist es vielleicht unangebracht, davon zu sprechen, wie durch den Krieg auch Pakistan geschädigt wird, wo die afghanischen Konterrevolutionäre ihre Mord- und Raubzüge antreten. Der Krieg ist eben für kein Land der Region von Vorteil. Das Blutbad in Karatschi sowie das Überhandnehmen der Kriminalität und Rauschgiftsucht ist ein horrendes Preis, den Pakistan zu zahlen hat.

Foto aus
"International Herald Tribune"
(Paris)

Karibik-Probleme im Spiegel Jamaikas

Generalsekretär der CARIBCOM*, Rainford, konstatierte kürzlich zu den amerikanisch-karibischen Beziehungen, die Karibikländer wollten mit den USA die ihre Wirtschaftsentwicklung schwer belastenden Fragen erörtern, u. zw. Washingtons protektionistische Maßnahmen, die Kürzung der Quote für Zuckerexporte in die USA, die Streichung von Waren, die in den USA nicht zu verzollen sind (Zucker ist die wichtigste Agrarkultur der Karibikländer), das Fehlen amerikanischer Hilfe für die Entwicklung der Infrastruktur usw. Rainford kritisierte Reagans „Karibik-Initiative“, wobei er darauf verwies, daß die wichtigsten Waren, die in den Karibikländern erzeugt werden, aus ihr ausgeschlossen sind.

Derartige Kritik an Washington ist in der Karibik immer häufiger zu vernehmen. So war es auch auf der ordentlichen Jahreskonferenz über die Wirtschaftsprobleme der Karibikländer Ende v. J. in Miami (USA). Außer den Delegierten dieser Länder nahmen daran Vertreter von Regierungsorganen und der Geschäftswelt der USA, der westeuropäischen Staaten und Japans teil. Wie früher wurden Vertreter Kubas und Nikaraguas nicht eingeladen.

Auf der Konferenz ging es ebenfalls vor allem um die "Karibik-Initiative" der Reagan-Administration, die der US-Präsident bereits im Februar 1982 vor der Organisation Amerikanischer Staaten dargelegt hatte.

Viel war versprochen worden: direkte staatliche Hilfe von 350 Mio Dollar, ein Zustrom von Privatinvestitionen aus den USA und eine Erweiterung der Liste der Waren, die zollfrei aus diesen Ländern für den amerikanischen Markt eingeführt werden dürfen. So sollte durch die Stärkung von US-Verbündeten wie El Salvador, Honduras, Jamaika und der Dominikanischen Republik ein proamerikanisches Klima in der Region hergestellt werden.

Seit der "Karibik-Initiative" ist nicht wenig Zeit vergangen. Und? Die "Karibik-Initiative", schreibt die "Washington Post", sei nur noch als "schöne Geste" in Erinnerung. Die Teilnehmer der Konferenz von Miami mußten den unerfreulichen Zustand der Wirtschaft fast aller Staaten der Region eingestehen.

*Karibische Gemeinschaft und Karibischer Gemeinsamer Markt

Besonders deutlich ist das Beispiel Jamaikas. Hatte Washington ja aus diesem Inselstaat ein Schaufenster der "Karibik-Initiative" machen und zeigen wollen, wie ein "Land der freien Welt" als Gegengewicht zum "kommunistischen Kuba" "prosperieren" könne.

Schaufensterdekorationen...

Schon bald nach Machiantritt der Labour-Regierung unter Edward Seaga Ende 1980 überhäufte der Internationale Währungsfonds (IWF), westliche Länder und Geschäftsbanken Jamaika mit Krediten. Eine solche Großzügigkeit gegenüber der Regierung Seaga, schrieb die "Washington Post", erklärte sich vor allem durch deren „demonstrativen Antikommunismus“.

Obleich das Weiße Haus den "Mini-Marshall-Plan" als Allheilmittel gegen das Wirtschaftsdesaster und als Ansporn für die Entwicklung der Karibikstaaten pries, befriedigte die US-Hilfe, wie sich herausstellte, nicht einmal deren Mindestbedürfnisse. Heute spricht kaum jemand mehr von den großen Hoffnungen, die an die „Karibik-Initiative“ geknüpft worden waren.

Wie der Premierminister von Barbados, Errol Barrow, und CARIBCOM-Generalsekretär Rainford kürzlich erklärten, ist das „Hilfs“-Programm der USA für die Region gescheitert.

Aus der angekündigten Aufhebung der Zollschränken für karibische Exportgüter ist wegen des protektionistischen Kurses des US-Kongresses so gut wie nichts geworden. Mehr noch, 1986 verringerte Washington die Zuckereinfuhrquote um ganze 30 Prozent.

Was die Investitionen angeht, so wollen einige US-Konzerne die billigen Arbeitskräfte in der Karibik nutzen und dort ihre Tochterfirmen aufmachen, wo Industrieausrüstungen aus in den USA und auf Puerto Rico hergestellten Erzeugnissen montiert werden sollen.

Die „Karibik-Initiative“ hat vor allem eine politische Ausrichtung. Sie soll die militärischen und politischen Interessen der USA in Mittelamerika und in der Karibik durchsetzen.

Die Vereinigten Staaten verstärkten die finanzielle und technische Hilfe für die Streitkräfte Jamaikas und anderer Inselstaaten, halfen bei dem Aufbau eines "regionalen Sicherheits- und Ver-

teidigungssystem" der ostkaribischen Staaten und sorgten dafür, daß regelmäßig Militärmanöver mit eindeutiger Ausrichtung abgehalten werden. So fanden im September 1985 auf Saint Lucia Manöver unter Teilnahme von Truppenverbänden der USA und Großbritanniens sowie der "Verteidigungskräfte" von Jamaika, Barbados, Antigua und Barbuda, von "Einheiten des Sonderdienstes" der Dominikanischen Republik, von Grenada, Saint Christopher und Nevis und von Saint

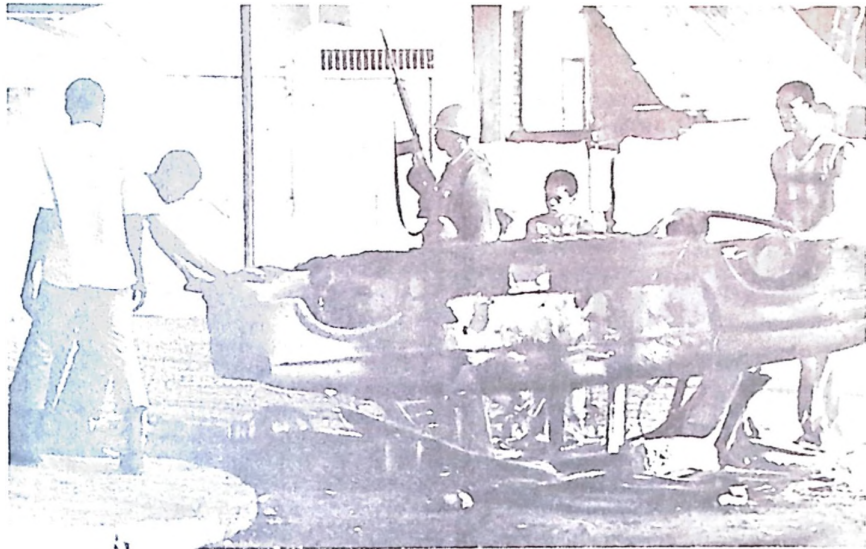
eine entmilitarisierte Karibik. Unsere Probleme sind nicht militärischer, sondern sozialer und ökonomischer Art."

... und was daraus wurde

Wozu führt die Unterordnung unter das IWF-Diktat tatsächlich? Als Beispiel eignet sich am besten gerade das "Schaufenster der freien Welt" in der Karibik — Jamaika. Jamaikas Wirtschaft steckt nun schon diverse Jahre in einer

So sah es auf den Straßen von Kingston, der Hauptstadt Jamaikas, nach den spontanen Demonstrationen von 1985 aus

Foto: Reuter--TASS



Lucia selbst statt. Auf einem US-Flottenstützpunkt auf Antigua entsteht ein Ausbildungszentrum für "Einheiten des regionalen Sicherheitssystems".

Die Frage der "regionalen Sicherheit", wie Washington sie versteht, löste eine widersprüchliche Reaktion bei den Ländern der Karibik-Gemeinschaft CARIBCOM aus. Die einen kreuzen gehorsam im US-Fahrwasser, die anderen sind bemüht, auf den Positionen der Nichtpaktgebundenheit zu bleiben. Hierbei läßt die Unterstützung der führenden Vertreter der Länder der Region für die US-Politik insgesamt nach. Der Führer der Demokratischen Labour-Partei von Barbados, Barrow, der 1986 zum Premierminister gewählt wurde, kritisiert scharf die vorhergehende Regierung wegen deren "blinder Unterordnung" unter Washingtons Politik. Wie er sagte, hat die Regierung von Barbados schwerwiegende Vorbehalte gegenüber einer militärischen Nutzung der Ressourcen der Region. Selbst die Premierministerin von Dominica, Eugenia Charles, Reagans engster Verbündeter in der Karibik, erklärte kürzlich, sie sei "nie voll von der Notwendigkeit einer regionalen Armee überzeugt" gewesen. Der Premierminister von Saint Lucia, John Compton, brachte die Stimmungen, die in der Region immer mehr um sich greifen, so zum Ausdruck: "Wir wollen

tiefen Rezession. Die Förderung von Bauxiten und die Produktion von Tonerde — die Hauptdevisenquellen — gehen unaufhaltsam zurück. Die Multis schließen ihre Betriebe im Lande. Die Erzeugung der wichtigsten Agrarkulturen für den Export — von Zuckerrohr und Bananen — ist eindeutig rückläufig. In der verarbeitenden Industrie führt der Zustrom billiger Importerzeugnisse dazu, daß die nationalen Firmen aus dem Geschäft verdrängt werden.

Die Regierung versucht, das wachsende Handelsbilanzdefizit durch höhere Steuern und neue Auslandskredite zu decken. Offiziellen Angaben zufolge hat Jamaikas Auslandsverschuldung 3,5 Md. US-Dollar erreicht (1980) unter der Regierung der Nationalen Volkspartei, PNP, betrug sie 1,7 Md. Dollar). Einigen Schätzungen zufolge gehen 40 Prozent des gesamten Exporterlöses in die Schuldentilgung.

Die Arbeitslosigkeit ist rekordhoch: Über 30 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung stehen nicht in Lohn und Brot. Unter der Jugend ist dieser Anteil noch höher — 56 Prozent! Die galoppierende Inflation ist eine weitere Geißel der Werktätigen. Unter der Labour-Regierung haben sich die Konsumgüterpreise mehr als verdoppelt.

Das traurige Beispiel Jamaika ist bezeichnend für die neokolonialistische

Politik der USA. Eine "Entwicklungsstrategie", die sich auf die Heranziehung von Auslandskapital in Verbindung mit fehlender nationaler Kontrolle über die Operationen der Auslandskonzerne gründet, kann keine realen Fortschritte garantieren. Von 1970 bis 1982 vergrößerten US-Firmen ihre Investitionen in der Karibik auf das 16fache — von 1,8 Md. auf 29 Md. Dollar. Doch der Löwenanteil ihrer Investitionen — 25 Md. Dollar — ging nicht in den Produktionsbereich, sondern in das Banken- und Finanzsystem.

Ist es da ein Wunder, daß man in Regierungs- und Geschäftskreisen Angst vor möglichen sozialen und politischen Erschütterungen hat? "... Jamaika gleicht heute einem Hexenkessel", gesteht der Generalgouverneur der Insel, Florizel Glasspole, ein. 1985 und 1986 rollte eine Welle von Streiks und Demonstrationen über die Insel. Bei einer Massendemonstration gegen die Teuerung kamen 7 Menschen um. Das Wirtschaftsdesaster führt zu steigender Kriminalität.

Mitte Oktober v. J. verblüffte der Premierminister von Jamaika, Edward Seaga, mit folgender Erklärung. Seaga, der im Parlament über alle Sitze verfügt, die ihm übrigens infolge des Boykotts der Wahlen von 1983 durch die Opposition zugefallen waren, gab bekannt, er wolle als Führer der Labour Partei zurücktreten — und im Sommer 1986 wäre er fast auch als Regierungschef demissioniert. Obgleich Seaga dann später seine Absicht aufgab, die politische Arena zu verlassen, stimmen die meisten Beobachter darin überein, daß das Fiasko der Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik der Regierung, die direkt mit seinem Namen verbunden ist, der Hauptgrund für seine Erklärung war.

Seagas Beschluß folgte bald auf seinen "überraschenden" Besuch im September 1986 in Washington, wo er die wirtschaftliche Krisensituation Jamaikas erörterte. Offizielle US-Vertreter äußerten Beunruhigung darüber, daß die oppositionelle PNP ihren Einfluß auf Jamaika verstärkt. Ihr möglicher Sieg bei den anstehenden Parlamentswahlen würde die US-Strategie gegenüber den Karibik-Ländern untergraben und Reagans Modell für deren politische und ökonomische Entwicklung diskreditieren.

Unterdes sind die "meisten Einwohner Jamaikas dagegen, Seaga noch länger Zeit für seine Politik zu geben, und wollen schon jetzt die Möglichkeit haben, eine alternative Regierung zu wählen". Zu diesem Schluß kommt der jamaikanische Soziologe Carl Stone auf Grund seiner regelmäßigen Umfragen. Diese Schlußfolgerung wurde auch durch die Wahlen vom Juli v. J. zu den örtlichen Volksvertretungen bestätigt. Die oppositionelle PNP ging aus ihnen als Sieger hervor.

Im März d. J. erklärte deren Führer Michael Manley, die PNP werde, wenn die Regierung bis April nicht allgemeine Wahlen ankündige, eine Protestkampagne gegen die volksfeindliche Politik der Regierung einleiten.

W. SWETLANOW

DER BRESTER FRIEDEN

Auszug aus dem neuen Bühnenstück von Michail Schatrow

Vorwort der Redaktion:

70 Jahre... Publizisten fragen in solchen Fällen oft, ob das viel oder wenig ist. Wie man's nimmt. Oder doch, 70 Jahre sind fast ein Jahrhundert, und diese bedeuten der Menschheit sogar mehr als ein ganzes Jahrhundert. Sie waren sturmbegeistert, dramatisch, zuweilen tragisch, aber erhebend und optimistisch, die 70 Jahre seit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution.

Eine Zeitschrift kann kaum einen Bruchteil der Geschehnisse aus dieser Geschichte fassen. Deshalb verweilen wir in den nächsten Monaten bei bedeutendsten Vorgängen, in denen der Sozialismus seine Stärke prägnant erwies, dank der er aus schwierigsten Situationen siegreich hervorgegangen ist.

Der Brest-Litowsk-Friedensvertrag von 1918 ist ein klassisches Beispiel politischer Weisheit und realistischer Einstellung unter derartigen Umständen. Heute wirkt das alles ganz einfach und folgerichtig: Die Sowjetrepublik verkündete gleich an ihrem zweiten Tag das Dekret über den Frieden, nahm in diesem Sinne (am 26. November 1917) Verhandlungen über einen Waffenstillstand auf, schloß (am 15. Dezember) das Waffenstillstandsabkommen und leitete (am 22. Dezember) die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk ein. Sie stieß auf inakzeptable Bedingungen, die ihr (am 18. Januar 1918) vom Viermächtebündnis mit Deutschland an der Spitze gestellt wurden. Sie versuchte, Zeit zu gewinnen, und unterschrieb schließlich (am 3. März) den "schmachvollen Friedensvertrag". Einige Monate darauf stürzte die Revolution in Deutschland den Kaiser. Der Vertrag wurde annulliert. Das revolutionäre Rußland hatte die Atempause bekommen, war gerettet und die Schmach vergessen.

Aber nicht von ungefähr wiederholte Lenin gern die Worte seines großen Vorgängers Nikolai Tschernyschewski, daß der historische Prozeß "nicht das Pflaster des Newski-Prospekts" sei. Wenn alles so einfach gewesen wäre, wie es so mancher Chronist darstellen kann! Wir wissen, unter welch unglaublichen Qualen die für die Revolution rettende Entscheidung getroffen wurde!

Heute, 70 Jahre später, kann uns der Vertrag vieles lehren: Gefühlen und erst recht Schlagworten nicht nachzugeben; die Dinge real zu sehen. Es hatte ja so gut geklungen, den kaiserlichen Generalen die Faust zu zeigen, die Verhandlungen abubrechen und der ganzen bürgerlichen Welt einen großen revolutionären Krieg zu erklären! Selbst Trotzki's Stellungnahme — "weder Frieden noch Krieg" — erschien vielen annehmbar. Trotzki, der damals in Brest die Delegation leitete, steuerte unter dieser Losung auf einen Abbruch der Verhandlungen zu und gab den Deutschen Anlaß, die Feindseligkeiten wiederaufzunehmen. Die Geschichte hat jedoch Lenin und seinen Kampfgefährten recht gegeben: Nur der Frieden konnte das in der Oktoberrevolution Errungene retten. Das war die Hauptsache!

Der Entschluß, Frieden zu schließen, zeugte vom Mut einer wahren Volkspartei, die mit einem unpopulären Beschluß vor das Volk hintrat. Die Bedingungen des Brest-Litowsk-Friedens waren unglaublich erniedrigend. Sie bedeuteten die Lostrennung Polens, Litauens, Litauens, eines großen Teils der Ukraine sowie Belorusslands und Estlands von der russischen Revolution. Das Volk aber verstand Lenin, denn er fand unter den ungemein schweren Verhältnissen die richtige Lösung. Nicht von ungefähr ratifizierte der IV. Außerordentliche Gesamtrussische Sowjetkongreß mit überwiegender Stimmenmehrheit den Vertrag.

Und noch eine Lehre: Das revolutionäre Volk wußte den Mut der Partei zu schätzen, die unter der Friedenslosigkeit zum Sturmangriff auf den Kapitalismus und Zarismus überging. Das Volk wollte nicht mehr Krieg führen, es wollte sein Blut nicht länger für die "Machthaber" vergießen. Aber es verteidigte die Revolution. Zu dem tragischen Zeitpunkt, als die deutsche Invasion wiederaufgenommen wurde, entstand die Rote Armee.

Und schließlich ist Brest nicht nur ein Problem des ersten Weltkriegs und seiner Beendigung. Es ging dort um die Beziehungen zwischen dem Sozialismus und seinen kapitalistischen Nachbarn. Wieso? Rußland stand ja nur das "Viermächtebündnis" gegenüber. England, Frankreich und die USA waren Rußlands Alliierte. Leider waren diese unsichtbar in Brest anwesend, aber nicht auf unserer Seite. Erstens stimmten sie dem Appell der Oktoberrevolution nicht zu, dem Krieg ein Ende zu machen. Zweitens zogen sie eine Blockade gegen die neue Macht auf und rüsteten zum bewaffneten Feldzug gegen das revolutionäre Rußland.

Dem kapitalistischen Block war faktisch schon in den Brest-Litowsk-Tagen die Antwort erteilt worden: Die Revolution werde sich verteidigen, sie sei aber zu einer für beide Seiten vorteilhaften friedlichen Koexistenz bereit. Lenin widerlegte diejenigen, die Europas Zukunft in einem sofortigen Feldzug der revolutionären Kräfte gegen den Kapitalismus sahen. Es ist weder paradox noch übertrieben zu sagen, daß gerade während des Ringens um den Brest-Litowsk-Frieden der Begriff der friedlichen Koexistenz aufkam, die im Namen der Sowjetrepublik 1922 in Genua proklamiert wurde und auch jetzt unsere friedensfördernde Auffassung ist. Damals wurde der Zusammenhang der revolutionären Wandlungen in unserem Land mit der friedlichen Zukunft Europas behauptet. Der Friede ist das eigentliche Anliegen der sozialistischen Gesellschaft. Wir brauchen den Frieden nicht nur als politische Lösung, sondern auch als Voraussetzung für die erfolgreiche Entwicklung und den zügigen Aufbau.

Kurz: Brest gibt Anlaß zu langen Betrachtungen. Wir haben uns entschlossen, das Thema mit einer für die Zeitschrift ungewöhnlichen Methode zu behandeln. Das Wort hat der Dramatiker Michail Schatrow, dessen Bühnenstücke und Drehbücher uns die sturmbegeisterten Jahre plastisch vor unseren Augen führen. Schatrow hat gerade das Stück "Der Brest-Litowsk-Frieden" fertiggestellt (es erscheint im Aprilheft der Zeitschrift "Nowy Mir").

Er hat sich sein Stück so gedacht: Ein Chor ist ständig auf der Bühne. Es sind Soldaten, Arbeiter, Bauern, Journalisten, unter ihnen Lenin und die anderen Mitglieder des Zentralkomitees der Partei der Bolschewiki.

Die Handlung entwickelt sich auf mehreren Ebenen. Wir haben den Schluß gewählt. Dieser Teil spielt, nachdem Trotzki die Brest-Litowsk-Verhandlungen zum Platzen gebracht hatte und die Deutschen den Waffenstillstand abbrachen. Am 18. Februar begann die Offensive. In heftigen Debatten fand Lenin im ZK anfangs keine Mehrheit für den einzig richtigen Beschluß. Die Anhänger revolutionären Phrasendruschs widersetzten sich, sie verstiegen sich zu der Behauptung, man müsse es "auf den Verlust der Sowjetmacht ankommen lassen". Auch Oberst Robins, ein Vertreter der USA in Rußland, legte es auf die Fortsetzung des Krieges an. Er versprach Lenin "greifbare Beweise" für eine Hilfe, die die USA und England Rußland leisten würden. Am 23. Februar stellte die deutsche Regierung ein neues Ultimatum. Eine Entscheidung mußte getroffen werden.

DEUTSCHER GENERAL. Erst heute morgen ist ein neues Ultimatum an die Bolschewiki abgegangen. Ich muß schon sagen: Das Außenministerium und das Oberkommando des Heeres haben ihr Bestes getan. Das Ultimatum enthält alle Forderungen, die wir nur stellen konnten. Nach den neuen Bedingungen verliert Rußland 46 Millionen oder 26 Prozent seiner Einwohner, 75 Prozent der Kohle, 73 Prozent des Roheisens, 37 Prozent der Ernteerträge, 26 Prozent der Eisenbahnen usw. Der bolschewistische Stab wird zusammentreten müssen, um über das Ultimatum zu debattieren. Ich zweifle sehr, daß sie es annehmen werden, denn es ist so abgefaßt, daß es sie kränken muß und sie es ablehnen werden. Gerade das wollen wir ja. Dann stoßen wir nach Petersburg vor und vernichten diese Seuche, die die ganze zivilisierte Welt bedroht.

Szenenbild: Lenins Arbeitszimmer. Einige ZK-Mitglieder stehen über das Ultimatum gebeugt.

STALIN. Na, was haben wir da?

BUCHARIN. Tausendmal schlechtere Bedingungen als früher. Unsere Antwort erwarten sie morgen früh um sieben. Eintritt: LENIN.

SWERDLOW. Das Ultimatum.

LENIN. Und in Deutschland? Gibt's was Neues?

SWERDLOW. Immer dasselbe.

Nacheinander treten ZK-Mitglieder ein und setzen sich.

Genossen, wir müssen jetzt eigentlich entscheiden, was aus unserer Revolution wird. Ich fühle mich verpflichtet, Sie daran zu erinnern. Also nehmen wir die Bedingungen an oder nicht?

BUCHARIN. Halb Rußland hergeben oder nicht? Auch eine Frage! Sollten wir nicht lieber allesamt auf den Platz vor dem Smolny hinausgehen und uns vor den Augen der Arbeiter umbringen? Jedenfalls wäre das ehrlicher!

SWERDLOW. Und der Ausweg?

BUCHARIN. Alle Kräfte zusammenballen und tüchtig losschlagen! So antworten Revolutionäre auf die Frechheit der Imperialisten.

LENIN(hält das nicht länger aus). Schluß jetzt! Schluß! Ich warte keine Sekunde länger! Genug gespielt! Nicht eine Sekunde länger! Für einen revolutionären Krieg braucht man eine Armee, und die haben wir nicht. Für die Revolution braucht man Frieden, und der ist möglich. Mit der Politik der revolutionären Phrasen ist Schluß! Schluß, Genosse Bucharin! Wenn diese Politik jetzt noch weitergeht, trete ich sofort aus der Regierung und aus dem Zentralkomitee aus und gehe in die Massen. Revolutionäres Gerede dulde ich nicht länger! Schluß! Ich bitte um meinen Abschied!

ALLE schweigen betroffen. Lange.

TROTZKI. Genossen, wir haben Lenins Erklärung gehört. Was ist dazu zu sagen? Seine Argumente überzeugen mich ganz und gar nicht. Wenn wir einig wären, könnten wir uns verteidigen und würden

es bestens schaffen. Ich könnte noch mehr Einwände gegen Lenins Ausführungen machen. Aber nicht darum geht es jetzt. Wir brauchen größte Einheit. Wir haben sie nicht, und deshalb übernehme ich nicht die Verantwortung, für den Krieg zu stimmen.

STALIN. Ich glaube, man braucht keinen Friedensvertrag zu unterzeichnen, sondern nur Friedensverhandlungen einzuleiten.

LENIN zuckt entrüstet mit den Schultern, aber STALIN sieht es nicht.

Mit diesen Bedingungen provozieren sie uns absichtlich, damit wir nein sagen. Da wir keine Mittel haben, die Offensive der Deutschen bewaffnet zum Stillstand zu bringen, müssen wir andere Maßnahmen treffen. Entweder eine Atempause oder Ende der Revolution — einen anderen Ausweg gibt es nicht.

DZIERZYNSKI. Von einer Atempause kann keine Rede sein, das alles ist Utopie. Unser Friedensschluß wird dem deutschen Imperialismus nur den Rücken stärken. Sehen wir doch der Wahrheit ins Gesicht. Wenn wir diese Bedingungen unterschreiben, haben wir keine Garantie gegen neue Ultimaten. Durch Friedensschluß retten wir nichts. Ich bin aber mit Trotzki einverstanden: Wenn die Partei stark genug wäre, den Zerfall und den Rücktritt Lenins zu überdauern, dann könnte man eine Entscheidung treffen. Jetzt nicht.

LENIN. Ich merke und höre, daß manche mir aus dem Ultimatum einen Vorwurf machen. Ich stelle es nur für den äußersten Notfall, und der ist da. Stalin hat ganz und gar unrecht, wenn er sagt, wir brauchen nicht zu unterschreiben. Diese Bedingungen muß man unterschreiben. Wenn Sie das nicht tun, dann fällen Sie in drei Wochen das Todesurteil über die Sowjetmacht. Diese Bedingungen berühren die Sowjetmacht nicht, begreifen Sie das doch endlich! Wenn Bucharins und Lomows Gesinnungsbrüder in Moskau sich verrennen konnten, den ungeheuerlichen Satz auszusprechen, man könne die Sowjetmacht aufs Spiel setzen, was bleibt denn dann noch? Das ist die Mentalität wildgewordener Spießer und nicht der Kommunisten. Ich schwanke nicht im geringsten. Ich stelle ein Ultimatum nicht, um es zurückzunehmen.

LOMOW. Der Ausweg, den Lenin vorschlägt, führt zum Untergang der Revolution. Ich mache da nicht mit. Hier ist sehr viel von einer Panik in der Armee die Rede, die es gar nicht gibt. Aus Angst wittert man alles Mögliche. Wenn wir nur wollen, können wir sehr viel machen. Wenn uns Lenin mit dem Rücktritt droht, so brauchen Sie nicht zu erschrecken. Man muß eben ohne Lenin die Macht ergreifen. Man muß an die Front gehen und alles tun, was möglich ist. Schluß mit der Kleinmütigkeit. Zeigen Sie sich den Aufgaben gewachsen, die Ihnen das Weltproletariat gestellt hat!

SWERDLOW. Wer möchte noch?

ALLE schweigen. Nur LENIN läuft



Lenin. Moskau, 1918

Foto: P. Ozupa

nervös auf und ab, drei Schritte nach links, drei Schritte nach rechts.

Beschließen wir dann. (Um die Entscheidung hinauszuschieben:) Vielleicht will noch jemand etwas sagen?

ALLE schweigen.

SWERDLOW. Wir stimmen nur über eine Frage ab: ob wir die deutschen Bedingungen sofort annehmen.

DZIERZYNSKI. (Kann nicht mehr an sich halten.) Genossen! Vor der Abstimmung müssen wir eine Pause einlegen! Wir müssen uns beruhigen, wir sind aufgeregt. Einer hört nicht, was der andere sagt. Jetzt kann unserer ganzen Partei, unserer ganzen Bewegung ein Unglück passieren, das nicht mehr gutzumachen sein wird. Wir stehen vor der Spaltung. Ich fordere eine Pause.

SWERDLOW. Wer besteht noch darauf? Keiner. Ich stimme ab. Wer ist für die Annahme der neuen Bedingungen? Lenin, Swerdlow, Stassowa, Stalin, Sinowjew, Smilga, Sokolnikow. Wer ist dagegen? Bucharin, Lomow, Urizki, Bubnow. Wer enthält sich der Stimme? Trotzki, Dzierzynski, Joffe, Krestinski. Für die Annahme der deutschen Bedingungen sind also sieben ZK-Mitglieder, dagegen vier bei vier Stimmenthaltungen.

BUCHARIN. Was ist das schon für eine Mehrheit? Wo die vier Stimmenthaltungen doch auch Gegenstimmen sind! Sie sind nur durch die Rücktrittsdrohung eingeschüchtert.

URIZKI. In meinem eigenen Namen und im Namen der ZK-Mitglieder Bucharin, Lomow, Bubnow, der ZK-Kandidatin Jakowlewa sowie Pjatakow und Smirnow erkläre ich folgendes: Nicht gewillt, die Verantwortung für den gefaßten Beschluß zu übernehmen, den wir für

grundfalsch und für die russische und die Weltrevolution für verderblich halten, um so mehr, als der Beschluß von einer Minderheit des ZK gefaßt worden ist, weil die vier, die sich der Stimme enthalten haben, auf unserem Standpunkt stehen, erklären wir, daß wir von allen verantwortlichen Partei- und Verwaltungsposten zurücktreten und uns die völlige Freiheit vorbehalten, sowohl innerhalb als auch außerhalb der Partei für Bestimmungen zu agitieren, die wir für die einzig richtigen halten.

STALIN. Da haben wir die Spaltung. Das ist eine Fraktion.

ALLE schweigen, allen fällt es schwer, etwas zu sagen.

TROZKI. Mir scheint, ich muß meine Stimmhaltung erklären. Ich bin skeptisch, ob es möglich ist, selbst um den Preis der Kapitulation den Frieden einzuhandeln. Ich wollte aber das Zustandekommen einer Mehrheit für eine einheitliche Stellungnahme nicht stören.

LOMOW. Genosse Lenin, halten Sie eine offene Agitation gegen den Friedensschluß für möglich?

LENIN. Ja.

STALIN. Ich habe eine Frage: Bedeutet der Rücktritt der Genossen von verantwortlichen Posten eigentlich ihren Austritt aus der Partei? Die Brester Beschlüsse — weder Frieden noch Krieg — wurden ja auch mit einer Stimme Mehrheit gefaßt, und alle haben sich gefügt.

LENIN. Der Austritt aus dem ZK bedeutet nicht den Austritt aus der Partei.

URIZKI. Stalin legt uns zwar nahe, aus der Partei auszutreten, wir denken aber nicht daran. Wir treten von den verantwortlichen Posten zurück, nicht aber aus der Partei aus. Der Parteitag wird entscheiden, wer die Meinung der Partei zum Ausdruck bringt.

STALIN. Genossen, ich beschuldige niemanden und finde, Sie haben das Recht, so zu handeln, wie Sie es für richtig halten. Ich möchte nur den Schmerz darüber ausdrücken, den mir der Austritt der Genossen bereitet. Wir

haben ja niemanden, der Lomow, Smirnow und Pjatakow ersetzen könnte. Sind sich die Genossen darüber klar, daß ihr Verhalten zur Spaltung führt? Wenn Sie Klarheit und keine Spaltung wollen, dann bitte ich Sie, Ihre Erklärungen bis morgen oder — noch besser — bis zum Parteitag aufzuschieben.

LOMOW. Nein! Ihr schiebt die Antwort an die Deutschen auch nicht auf, ihr werdet sie jetzt erteilen. Wir werden unsere Erklärung auch nicht aufschieben.

SWERDLOW. Genossen, die Verfechter des Friedens haben vorläufig keinen Grund, sich zu freuen. Die Antwort an die Deutschen darf nicht im Namen des ZK unserer Partei, sie muß im Namen des höchsten sowjetischen Organs, des Zentralexekutivkomitees, ergehen, in dem wir unseren Beschluß durchbringen müssen, was gar nicht so einfach ist. Da Oppositionsparteien bestehen und da die linken Sozialrevolutionäre ganz gewiß gegen uns stimmen werden, kann ich mit allem Nachdruck sagen, daß jede Stimme Goldes wert ist. Falls bei uns, bei der bolschewistischen Fraktion keine Einheit herrscht, wird das ZK im Zentralexekutivkomitee keine Mehrheit bekommen.

BUCHARIN. Wollt ihr uns die Abstimmungsfreiheit entziehen?

SWERDLOW. Ja, Genossen, aus der Abstimmungsfreiheit wird nichts. Alle Bolschewiki müssen gleich stimmen, so, wie das ZK beschlossen hat. Genossen, ich bitte alle Mitglieder des Zentralexekutivkomitees, zur Sitzung zu kommen. Alles andere muß warten. Ich wiederhole: Jede Stimme ist wichtig. Wer kommt nicht? Keiner bleibt weg? Großartig. Wenn wir in einer Einheitsfront vorgehen, so kann das auch manchen linken Sozialrevolutionär mitreißen. Hiermit schließe ich die Sitzung des ZK. Ich bitte alle, ins Taurische Palais zu gehen, dort tritt das Zentralexekutivkomitee zusammen. Bis 7 Uhr früh bleibt uns nicht viel Zeit.

Eine Gruppe Letten aus dem Chor erhebt sich und betritt das Arbeitszimmer Lenins.

EIN LETTE (mit starkem Akzent, vor Aufregung heiser). Der Brester Frieden richtet die Sowjetmacht in Lettland zugrunde. So ist das. Wenn wir mit Ihnen für diesen Frieden stimmen und den Vertrag unterschreiben, fällen wir das Todesurteil über die besten Söhne der lettischen Arbeiterklasse, die bei den Deutschen eingekerkert sind und die sie morgen an den Galgen bringen werden. Das ist sehr bedrückend. Für uns lettische Mitglieder des Zentralexekutivkomitees ist das eine große Tragödie. Wir verstehen aber, daß es jetzt darauf ankommt, Sowjetrußland zu retten, das bestimmt helfen wird, bei uns die Sowjetmacht wieder aufzurichten. Deshalb haben wir beschlossen, doch mit Ihnen für den Frieden zu stimmen. Wir bitten Sie aber, uns zu verstehen.

LENIN. (Nach einer Pause) Wir können nichts Obermenschliches verlangen. Die Genossen haben es wirklich sehr schwer. Ich meine, wir müssen den lettischen Genossen für ihren Internationalismus danken, und schlage zugleich vor, sie der Stimmabgabe zu entbinden. Auch ohne sie haben wir einige Stimmen in Reserve.

SWERDLOW. Keine Einwände? Keine. Genossen, ich habe die einzige Bitte, wenn die Abstimmung beginnt, den Saal zu verlassen, damit die Fraktion einig und geschlossen bleibt, damit keiner sieht, daß manche von uns ihre Stimme nicht abgeben. Das wäre alles, Genossen. Bitte gehen Sie ins Taurische.

ALLE außer LENIN und SWERDLOW gehen.

Februar 1918. Revolutionäre Soldaten rücken bei Narva ein.



LENIN. Was meinen Sie, werden unsere im Zentralexekutivkomitee wandern?

SWERDLOW. Kann schon sein.

LENIN. Nun, ich werde die letzte Gelegenheit wahrnehmen und zum Rednerpult gehen, und mit den Augen schreien, fordern, überreden. Jeder soll mir einzeln gegenüberstehen.

DZIERZYNSKI kommt zurück.

DZIERZYNSKI (sehr aufgeregt). Genossen ..., ihr kennt mich ja gut genug ... die Revolution ist mein Leben, ein harter Kampf ..., das Herz aber blutet mir bei jeder Ungerechtigkeit. Ich kann noch immer nicht Ja zu Brest sagen, aber jetzt habe ich begriffen: Wenn wir das nicht tun, werden andere alles von vorn anfangen müssen (er geht).

SWERDLOW. Ach ja, das habe ich ja ganz vergessen (holt ein Blatt von einem Notizblock aus der Tasche). Robins hat mich gebeten, Ihnen das zu überbringen.

LENIN. Die Antwort der amerikanischen Regierung?

SWERDLOW. Das hier ist englisch. Weiter als bis zum Deutschen bin ich noch nicht gekommen.

LENIN (nimmt das Blatt, liest und übersetzt). "Unterstützung aller aufrechten Menschen der Welt" (lächelt), das ist wichtig, sehr wichtig, Oberst Robins. Eines Tages wird es entscheidend sein. (Zu Swerdlow.) Wir müssen gehen. Was haben Sie? Ist Ihnen schlecht?

SWERDLOW. Ich bin müde, hundemüde. (Setzt sich.) Eine völlige Spaltung, Genosse Lenin. Ich weiß nicht, ob wir das aushalten...

LENIN (schweigt lange, sammelt seine Gedanken.) Ja, gewiß. Das ist eine enorme Krise unserer Revolution... Dafür haben wir jetzt eine neue Lernmethode, die uns helfen wird, diese Kluft zu überbrücken. Das Leben, die tagtäglichen Erfahrungen der Massen. Wenn die Kluft bis ganz unten, bis zu den Massen reichen würde, dann wäre die Spaltung nicht mehr zu vermeiden. Aber die Einheit der Massen wird jetzt sehr schnell wiederhergestellt. Gerade unter dem Einfluß der Tatsachen werden die Massen verstehen, daß die Politik der Atempause richtig ist, und sie werden durch ihren Druck von unten die beiden Hälften der Partei zum Zusammenschluß zwingen, und dann wird die Kluft nicht mehr dasein.

SWERDLOW (erhebt sich). Ich bin bereit, wir können gehen.

Bühnenbild: Der Sitzungssaal des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees. Dessen Mitglieder bilden den CHOR. Alle Plätze sind besetzt. Es ist laut, hitzige Diskussionen dauern an. Da erscheinen LENIN und SWERDLOW. Es wird still. SWERDLOW geht zum Rednerpult, LENIN nimmt seinen Platz im CHOR ein.

SWERDLOW. Genossen Mitglieder des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees! Ihnen liegt zur Beschlußfassung

"NEUE ZEIT" 12.87

СОЦИАЛИСТИЧЕСКОЕ ОТЕЧЕСТВО ВЪ ОПАСНОСТИ!

Чтобы спасти изнуренную, истерзанную страну от новых военных испытаний, мы пошли на величайшую жертву и объявили, что мы готовы подписать их условия мира.

Наши парламентарии 20 (7) февраля, вечером, выехали из Рязани в Минск и до сих пор нет ответа.

Нынешнее правительство, очевидно, медлит с ответом. Оно лает и не хочет мира. Выполняя поручение капиталистов всех стран германский милитаризм хочет задушить русские и украинские рабочие и крестьяне, вернуть земли помещикам, фабрики и заводы — банкирам, власти контрреволюции.

Германские генералы хотят установить свой „порядок“ в Петрограде и в Киеве.

Социалистическая Республика Советов находится в величайшей опасности.

До того момента, как поднимется и победит пролетариат Германии, священной долгом рабочих и крестьян России является беззаветная защита Республики Советов против полчищ буржуазно-империалистической Германии.

Совет Народных Комиссаров постановляет:

1) Все силы и средства страны целиком предоставляются на дело революционной обороны.

2) Совет Совещаний и Революционные организации выдвигаются в обязанность защищать каждую позицию до последней капли крови.

3) Железнодорожные организации и связанные с ними Советы обязаны всеми силами воспрепятствовать врагу воспользоваться аппаратурой путей сообщения; при отступлении уничтожать пути, взрывать и сжигать железнодорожные здания; весь подвижной состав — вагоны и паровозы, немедленно направлять на фронт в глубь страны.

4) Все хлебные, и вообще, продовольственные запасы, а равно всякое ценное имущество, которые грозят опасностью попасть в руки врага, должны подвергаться безусловному уничтожению; разложение за отход социалдемократов на избитые Советы под личиной ответственности их председателей.

5) Рабочие и крестьяне Петрограда, Киева, всех городов, местечек, сел и деревень по линии нового фронта должны мобилизоваться батальоны для рытья окопов под руководством военных специалистов.

6) В эти батальоны должны быть включены все работоспособные члены буржуазного класса, дружины и женщины под надзором красной гвардии; сопротивляющиеся расстреливать.

7) Все падания, противодействующие делу революционной обороны и стоящие на стороне нынешней буржуазии, а также строящиеся на шее империалистических полчищ в чужих свершениях Советской власти, закрываются; работоспособные редакторы и сотрудники этих изданий мобилизуются для рытья окопов и других оборонительных работ.

8) Неприятельские агенты, спекулянты, громилы, хулиганы, контр-революционные агитаторы, германские шпионы расстреливаются на месте преступлений.

Социалистическое отечество в опасности. Да здравствует социалистическое отечество! Да здравствует Международная Социалистическая революция!

Совет Народных Комиссаров.

Декрет des Rats der Volkskommissare „Das Sozialistische Vaterland in Gefahr!“, am 21. Februar 1918 verabschiedet.
(Foto-Reproduktion)

nur eine Frage vor: ob die neuen Friedensbedingungen angenommen werden sollen. In Anbetracht der Wichtigkeit dieser Frage für die russische und die Weltrevolution und in dem Wunsch, die Verantwortlichkeit jedes Mitglieds des Zentralexekutivkomitees zu betonen, wird namentlich darüber abgestimmt. Ich bitte jedes Mitglied, das aufgerufen wird, ans Rednerpult zu treten und seinen Standpunkt laut und deutlich mitzuteilen. Beginnen wir, Genossen. Totenstille tritt ein. LENIN erhebt sich und geht zum Rednerpult. Jetzt wird jeder Abstimmende seinem Blick beugen.

SWERDLOW. Mitglied Awdejew!
AWDEJEW. Ich bin gegen den Frieden!

Stürmischer Beifall des Chors. Es wird geschrien, geschimpft.

SWERDLOW. Bitte absolute Ruhe! Akulow?

AKULOW. Für den Frieden.

SWERDLOW. Karachan?

KARACHAN. Für den Frieden!

SWERDLOW. Kachowskaja?

KACHOWSKAJA. Dagegen!

SWERDLOW. Steinberg?

STEINBERG. Dagegen!

SWERDLOW: Martow?

MARTOW. Dagegen!

SWERDLOW. Spiridonowa?

SPIRIDONOWA. Gegen den Frieden.

SWERDLOW. Jenukidse?

JENUKIDSE. Für den Frieden.

SWERDLOW. Dan?

DAN. Dagegen!

SWERDLOW. Lunatscharski?

LUNATSCHARSKI. Für den Frieden!

SWERDLOW. Kollontai?

KOLLONTAI. Mit Friedensschluß einverstanden.

SWERDLOW. Dzierzynski?

DZIERZYNSKI. Ja. Frieden.

SWERDLOW. Lomow?

LOMOW. Für den Frieden.

SWERDLOW. Urizki?

URIZKI. Frieden.

SWERDLOW. Bucharin?

BUCHARIN (tritt ans Rednerpult, nur zu Lenin) Sie würden mich nicht mehr achten, wenn Sie wüßten, daß Nikolai Bucharin, Ihr Schüler, gegen sein Parteigewissen für einen Beschluß gestimmt hat, der nach meiner festen Überzeugung unsere Revolution niederknirscht.

LENIN schweigt und sieht ihn nur an.

BUCHARIN. Wladimir Iljitsch!

LENIN schweigt.

SWERDLOW. Bucharin?

BUCHARIN. Was soll ich machen, Wladimir Iljitsch?

LENIN schweigt.

SWERDLOW. Mitglied des Zentralkomitees Bucharin!

BUCHARIN. Gegen den Frieden.

Der CHÖR schreit "Bravo! Eine Schande! Ruhe!"

SWERDLOW. Bitte Ruhe! Wir fahren fort. Gorbow!

GORBOW. Ich enthalte mich der Stimme!

SWERDLOW. Stalin?

STALIN. Für den Frieden.

SWERDLOW. Sokolnikow?

SOKOLNIKOW. Für den Frieden!

SWERDLOW. Joffe?

JOFFE. Für den Frieden.

SWERDLOW. Fabrizious?

FABRIZIUS. Stimmenthaltung!

SWERDLOW. Trotzki?

Stille, niemand meldet sich. ALLE sehen sich um.

SWERDLOW. Trotzki?

EINE STIMME. Nicht erschienen!

SWERDLOW. Sinowjew?

SINOWJEW. Für den Frieden.

SWERDLOW. Rjasanow?

RJASANOW. Entschieden dagegen!

SWERDLOW. Uljanow-Lenin?

LENIN. Für den Frieden.

SWERDLOW. Swerdlow für den Frieden. Kamkow?

KAMKOW. Dagegen!

Das Licht geht aus und wieder an. Die Abstimmung ist zu Ende.

SWERDLOW. Genossen, die Abstimmung ist beendet. Hier das Ergebnis: für den Frieden 116 Stimmen, dagegen 85, Stimmenthaltungen 26. Der Friedensantrag der Bolschewiki ist angenommen!

Die letzten Worte gehen in Schreien "Verräter! Ihr habt Rußland verkauft! Eine Schande!" unter. Die Bolschewiki

stehen auf, umringen Lenin und treten an die Rampe.

LENIN (wie im Selbstgespräch leise und vertraulich zu den Genossen und zum Publikum) Wir sind gezwungen, das zu unterschreiben. Man muß den Mut haben, der ungeschminkten Wahrheit ins Gesicht zu sehen. Je klarer wir uns darüber werden, desto fester entschlossen sind wir, zu erreichen, daß Sowjetrußland seine höchste internationale Pflicht erfüllt, nämlich eine neue Gesellschaftsordnung aufbaut, den Hoffnungen aller Völker der Welt gerecht wird und dem Krieg, dem Schmutz und der Gemeinheit des Kapitalismus den Frieden, die Reinheit und den Edelmut des Sozialismus entgegensetzt. Was brauchen wir dazu? Frieden oder Krieg? Wir müssen aufbauen, darum ist das Sehnen nach Frieden für uns keine Taktik in einem Augenblick der Schwäche, sondern der Sinn unserer ganzen Politik, unseres ganzen Lebens. Jede Stunde Frieden gibt dem Sozialismus tausendmal mehr als ein Tag Krieg, sei er auch siegreich. Genossen, lernt aus den harten, aber nützlichen Lehren der Revolution. Lernt, um zu siegen.

VORHANG

KULTUR UND POLITIK

MEHR SEHEN, UM BESSER ZU VERSTEHEN

Der amerikanische Maler Leroy Neiman, der sich in Moskau aufhielt, erzählte unserem Korrespondenten von seinen Eindrücken.

„Als Maler mit geschärftem Auge - welchen Eindruck haben Sie von der sowjetischen Hauptstadt und den Menschen, mit denen Sie zusammenkamen?“

Ich will etwas erzählen, was mich sehr sympathisch berührte. Im Atelier der Surikow-Malerhochschule arbeitete ich an einem Gemälde, das den Moskauer Roten Platz zeigt. Unvermittelt forderte unser Fahrer mich durch den Dolmetscher auf, über dem Kreml als Friedenssymbol Tauben zu malen. Ich folgte diesem Rat, obwohl ich sonst für kritische Hinweise nicht viel übrig habe.

In Moskau erblickte ich in den Augen aller, die meine Bilder betrachteten, Verständnis und einen tiefen Respekt vor dem Schaffen, der impertinente Urteile ausschließt. Ich empfand, daß die Menschen im allgemeinen der Kunst Hochachtung entgegenbringen, weil sie darin einen gewissermaßen ewigen Wert sehen.

„Man nennt Sie den populärsten Maler Amerikas und den berühmtesten

Sportmaler der Welt. Welche Ziele setzen Sie sich?“

Mein Ziel ist es, eine möglichst große Anzahl von Menschen anzusprechen. Wenn ein Kunstwerk gelungen ist, müssen das Auge des Malers und das des Betrachters im Einvernehmen miteinander sein. Ich strebe danach, Gerüche und Geräusche, Ideen und Ideale darzustellen, alles, was ein Bild beinhalten kann, das an Denken und Fühlen appelliert. Vorausgesetzt natürlich, daß der Standpunkt des Künstlers mit dem der Zuschauer übereinstimmt.

Meiner Meinung nach muß die Malerei positive Emotionen auslösen. Mit meinen Werken möchte ich Gefühle wachrufen, die den Menschen nicht etwa bedrücken, sondern vielmehr über den grauen Alltag erheben und ihn inspirieren. Sujets, die Wärme ausstrahlen, ziehe ich düsteren Themen vor. Man mag mir vorwerfen, daß ich Szenen von Ungerechtigkeit oder Leiden vermeide. Dabei weiß ich sehr wohl, daß der Mensch gerade in solchen Situationen seine Würde zu wahren imstande ist. Ich bilde

die Sonnenseite des Lebens ab. Der arbeitende Mensch gehört unbedingt auf mein Bild. Mir geht es darum, dem Betrachter den Gedanken zu vermitteln, daß der einfache Mensch genau so gut eine Persönlichkeit sein kann wie auch Vertreter der „höheren Klassen“. Nicht selten stelle ich auf meinen Bildern auch die Schönheit des Lebens dar und bin stolz, wenn es heißt, daß die Leute aus meinen Werken die Liebe zum einfachen Menschen herauslesen.

„Wie stellen Sie sich als Künstler und als Mensch, der sich Sorgen um den Frieden macht, die Zukunft der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen vor?“

Meiner Meinung nach ist die Kunst, der anzugehören ich das Glück habe, ein sehr wichtiges Mittel, die Verbindungen zwischen beiden Großmächten zu festigen, aber nur wenn sie das Leben beider Völker wahrheitsgemäß wiedergibt. Wir Amerikaner müssen Nutzen aus der sowjetischen bildenden Kunst ziehen, um zu verstehen, was den Lebensinhalt der Sowjetbürger ausmacht.

Nicht aus Liebe zur Geschichte Afrikas

In der RSA wurde der Action-Film über den bedeutenden Heerführer und Begründer eines zentralisierten Zulu-Staates Chaka Zulu gedreht. Man fragt sich allerdings, was die Rassisten so urplötzlich dazu bewogen hat, das Leben eines Mannes zu verfilmen, der die Eroberer aus Übersee bekanntlich gehaßt und für die Freiheit seines Volkes gekämpft hat.



Chaka Zulu.

Zeichnung aus dem in London erschienenen Buch "Entstehung des modernen Afrika".

Die South African Broadcasting Corporation hat sich den zehnteiligen Spielfilm "Chaka Zulu" 24 Mio Dollar kosten lassen. Er ist somit der teuerste Film in der Geschichte des Landes. Man engagierte die englischen Schauspieler Edward Fox, Trevor Howard, Christopher Lee und Fiona Fullerton. Der Amerikaner Joshua Sinclair schrieb das Drehbuch, wobei er die historischen Tatsachen mehr als freizügig interpretierte. Bei den Aufnahmen butterte der südafrikanische Regisseur William Faure noch einen Wust von Vorurteilen über Chaka und seine Zeit dazu.

Dieser Film wurde nicht zufällig gerade jetzt auf den Markt geworfen. Nicht umsonst werden auch die hochherzigen Ziele Chakas verschwiegen, denn eine objektive Darstellung dieses Volkshelden hätte die Leidenschaften im Kampf auf dem südafrikanischen Kontinent noch mehr zum Kochen gebracht. Um die Antiapartheid-Bewegung zu unterdrücken, hatte die Rassistenregierung 1986 den Notstand verhängt. Unter diesen Umständen kam es ihnen natürlich ganz gelegen, daß die "idyllische Rückständigkeit" der Afrikaner gezeigt und noch einmal versucht werden sollte, die Welt davon zu überzeugen, daß man mit den Eingeborenen nur in der Sprache des Terrors verhandeln kann. Das ist in dürren Worten der Hintergrund von "Chaka Zulu".

Zum Auftakt ein paar schwülstige Sex-Szenen und das Blutbad zum Schluß: Der Imperator wird ermordet. Dazwischen Gemetzel, Tänze, Morde, Episoden, die in Rache und politischem Kampf schwelgen, bis endlich der Weiße Mann kommt.

Die Botschaft des Films ist simpel. Man

kommt schnell dahinter, wenn man weiß, wie westliche "Fachleute" das Thema Afrika bearbeiten. Kein Vorurteil, das nicht mit verwurstet worden wäre, um das Bild Afrikas noch weiter zu verzerren: Die Neger sind abergläubisch, blutrünstig, kriegslüstern, zügellos und leben eigentlich noch in der Steinzeit. Wenn man diese über 25 Millionen Wilden in die Freiheit entläßt und ihnen Stimmrecht, also Macht gibt, wird Südafrika unweigerlich in die finsternen Zeiten dieses unregierbaren Chaka zurückfallen. Diesen Gedanken legen wenigstens die Macher des Films nahe. Der Weiße Mann allein ist Garant für Ordnung und Zivilisation. Das wird geradeheraus von der Leinwand suggeriert, während man dem Zuschauer den blutüberströmten Leichnam Chakas vorführt. In diesen Bildern ist deutlich die Handschrift der Apartheid und des Rassismus zu erkennen.

Man spürt die bedrückende Tendenz der ausgesuchten Episoden, als Chaka nach dem Tod seiner Mutter befiehlt, ein ganzes Jahr lang kein Getreide anzubauen und die Kühe nicht zu melken. Er straft alle, die ihren Tod nicht ergriffen genug beweinen oder während der Trauerzeit Kinder zeugen. Krankhafter Argwohn, Aberglaube, Verrat und Grausamkeit sind ausschließlich für die Regierung Chakas bezeichnend, in dem man jetzt natürlich keinen Helden oder Patrioten mehr sehen darf. Die Ermordung des Zulu-Häuptlings wird geradezu als unvermeidliche, herbeigesehnte Befreiungstat und nachahmenswerte historische Lehre nahegelegt.

Der Film soll auf einen Schlag in 60 Ländern gezeigt werden. BRD und USA

machen den Vorreiter. Nachdem KCOP die erste Folge in Los Angeles gezeigt hatte, rief die Koalition gegen die Ausbeutung der schwarzen Bevölkerung, der viele fortschrittliche Organisationen der USA angehören, zum Boykott der Fernsehgesellschaft auf, die sich dazu hergegeben hat, rassistische Propaganda zu unterstützen. Legrand Clegg erklärte als Vorsitzender der Koalition, daß KCOP praktisch Reklame macht für das Regime in Pretoria und damit zur Unterdrückung der Bevölkerung Südafrikas beiträgt, die in dem Film nur in der Form von Barbaren und Vergewaltigern in Erscheinung tritt. Bobbie Hodges-Betts vom Komitee der amerikanischen Freunde im Dienst an der Gesellschaft rief dazu auf, die Fernsehgesellschaft so lange zu boykottieren, bis sie die Sendezeit für eine Gegendarstellung einräumt. KCOP-Chef Rick Feldman blockte ab: Die Serie wird weiter gezeigt.

"Chaka Zulu" ist keineswegs eine Spitzenleistung. Wenn man sich einmal die Mühe macht, die westliche Literatur über das südlich der Sahara gelegene Afrika zu sichten, merkt man bald, daß sie darauf abzielt, die Landesgeschichte ihrer Helden zu berauben und den Freiheitskampf der Völker als Versuch zu diffamieren, ihre Wildheit zu konservieren.



Sie kämpften im Heer des „Kriegerkönigs“.

Zeichnung aus dem „Star“, einer liberalen Zeitung der RSA

ren. Also sind ihre Anführer gewalttätige Tyrannen. Die herausragenden historischen Figuren Afrikas sind in Westeuropa kaum bekannt. Es gab sie eben nicht, wenn man westlichen Historikern glauben wollte. Sie romantisieren lieber die „Bürde des Weißen Mannes“ und bekränzen ihn mit dem Lorbeer des Entdeckers. Er zivilisiert die Wilden, macht sie Menschen ähnlich. Als solche Humanisten mit dem Heiligenschein hoher Bildung zeichnen sie Rhodes, Stanley, den belgischen König Leopold II, Nachtigall, Lord Kitchener, Marshall Lyauley und andere Eindringlinge. Den afrikanischen Ureinwohnern, die es gewagt hatten, ihre Heimat zu verteidigen, und die um ihrer Freiheit willen in den Tod gingen, verweigert man das Recht, Patrioten, Befreier, Denker und Aufklärer genannt zu werden. Nach derselben Logik wird heute Nelson Mandela, der exponierte Kämpfer gegen die Rassendiskriminierung, in Washington, London und Pretoria als Terrorist verunglimpft.

Der britische Löwe konnte Chaka nicht ausstehen. Die mehrbändige Cambridge History of The British Empire trieft von Haß auf diese ungewöhnliche Persönlichkeit. Dasselbe ließe sich über Untersuchungen heutiger britischer und anderer westlicher Afrikanisten sagen, über

Romane, über Schulbücher. Für sie ist er der „übelste Feind alles Guten auf der Welt“, die „Verkörperung des Bösen“, der „Tyrann der Tyrannen“, ein „erbitterter Hasser des gebildeten Europa“ usw. In Rider Haggards Roman „Nada“ ist Chaka ein fanatisierter Irrer, besessen von dem Drang, Menschen zu vernichten.

Warum ehrt man eigentlich noch heute diesen „blutrünstigen Tyrannen“ in Afrika? Warum schwört man allen Lügen und Verleumdungen zum Trotz in seiner Heimat bis auf den heutigen Tag auf den Namen eines Menschen, der vor über 150 Jahren, 1828, starb?

Die wirkliche Geschichte dieses Mannes wird erst heute, von den Afrikanern selbst geschrieben. Er war ein großer Staatsmann und befähigter Heerführer, dem es während seiner letzten 20 Lebensjahre gelang, unter Bedingungen der britischen und Burenexpansion auf dem Territorium der heutigen Provinz Natal, eines Teils von Transvaal, dem Oranjerestaat, der Kap-Provinzen und des heutigen, Mocambique ein Staatssystem zu schaffen. Ernest August Ritter schreibt in seinem äußerst objektiven dokumentarischen Roman „Chaka“: „Unter den Zulus war Chaka eine absolut außergewöhnliche Figur. Hinter seiner eisernen Selbstbeherrschung waren auch Eigenschaften verborgen wie leichte Erregbarkeit und Schwärmerei. Er war eine sensible Künstlernatur, er stand nicht von ungefähr in dem Ruf, ein guter Dichter, Sänger, Tänzer und Spaßvogel ohnegleichen zu sein. Fleiß zählte zu seinen starken Seiten. Kleinigkeiten, die oft den Ausgang einer Schlacht entscheiden, schenkte er viel Aufmerksamkeit. Er war ein echter Herr auf seinem Boden. Der Volksmund zitiert ihn noch heute: „Unter der Aufsicht des Landwirts wird der Stier fett.“

Dem gewandten Staatsmann gelang es, mehrere Zulusämme zu vereinen. Er war ein strenger, aber kein grausamer Herrscher. Auch diese Worte werden ihm zugeschrieben: „Wenn ich vernichte, dann nur, um aufzubauen.“ Mehrere Historiker wie auch Albert Luthuli, herausragende Leitfigur des African National Congress und Friedensnobelpreisträger, sehen die Katastrophe für Chaka darin, daß er sich, wie so viele andere Einzelherrscher, an der Macht berauschte, sich mit Heuchlern umgab und sich immer tiefer in sein Mißtrauen allem und jedem gegenüber verstrickte. Erst in seinem letzten Lebensjahr, nach dem Tod seiner Mutter am 10. Oktober 1827, bricht die Grausamkeit aus ihm

hervor. Von daher jedoch Rückschlüsse auf die gesamte Zeit seiner Herrschaft zu ziehen, wäre verfehlt. „Ich habe eine ganze Welt erobert, aber die Mutter verloren. Der bittere Lorbeer steckt mir im Hals. Ich habe jeden Geschmack am Leben verloren“, sagt er im Roman „Chaka Zulu“. Er verfiel dem Gedanken, daß nur noch Angst die Zulus zusammenzuschweißen könne.

Die Geschichte hat Chaka als Kämpfer für einen vereinten Zulustaat gewürdigt. Der Wagemut Chakas wird in der Dichtung der Völker Südafrikas besungen. Gegen Buren und britische Eroberer wandten die Zulus von nun an die, wie es im Programm der Südafrikanischen KP heißt, „Chaka-Kampftaktik“ an. ANC-Führer Nelson Mandela schleuderte seinen Verfolgern vor Gericht entgegen, daß ihm die Heldentaten Chakas zum Vorbild dienen.

Vergebens bemühen sich heute diejenigen, die Afrikaner und ihre Geschichte zu beurteilen, die bewußt verschweigen, was die westlichen Mächte während der kolonialen Eroberung Afrikas veranstaltet haben, ihre Greueltaten in Afrika, später auch die Verbrechen der Vereinigten Staaten in Korea, Vietnam und Grenada. Woher nehmen sie, die Mörderregimes in Chile und der RSA decken, das moralische Recht, Chaka Zulu anzuklagen?

Die Tapferkeit des „Kriegerkönigs“ macht ihn den Völkern Schwarzafrikas sympathisch. Immer wieder schreiben afrikanische Schriftsteller über ihn. In „Chaka“, einem Gedicht von Leopold Sedar Senghor, sagt der Held im Gespräch mit einem ausländischen Ankläger: „Ich habe nur die Unterdrückung gehaßt.“ Er wollte Afrika aus Liebe zu seinem schwarzen Volk verteidigen. Er habe es nicht mehr ausgehalten, sich den Leiden und der Demütigung seiner Landsleute gegenüber taub zu stellen. „Ich wollte alle Menschen zu Brüdern machen“, und fügt hinzu: „im Namen meines Volkes.“

„Seit Chakas Tagen sind die Zulus stolz auf ihr geeintes Volk. Sie wollen das ruhmvolle Erbe, das ihnen ihr dynamischer Häuptling hinterlassen hat, bewahren. Daran kann keine Verleumdung irgendetwas ändern“, konterte der höchste Zuluführer Goodwill Zwelithini die Filmfälschung.

Man sollte meinen, daß wahre Filme über Chaka und andere afrikanische Helden noch bevorstehen. Die drehen die Afrikaner selbst.

W. KOROTCHANZEW

Harare-Moskau



Wir stellen vor:

Wjatscheslaw

Sajzew,

Modezeichner

Meine Bekanntschaft mit den Lesern der NZ möchte ich mit Ausführungen über den sogenannten klassischen englischen Stil einleiten, der seit Mitte des 20. Jahrhunderts von sachlichen Personen vorgezogen wird, die zwar die Vielseitigkeit der Mode zu schätzen wissen, sich jedoch abseits von ihrem hektischen Wechsel halten. Dieser Stil, der im 20. Jahrhundert Weltgeltung erhalten hat, ist etwas für Leute, denen die Bequemlichkeit der Kleidung über alles geht.

Aber selbst dieser Stil



ist nicht unveränderlich.

In dieser Saison trägt man neben Kostümen aus leichten Wollstoffen verschiedener Faktur (lose, lange Jacken mit breiten Schultern, zu denen man glatte, enge oder Faltenröcke trägt) wieder gern taillierte Kostüme. Die Jacken reichen bis zur Mitte des Oberschenkels, die Schultern sind breit und die Achselhöhlen etwas vertieft. Die Röcke sind glatt, zum Saum hin etwas enger und weisen hohe Schlitze auf. Nicht ausgeschlossen sind aber auch Jacken und mit Hilfe von Falten, Glockenschnitt usw. zum Saum hin ausgestellte Röcke. Bei solchen Kostümen ist die Hüftlinie betont und die Knie immer bedeckt.

Beliebt sind nach wie vor kleine Wollkleider aus einfarbigem oder geome-



trisch gemusterlem Stoff.

Neben nicht sehr weiter Kleidung bleiben aber lose, zum Saum hin ausgestellte Jacken, die über weiten Kleidern und Blousons getragen werden.

Abschließend möchte ich raten, die Stoffe im Hinblick auf Faktur und Farbe sorgfältig zu wählen. Ebenso die Accessoires.

Und nicht zu vergessen: Der gute Geschmack verlangt dezente Farben.

Anschrift: 103782, GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja pl.

Telefon: 229-88-72, 209-07-67

Verlag der Zeitung „Trud“ * Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache * Gedruckt in der Druckerei „Moskowskaja prawda“



Sie kämpften im Heer des „Kriegerkönigs“.

Zeichnung aus dem „Star“, einer liberalen Zeitung der RSA

ren. Also sind ihre Anführer gewalttätige Tyrannen. Die herausragenden historischen Figuren Afrikas sind in Westeuropa kaum bekannt. Es gab sie eben nicht, wenn man westlichen Historikern glauben wollte. Sie romantisieren lieber die „Bürde des Weißen Mannes“ und bekränzen ihn mit dem Lorbeer des Entdeckers. Er zivilisiert die Wilden, macht sie Menschen ähnlich. Als solche Humanisten mit dem Heiligenschein hoher Bildung zeichnen sie Rhodes, Stanley, den belgischen König Leopold II, Nachtigall, Lord Kitchener, Marshall Lyauley und andere Eindringlinge. Den afrikanischen Ureinwohnern, die es gewagt hatten, ihre Heimat zu verteidigen, und die um ihrer Freiheit willen in den Tod gingen, verweigert man das Recht, Patrioten, Befreier, Denker und Aufklärer genannt zu werden. Nach derselben Logik wird heute Nelson Mandela, der exponierte Kämpfer gegen die Rassendiskriminierung, in Washington, London und Pretoria als Terrorist verunglimpft.

Der britische Löwe konnte Chaka nicht ausstehen. Die mehrbändige Cambridge History of The British Empire trieft von Haß auf diese ungewöhnliche Persönlichkeit. Dasselbe ließe sich über Untersuchungen heutiger britischer und anderer westlicher Afrikanisten sagen, über

Romane, über Schulbücher. Für sie ist er der „übelste Feind alles Guten auf der Welt“, die „Verkörperung des Bösen“, der „Tyrann der Tyrannen“, ein „erbitterter Hasser des gebildeten Europa“ usw. In Rider Haggards Roman „Nada“ ist Chaka ein fanatisierter Irrer, besessen von dem Drang, Menschen zu vernichten.

Warum ehrt man eigentlich noch heute diesen „blutrünstigen Tyrannen“ in Afrika? Warum schwört man allen Lügen und Verleumdungen zum Trotz in seiner Heimat bis auf den heutigen Tag auf den Namen eines Menschen, der vor über 150 Jahren, 1828, starb?

Die wirkliche Geschichte dieses Mannes wird erst heute, von den Afrikanern selbst geschrieben. Er war ein großer Staatsmann und befähigter Heerführer, dem es während seiner letzten 20 Lebensjahre gelang, unter Bedingungen der britischen und Burenexpansion auf dem Territorium der heutigen Provinz Natal, eines Teils von Transvaal, dem Oranjerestaat, der Kap-Provinzen und des heutigen, Mocambique ein Staatssystem zu schaffen. Ernest August Ritter schreibt in seinem äußerst objektiven dokumentarischen Roman „Chaka“: „Unter den Zulus war Chaka eine absolut außergewöhnliche Figur. Hinter seiner eisernen Selbstbeherrschung waren auch Eigenschaften verborgen wie leichte Erregbarkeit und Schwärmerei. Er war eine sensible Künstlernatur, er stand nicht von ungefähr in dem Ruf, ein guter Dichter, Sänger, Tänzer und Spaßvogel ohnegleichen zu sein. Fleiß zählte zu seinen starken Seiten. Kleinigkeiten, die oft den Ausgang einer Schlacht entscheiden, schenkte er viel Aufmerksamkeit. Er war ein echter Herr auf seinem Boden. Der Volksmund zitiert ihn noch heute: „Unter der Aufsicht des Landwirts wird der Stier fett.“

Dem gewandten Staatsmann gelang es, mehrere Zulustämme zu vereinen. Er war ein strenger, aber kein grausamer Herrscher. Auch diese Worte werden ihm zugeschrieben: „Wenn ich vernichte, dann nur, um aufzubauen.“ Mehrere Historiker wie auch Albert Luthuli, herausragende Leitfigur des African National Congress und Friedensnobelpreisträger, sehen die Katastrophe für Chaka darin, daß er sich, wie so viele andere Einzelherrscher, an der Macht berauschte, sich mit Heuchlern umgab und sich immer tiefer in sein Mißtrauen allem und jedem gegenüber verstrickte. Erst in seinem letzten Lebensjahr, nach dem Tod seiner Mutter am 10. Oktober 1827, bricht die Grausamkeit aus ihm

hervor. Von daher jedoch Rückschlüsse auf die gesamte Zeit seiner Herrschaft zu ziehen, wäre verfehlt. „Ich habe eine ganze Welt erobert, aber die Mutter verloren. Der bittere Lorbeer steckt mir im Hals. Ich habe jeden Geschmack am Leben verloren“, sagt er im Roman „Chaka Zulu“. Er verfiel dem Gedanken, daß nur noch Angst die Zulus zusammenzuschweißen könne.

Die Geschichte hat Chaka als Kämpfer für einen vereinten Zulustaat gewürdigt. Der Wagemut Chakas wird in der Dichtung der Völker Südafrikas besungen. Gegen Buren und britische Eroberer wandten die Zulus von nun an die, wie es im Programm der Südafrikanischen KP heißt, „Chaka-Kampftaktik“ an. ANC-Führer Nelson Mandela schleuderte seinen Verfolgern vor Gericht entgegen, daß ihm die Heldentaten Chakas zum Vorbild dienen.

Vergebens bemühen sich heute diejenigen, die Afrikaner und ihre Geschichte zu beurteilen, die bewußt verschweigen, was die westlichen Mächte während der kolonialen Eroberung Afrikas veranstaltet haben, ihre Greueltaten in Afrika, später auch die Verbrechen der Vereinigten Staaten in Korea, Vietnam und Grenada. Woher nehmen sie, die Mörderregimes in Chile und der RSA decken, das moralische Recht, Chaka Zulu anzuklagen?

Die Tapferkeit des „Kriegerkönigs“ macht ihn den Völkern Schwarzafrikas sympathisch. Immer wieder schreiben afrikanische Schriftsteller über ihn. In „Chaka“, einem Gedicht von Leopold Sedar Senghor, sagt der Held im Gespräch mit einem ausländischen Ankläger: „Ich habe nur die Unterdrückung gehaßt.“ Er wollte Afrika aus Liebe zu seinem schwarzen Volk verteidigen. Er habe es nicht mehr ausgehalten, sich den Leiden und der Demütigung seiner Landsleute gegenüber taub zu stellen. „Ich wollte alle Menschen zu Brüdern machen“, und fügt hinzu: „im Namen meines Volkes.“

„Seit Chakas Tagen sind die Zulus stolz auf ihr geeintes Volk. Sie wollen das ruhmvolle Erbe, das ihnen ihr dynamischer Häuptling hinterlassen hat, bewahren. Daran kann keine Verleumdung irgendetwas ändern“, konterte der höchste Zuluführer Goodwill Zwelithini die Filmfälschung.

Man sollte meinen, daß wahre Filme über Chaka und andere afrikanische Helden noch bevorstehen. Die drehen die Afrikaner selbst.

W. KOROTCHANZEW

Harare-Moskau



Wir stellen vor:

Wjatscheslaw

Sajzew,

Modezeichner

Meine Bekanntschaft mit den Lesern der NZ möchte ich mit Ausführungen über den sogenannten klassischen englischen Stil einleiten, der seit Mitte des 20. Jahrhunderts von sachlichen Personen vorgezogen wird, die zwar die Vielseitigkeit der Mode zu schätzen wissen, sich jedoch abseits von ihrem hektischen Wechsel halten. Dieser Stil, der im 20. Jahrhundert Weltgeltung erhalten hat, ist etwas für Leute, denen die Bequemlichkeit der Kleidung über alles geht.

Aber selbst dieser Stil



ist nicht unveränderlich.

In dieser Saison trägt man neben Kostümen aus leichten Wollstoffen verschiedener Faktur (lose, lange Jacken mit breiten Schultern, zu denen man glatte, enge oder Faltenröcke trägt) wieder gern taillierte Kostüme. Die Jacken reichen bis zur Mitte des Oberschenkels, die Schultern sind breit und die Achselhöhlen etwas vertieft. Die Röcke sind glatt, zum Saum hin etwas enger und weisen hohe Schlitze auf. Nicht ausgeschlossen sind aber auch Jacken und mit Hilfe von Falten, Glockenschnitt usw. zum Saum hin ausgestellte Röcke. Bei solchen Kostümen ist die Hüftlinie betont und die Knie immer bedeckt.

Beliebt sind nach wie vor kleine Wollkleider aus einfarbigem oder geome-



trisch gemusterlem Stoff.

Neben nicht sehr weiter Kleidung bleiben aber lose, zum Saum hin ausgestellte Jacken, die über weiten Kleidern und Blousons getragen werden.

Abschließend möchte ich raten, die Stoffe im Hinblick auf Faktur und Farbe sorgfältig zu wählen. Ebenso die Accessoires.

Und nicht zu vergessen: Der gute Geschmack verlangt dezente Farben.

Anschrift: 103782, GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja pl.

Telefon: 229-88-72, 209-07-67

Verlag der Zeitung „Trud“ * Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache * Gedruckt in der Druckerei „Moskowskaja prawda“



So fängt es immer an...

INTERNATIONALER
WETTBEWERB

**„MENSCH,
MENSCHLICHKEIT,
MENSCHHEIT“**



**Michal Moucka
(CSSR)**